

3. Ökonomisierte Kultur oder kulturalisierte Ökonomie? Populismus in der Cleavage-Theorie

Der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset prägte in den 1950er-Jahren mit seiner ökonomischen Deprivationsthese nicht nur maßgeblich das modernisierungstheoretische Verständnis des Populismus, das bis heute in theoretischen Auseinandersetzungen der Populismusforschung nachwirkt. Gemeinsam mit dem norwegischen Politikwissenschaftler Stein Rokkan entwickelte er zudem mit der Cleavage-Theorie die Grundlagen der vergleichenden politischen Soziologie, auf denen diese Auseinandersetzungen heute ausgefochten werden. Rokkan und Lipset beschrieben in ihrem klassischen Aufsatz von 1967 vier wesentliche gesellschaftliche Konfliktlinien, die westliche Parteiensysteme seit den 1920ern strukturieren: Zentrum vs. Peripherie, (säkularer) Nationalstaat vs. Kirche, Grundbesitz vs. Industrie und Kapital vs. Arbeit (vgl. Lipset/Rokkan 1967: 14). Diese *cleavages* waren Produkte zweier revolutionärer Veränderungen im Europa des 19. Jahrhunderts, der Entstehung von Nationalstaaten und der Industrialisierung. Als *cleavage* bezeichneten Lipset und Rokkan dabei das Zusammentreffen von sozialstrukturellen Gruppen, kulturellen oder ideologischen Gegensätzen und entsprechenden politischen Verhaltensmustern wie Mitgliedschaften, Aktionen und Wahlentscheidungen. Politische Konflikte erscheinen aus dieser Perspektive nicht als Kämpfe um isolierte, schnell wechselnde Themen, sondern als Ausdruck potenziell langfristiger, übergreifender Spaltungslinien. Zwar ist in der Parteiforschung schon seit einiger Zeit umstritten, wie sehr politisches Verhalten und politische Präferenzen noch mit in der Sozialstruktur wurzelnden Interessengegensätzen zusammenhängen und ob nicht die De-Strukturierung der traditionellen religiösen und Klassen-Cleavages die Gültigkeit des Konzepts insgesamt angreift (vgl. etwa Dalton et al. 1984; Franklin et al. 1992; van der Brug 2010). Doch die für die Populismusforschung zentralen Arbeiten der politischen Soziologie halten zunächst an dem Konzept fest und modellieren es neu, um die sozialstrukturellen, ideologischen und politischen Veränderungen zu fassen, die den Aufstieg des Populismus möglich gemacht haben.

Dabei stehen sie nolens volens in einem mindestens theoriegeschichtlichen Verhältnis zur älteren Modernisierungstheorie. Sie erben eine ihrer zentralen Weichenstellungen in der Erklärung, indem sie den Aufstieg populistischer rechter Parteien und Bewegungen als rückwärtsgewandte Reaktion auf beschleunigten sozialen Wandel interpretieren. Aus der durch das Ende des Blockkonflikts und die »Postindustrialisierung« veränderten historischen Situation westlicher Gesellschaften ergibt sich ihr gemeinsamer Impuls, zu überdenken und zu differenzieren, was heute unter »Modernisierung« verstanden werden kann. Darin positionieren sie sich allerdings durchaus unterschiedlich zu den großen normativen und analytischen Linien der liberalen Modernisierungstheorie.

So behalten Arbeiten aus der politischen Kulturforschung – das meint hier: Forschungen zum kulturellen Wertewandel und seiner parteipolitischen Repräsentation¹ – meist den affirmativen Begriff von Modernisierung als einer positiven Triebkraft bei, die letztlich der Verbreitung von Demokratie als bester politischer Form für ökonomisch fortgeschrittene Gesellschaften zuarbeitet. Jedoch sehen sie die konkreten Fluchtpunkte dieser Modernisierung verändert. Neben liberal-demokratische politische Institutionen und ökonomischen Wohlstand tritt die Verbreitung individualistischer Freiheitswerte wie Selbstentfaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Mitbestimmung.

Demgegenüber verstehen Analysen der Politischen Ökonomie unter Modernisierung deskriptiv die durch die kapitalistische Globalisierung angetriebenen Veränderungen innerhalb der nationalen Ensembles von Wachstumsmodell, Wohlfahrtsstaat und Parteiensystem, die Interessengegensätze und Verteilungskämpfe befördern. Die unterschiedlichen Auswirkungen der Globalisierung auf verschiedene Volkswirtschaften sowie verschiedene Berufs- und Einkommensgruppen gebietet laut ihnen eine explizite regionale und positionelle Differenzierung der Deprivationserfahrungen, die Grundlage des Erfolgs populistischer Parteien sind.

Die konkurrierenden Cleavage-Theorien lassen sich heute insbesondere entlang der Frage unterscheiden, welche Rolle die *kulturellen* Konflikte, Ängste und Ressentiments spielen, die vor allem populistische rechte Parteien bevorzugt zu politisieren versuchen. Dass sie berücksichtigt und eingeordnet werden müssen, ist unstrittig. Erklärungen aus der politischen Kulturforschung halten diese kulturellen Ausdrucksformen für wesentlich, sie erachten die konflikthafte Polarisierung kultureller Werte und Einstellungsmuster als die eigentliche Konfliktlinie hinter dem Erstarken populistischer rechter Bewegungen. Deprivation ist hier vorrangig

¹ Diese grobe Rede von »der« politischen Kulturforschung leugnet nicht, dass jenseits ihres Mainstreams auch anders orientierte Stränge existieren. Die Arbeiten Lars Rensmanns, die im fünften Kapitel herangezogen werden, sind etwa ebenso Teil der politischen Kulturforschung, stellen mit ihrer gesellschaftskritischen und diskursanalytischen Ausrichtung aber die Ausnahme dar.

als (empfundene) kulturelle Marginalisierung oder Identitätsverlust gefasst. Spezifische Schichthintergründe oder ökonomische Interessen der Anhänger*innen spielen nur insofern eine Rolle, als sie mit bestimmten Werten und Einstellungsmustern korrelieren oder sie befördern.

Demgegenüber insistieren neue, komplexere ökonomische Deprivationskonzepte aus der Politischen Ökonomie auf die nach wie vor zentrale Stellung ökonomischer Spaltungen und politisch-ökonomischer Entwicklungen für die Erklärung populistischer Wahlerfolge. Sie begreifen politisierte kulturelle Konflikte als lediglich äußerliche politische Verarbeitungsformen der eigentlichen, ökonomischen Konfliktlinien.

Was verstehen diese unterschiedlichen Herangehensweisen innerhalb der gegenwärtigen Cleavage-Theorien jeweils unter Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie? Wie setzen sie diese in ihren Erklärungsversuchen zueinander ins Verhältnis? Gerade die gegenläufigen Schwerpunktsetzungen auf entweder »kulturelle« oder »ökonomische« Faktoren machen einen Vergleich hier produktiv. Daher wurden aus beiden Strömungen jeweils zwei prominente und exemplarische Ansätze ausgewählt.

Aufseiten der kulturellen Erklärungsansätze stehen die jüngeren bzw. späten Arbeiten der britischen und US-amerikanischen Politikwissenschaftler*innen Pipa Norris und Ronald Inglehart im Mittelpunkt, die weiter ihrer mittlerweile kanonischen These einer kulturellen Polarisierung durch den Wertewandel auf individueller Einstellungsebene folgen. Sekundierend werden die einschlägigen Beiträge der schweizerischen politischen Soziologen Simon Bornschier und Hans-Peter Kriesi herangezogen, die die Neuformierung dieser kulturellen Konfliktlinie in westlichen Demokratien mit Fokus auf das Parteiensystem untersuchen.

Aufseiten der Erklärungsansätze der Politischen Ökonomie werden erstens die Beiträge des deutschen Politikwissenschaftlers Philip Manow und des türkischen Ökonomen Dani Rodrik untersucht, die den unterschiedlichen Erfolg populistischer Parteien mit Blick auf die Interessenkonflikte in den jeweiligen nationalen politischen Ökonomien zu erklären versuchen. Sekundierend werden die Beiträge der US-amerikanischen und niederländischen Politikwissenschaftler Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn beleuchtet, die auf individueller Ebene gemäß positioneller Deprivation differenzieren.

Zum Zwecke besserer Übersichtlichkeit sind die folgenden Abschnitte jeweils noch einmal in »Politische Kulturforschung« und »Politische Ökonomie« unterteilt.

3.1 Kapitalismus und ökonomische Ungleichheit

Die Cleavage-Theorien entstammen einer Tradition, die wirtschaftliche Dynamik als zentralen Faktor zur Erklärung populistischer Bewegungen etablierte. Diese Tra-

dition besteht bis heute, auch wenn vor allem auf ökonomische Deprivation abstehende Theorien akademisch in die Defensive geraten sind. Denn in der öffentlichen Diskussion bleibt die Frage virulent, ob und inwiefern populistische extrem rechte Parteien verschärfter ökonomischer Ungleichheit oder gar einer neuen Form des Klassenkampfes Ausdruck verleihen.

Welchen Stellenwert hat der Kapitalismus in den Cleavage-Theorien des Populismus? Wie zeigen sich laut ihnen ökonomische Verwerfungen in den zentralen politischen Konfliktlinien? Und: Wie denken sie das Verhältnis von ökonomischen und kulturellen Deprivationserfahrungen? Die Antworten auf diese Fragen werden natürlich von den jeweiligen Kapitalismusverständnissen der Erklärungsansätze vorstrukturiert. Sie werden daher im Folgenden, so weit wie möglich, ebenso herausgearbeitet.

3.1.1 Postindustrielle Modernisierung oder Hyperglobalisierung?

Politische Kulturforschung

Ronald Inglehart ist in den 1970er-Jahren mit der These hervorgetreten, dass sich in den westlichen Ländern mit dem Wechsel der Generationen ein stiller Wertewandel vom Materialismus zum Postmaterialismus vollzieht und die Politik post-industrieller Gesellschaften daher zunehmend von *cleavages* um Lebensstilfragen bestimmt sein wird (Inglehart 1977). In vielen folgenden Publikationen hat er diese Entwicklung als Teil eines größeren »kulturellen Umbruchs« (Inglehart 1989) beziehungsweise einer »Modernisierung« (Inglehart/Welzel 2005) interpretiert. Das ist die Vorgeschichte zum heutigen »Cultural Backlash« (Norris/Inglehart 2019), der sich laut Norris und Inglehart im Aufstieg populistischer rechter Parteien ausdrückt. Bevor diese Konzeption der populistischen Rechten als einer kulturell reaktionären Bewegung näher untersucht wird, lohnt es sich daher, den Blick auf die Revolution zu richten, gegen die sie ankämpft.

Es mag angesichts der gegenwärtigen Gegenüberstellung von kulturellen und ökonomischen Populismustheorien überraschen, dass Norris und Inglehart die »silent revolution« des internationalen Wertewandels letztlich selbst auf sozioökonomische Entwicklungen zurückführen. So hat laut ihnen vordringlich das historisch einzigartige Niveau ökonomischer und physischer Sicherheit in der westlichen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue, prägende, »post-materielle« Lebenserfahrung für ganze Generationen ermöglicht. Diese Sicherheit habe dazu geführt, dass seit den Babyboomer für die heranwachsenden Generationen nicht mehr die unmittelbare Selbsterhaltung das Zentrum der fundamentalen Werte und Überzeugungen bildet, sondern die Individuen ihr Leben zunehmend auf Selbstentfaltung und persönliche Freiheit hin ausrichten konnten (vgl. Norris/Inglehart 2019: 91).

Wie daraus eine Verbreitung liberaler Werte folgt, erklärt Inglehart mit seinem spezifischen Verständnis der Natur menschlicher Wertorientierungen, die von

Mangel und Sozialisationserfahrung bestimmt sind. Grundsätzlich geht er davon aus, dass Menschen ihre Bedürfnisse unter Bedingungen des Mangels gemäß einer festen hierarchischen Stufenfolge zu befriedigen suchen. Abraham Maslows Idee einer Bedürfnispyramide folgend, spricht Inglehart dabei physiologischen und physischen Bedürfnissen die höchste Priorität zu. Erst wenn diese befriedigt sind, erlangen geistige, soziale und kulturelle Bedürfnisse Bedeutung. Ähnlich der mikroökonomischen Grenznutzentheorie sind demnach für Individuen also die jeweils nächsten Bedürfnisse der Pyramide am wichtigsten, deren Befriedigung noch nicht gesichert ist. Den jeweils ausgeprägten Bedürfnissen entsprechen bestimmte subjektive Werte. So hegen Individuen so lange »materialistische« Werte wie etwa eine hohe Wertschätzung für starke nationale Verteidigungskräfte und ökonomisches Wachstum, wie die materiellen Bedingungen ihres Lebens unsicher sind. »Postmaterialistische« Werte wie etwa die Bejahung der Meinungsfreiheit und von Mitbestimmungsrechten in Arbeit und Politik bilden sie aus, wenn ihre materiellen Umstände höher entwickelte Bedürfnisse zulassen (vgl. Inglehart 1977: 42).

Hinzu kommt die Sozialisationshypothese, der zufolge individuelle Wertüberzeugungen vor allem in den Jahren der Kindheit und Jugend ausgeprägt werden und ein Wandel mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter immer unwahrscheinlicher wird. Im Anschluss an Milton Rokeach verstehen Norris und Inglehart unter Werten »deep-rooted and enduring priorities and goals for individuals, organizations, and society« (Norris/Inglehart 2019: 35). Diese tief sitzenden Orientierungen bilden sich in Kindheit und Jugend heraus und bestehen ein Leben lang fort. Sie sind also deutlich stabiler als bloße Einstellungen oder Meinungen, die sich unter dem Einfluss der Lebenserfahrung bald in diese und bald in jene Richtung verschieben. So sprechen Norris und Inglehart etwa von »authoritarian values«, betrachten populistische Überzeugungen jedoch nur als »attitudes«.

Aus der Verknüpfung beider Thesen folgt, dass die prägenden Bedürfnisse und also die prägenden Wertorientierungen einer Gesellschaft am stärksten zwischen verschiedenen Generationen variieren. Für seine ursprüngliche These eines Wandels von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen stellte Inglehart vor allem auf die unterschiedlichen prägenden Erfahrungen der Zwischenkriegsgeneration (geboren 1900–1945) und der Babyboomer (geboren 1946–1964) im Westen ab. Während Erstere gemäß den unsicheren materiellen Bedingungen ihrer Kindheit ihr ganzes Leben lang materialistischen Werten anhängen, wuchsen Letztere in einer Zeit bis dato unbekannter Prosperität und Sicherheit auf und bildeten postmaterialistische Werte aus (vgl. Inglehart 1977: 21ff.). Für die Erklärung des gegenwärtigen kulturellen Backlash kommen zu diesem Bild die Generation X (geboren 1965–1979) und die Millennials (geboren 1980–1996) hinzu.

Darüber hinaus führt Inglehart die für den Wandel hin zu postmateriellen und liberalen Werten entscheidenden strukturellen Veränderungen in den westlichen

Demokratien auf den Übergang von industriellen zu post-industriellen Gesellschaften zurück. Damit knüpft er explizit an Daniel Bells Vorhersage einer (damals noch) kommenden »post-industrial society« (Bell 1973) an, die von einer Ausdehnung der Dienstleistungswirtschaft bei abnehmender Bedeutung der industriellen Massenproduktion bestimmt wird. Als kulturelle Folgen dieses Wandels der Arbeitsformen machte Inglehart früh steigende Bildungsniveaus, gesteigerte Befähigung zur politischen Partizipation und eine größere Bedeutung individueller Autonomie aus (vgl. Inglehart 1977: 293ff.). Dahinter steht eine von Bell und Lipset entlehnte These, der zufolge die aufstrebenden Dienstleistungsberufe und die Wissensindustrie aufgrund ihrer spezifischen Arbeitsinhalte und -organisation bei den Beschäftigten ein neues Weltbild hervorbringen:

»People employed in the latter sector tend to have a distinctive world view: their function is to process information and produce knowledge rather than material products. [...] people employed in the service sector tend to become professionalized: they become more concerned with the values and goals of a profession as a whole than with the viability of one specific business enterprise« (ebd.: 65).

Während industrielle Arbeit maßgeblich unter den Werten Effizienz und Gewinnmaximierung organisiert wird, stehen in der Dienstleistungsbranche Kreativität, Originalität und Innovation im Mittelpunkt. Mit dem Wachstum der Branche verbreitete sich in den westlichen Gesellschaften eine größere Betonung gesellschaftlicher Zweckorientierung anstelle einer bloß betriebswirtschaftlichen Rationalität.

Inglehart positioniert sich damit explizit gegen die von Max Weber, Karl Mannheim und der Frankfurter Kritischen Theorie vertretene These, dass eine sich immer weiter ausbreitende instrumentelle Rationalität mit den Grundlagen liberaler Gesellschaften in Konflikt gerät, vor allem mit dem Prinzip der individuellen Autonomie und dem Anspruch, vernünftige gesellschaftliche Verhältnisse einzurichten. Kritisch anzumerken ist hier, dass Lipset und Bell sowie in der Folge Inglehart die Inhalte und die Organisation der neuen Dienstleistungs- und Wissensarbeit losgelöst von ihrer fortwährenden Unterordnung unter betriebswirtschaftliche Zwecke betrachten. Warum soll diese Unterordnung von Informationsverarbeitung, Wissensproduktion und Kreativität unter den Imperativ der Gewinnmaximierung nicht ebenso prägend für das Weltbild der Beschäftigten sein?

Die stille Revolution der Werte in der westlichen Welt ist also im Kern auf zwei Modernisierungsmomente der kapitalistischen politischen Ökonomie zurückzuführen: Zunehmende materielle Sicherheit und Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Entwicklung hin zum »welfare capitalism« (Norris/Inglehart 2019: 143) sowie veränderte Arbeitsformen in post-industriellen Gesellschaften führen direkt und indirekt (etwa über eine Ausdehnung der höheren Bildung) zu einer Verbreitung post-materialistischer, liberaler Werte. Weitere begünstigende

Faktoren sind egalitärere Gender-Verständnisse und Urbanisierungsprozesse (vgl. ebd.: 15).

Norris und Inglehart schreiben dem Kapitalismus grundsätzlich eine im positiven Sinne modernisierende Kraft zu, ja er gilt ihnen sogar als die Bedingung der Möglichkeit von Fortschritt. Inglehart und Welzel bezeichnen die Entstehung des prä-industriellen Kapitalismus gar als historische Voraussetzung der Idee menschlichen Fortschritts, da erst mit ihm das ökonomische Wachstum das Bevölkerungswachstum übertraf und also eine zunehmende Kontrolle über die Natur möglich wurde (vgl. Inglehart/Welzel 2005: 15). Kapitalismus meint hier letztlich eine Marktkökonomie, die durch fortwährendes Wachstum und technische Innovation bestimmt ist. Wachstum und Innovation treiben demnach seit der Entstehung des Kapitalismus politische Fortschritte in Richtung Demokratie und kulturelle Fortschritte in Richtung individuelle Freiheit an. Darin ähnelt die Wertewandel-Theorie durchaus einem vulgarisierten historischen Materialismus, demzufolge ein sich aus inneren Gesetzmäßigkeiten fortentwickelnder sozioökonomischer Unterbau die Formen des ideologischen, politischen und kulturellen Überbaus hervorbringt. Dieser Modernisierung-Optimismus weicht in Norris' und Ingleharts Analyse zum »Cultural Backlash« allerdings einer skeptischeren Beschreibung des gegenwärtigen globalen Kapitalismus. Unter dem Druck der fortgeschrittenen Globalisierung und Deregulierung von Arbeit, Investitionen und Handel geraten im Westen vor allem ungelernte Arbeitskräfte und die produzierende Industrie in Bedrängnis, während die ökonomische Ungleichheit zunimmt. Nationale Regierungen haben die Kontrolle über internationale Märkte und multinationale Unternehmen verloren, was vor allem für die Sozialdemokratie als Scheitern gewertet werden muss (vgl. Norris/Inglehart 2019: 135f.).

Da aber die Wertee Entwicklung hin zu liberalen, postmaterialistischen Werten laut Inglehart vor allem durch die Generationenfolge getragen wird, stellen diese Probleme des gegenwärtigen Kapitalismus die grundsätzliche Entwicklung nicht infrage. Armut, ökonomische Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Konjunktureinbrüche, Krisen etc. fallen aus Sicht der politischen Kulturforschung nur mit kurzzeitiger Wirkung ins Gewicht, sie üben keinen prägenden Einfluss auf die langfristigen Werte-Trends aus.

Politische Ökonomie

Im Gegensatz zu den Wertewandel-Theorien von Norris und Inglehart steht in der politisch-ökonomischen Populismustheorie Dani Rodriks und Philip Manows der gegenwärtige Kapitalismus im Zentrum – und zwar als ein Problem. Denn der Erfolg populistischer Parteien ergibt sich hier aus der Wirkung unterschiedlicher, durch die Globalisierung ausgelöster Schocks auf die verschieden verfassten politischen Ökonomien.

Rodrik und Manow verbinden zwar keine gemeinsamen Publikationen, beide haben jedoch komplementäre Aspekte einer politisch-ökonomischen Perspektive auf den Aufstieg populistischer Parteien ausgearbeitet. Rodrik entwickelt in einigen Aufsätzen seine Idee, rechte oder linke Spielarten des Populismus in verschiedenen Ländern aus deren jeweiliger weltwirtschaftlicher Einbindung zu erklären. Manow ergänzt und spezifiziert Rodriks Idee in seinem Buch *Die Politische Ökonomie des Populismus* (Manow 2018), das er etwas später mit *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie* (Manow 2021) politiktheoretisch komplementiert. In der mangelnden politisch-ökonomischen Fundierung der Diskussion über Populismus sieht er deren Hauptmakel: »Wer über den Populismus reden will, aber nicht zugleich auch über den Kapitalismus, landet meist nur bei der Identitätspolitik« (Manow 2018: 10). Kapitalismus meint in Manows und Rodriks vergleichender Perspektive stets Kapitalismen, also verschiedene nationalstaatlich verfasste, politisch-ökonomische Ensembles aus Akkumulationsmodell, Sozialstaat, politischem System und weltwirtschaftlicher Einbettung. Die von Rodrik formulierte Kernidee lautet, dass Populismus eine Form des Protests gegen ökonomische Verwerfungen in fortgeschrittenen Stadien der kapitalistischen Globalisierung ist. Zwar ist diese »hyperglobalization« (Rodrik 2011) nicht allein für weitverbreitete ökonomische Ängste verantwortlich – auch »changes in technology, rise of winner-take-all markets, erosion of labour market protections, and decline of norms restricting pay differentials« (Rodrik 2018: 13) erhöhen den Druck auf Arbeitnehmer*innen. Aber erstens sind gerade die noch nie da gewesene Liberalisierung von Handel und Kapitalbewegungen sowie – als Folge dessen – die zunehmende Migration von Arbeitskräften zentrale Treiber für ökonomische Ungleichheit und Verteilungskämpfe und machen so die fortgeschrittene Globalisierung für populistische Mobilisierungen anfallig. Zweitens eignen sich Schocks durch Handel, Finanzmärkte und Migration besonders zur politischen Mobilisierung latenter kultureller oder identitärer Spaltungen in der Gesellschaft, da sie »obvious ›outsider‹ targets« (Rodrik 2021: 162) anbieten: ausländische Exporteur*innen, ethnisch-kulturell marginale Arbeitnehmer*innen, internationale Banken.

Warum verschärft nun Globalisierung ökonomische Ungleichheit? Rodrik argumentiert im Rahmen der neoklassischen Außenhandelstheorie, dass Handel zwischen Volkswirtschaften notwendig immer auch ökonomische Verlierer*innen produziert, nämlich unter den Besitzer*innen der Produktionsfaktoren jener Waren, die im Ausland günstiger produziert und daher importiert werden. Dabei sind die negativ betroffenen Gruppen oft klar bestimmbar und also mobilisierbar, etwa Stahlarbeiter*innen, während die Globalisierungsprofiteur*innen, etwa Autokäufer*innen, eher eine diffuse, schlecht organisierbare Masse bilden (vgl. Manow 2018: 44). Die volkswirtschaftlichen Gewinne durch Außenhandel werden mit einer Umverteilung zwischen verschiedenen Firmen und Sektoren im Inneren erkauft – »No pain, no gain«, wie Rodrik (2018: 15) launig zusammenfasst. Allerdings: Im Ver-

hältnis zu den volkswirtschaftlichen Gewinnen werden die Umverteilungseffekte immer größer, je geringer die verbleibenden Handelshemmnisse sind, die beseitigt werden. Die Verluste negativ betroffener Gruppen pro Dollar Effizienzgewinn werden ebenso größer wie die Gewinne bevorteilter Gruppen. Anders ausgedrückt: Je weiter die Handelsliberalisierung voranschreitet, desto weniger vermögen weitere Handelsabkommen den volkswirtschaftlichen Kuchen zu vergrößern, aber desto schärfer bewirken sie seine stark ungleiche Verteilung. Das, so Rodriks These, ist ein wichtiger Grund, warum Globalisierung gerade in ihrer fortgeschrittenen Phase politisch umstrittener wird. Ihre Vor- und Nachteile sind immer stärker ungleich verteilt. Benachteiligt sind dabei vor allem Arbeitnehmer*innen, denn das gegenwärtige Modell der Globalisierung ist weitgehend an Kapitalinteressen orientiert (vgl. Rodrik 2018: 27).

Grundsätzlich, so Rodrik, müsste das nicht so sein. Denn die Umverteilungseffekte der Globalisierung könnten prinzipiell durch starke Sozialstaaten aufgefangen werden. Rodrik selbst formulierte in den 1990er-Jahren prominent die sogenannte *compensation hypothesis* mit, der zu Folge der entwickelte Sozialstaat im Kern als eben jener Ausgleich für externe ökonomische Risiken dient, die durch die weitreichende Integration einer Volkswirtschaft in den Weltmarkt auftreten. Gesellschaften, die externen ökonomischen Schocks besonders stark ausgesetzt sind, verlangen einen starken Sozialstaat als Absicherung (vgl. Rodrik 1998: 998). Nur durch ihre vergleichsweise starke soziale Absicherung und weitreichende Umverteilungsmechanismen war es etwa den europäischen Volkswirtschaften überhaupt möglich, in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine umfassende Weltmarkttöffnung zu erreichen und zu stabilisieren. Dieser »constitutive bargain between capital and labor« (Rodrik 2018: 18) ist aber unter dem Druck von Kapitalmobilität und finanzieller Globalisierung zerbrochen. Heute spiegeln Handelsabkommen die schwindende Macht der Arbeiter*innenorganisationen wieder und verringern sie zugleich weiter. Kompensationsmechanismen werden zwar oft versprochen, sind real aber zu einem bloßen »afterthought« (ebd.) degradiert und werden selten wirksam umgesetzt.

Die finanzielle Globalisierung seit den 1990ern, also die Liberalisierung des Kapitalverkehrs über nationale Grenzen hinweg, untergräbt stetig die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften. Kapitalmobilität ermöglicht es der Arbeitgeber*innenseite etwa, in Lohnverhandlungen damit zu drohen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Auf diese Weise führte die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in den letzten Jahrzehnten nachweisbar zu signifikanten Rückgängen der Lohnquote und steigerte die Einkommensungleichheit. Zudem erhöht die größere Kapitalmobilität die Unbeständigkeit von Löhnen und wälzt die Last ökonomischer Schocks auf Arbeitnehmer*innen ab. Denn da sie im Gegensatz zum Kapital weniger international beweglich sind, müssen sie die Kosten von Globalisierungsschocks für eine Volkswirtschaft in höherem Maße tragen. Die globale Mobilität des Kapitals erschwert seine effektive Besteuerung. Während daher Körperschaftsteuern seit den 1980er-

Jahren in fast allen Industrieländern stark gesunken sind, verlegten sich die Regierungen darauf, Konsum und Arbeit zu besteuern, die weniger mobil sind (vgl. ebd.: 21f.).

Neben Handel und Kapitalverkehr über Grenzen hinweg verstehen Rodrik und Manow auch die internationale Migration von Arbeitnehmer*innen als einen Aspekt der Globalisierung, wenngleich eher als eine unintendierte Folge. So entspringt die jüngere massenhafte Migration aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa laut Manow einerseits einem »Komplex aus Krieg, Bürgerkrieg, Armut, Korruption, Überbevölkerung, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und politischer Repression«, andererseits aber auch aus »Einkommenssteigerungen in den Herkunftsländern, die die Migrationsoption überhaupt erst eröffneten« (Manow 2018: 18). Die verstärkte Binnenmigration in Europa führt er auf mit der EU-Osterweiterung ab 2004 gestiegene Einkommensunterschiede in der EU zurück.

Migration kann ökonomische Ungleichheit und Verteilungskämpfe im Zielland befördern, etwa, wenn gering qualifizierte Migrant*innen mit der angestammten Bevölkerung auf Arbeitsmärkten konkurrieren und zur Senkung des Lohnniveaus benutzt werden. Oder wenn Konkurrenz um sozialstaatliche Leistungen, etwa Sozialwohnungen, entsteht. Rodrik erkennt allerdings an, dass der Widerstand gegen Immigration auch als kultureller Backlash ganz ohne Zusammenhang zu bestimmten ökonomischen Folgen auftritt. Dann speist er sich »purely out of psychological and identity-related processes« (Rodrik 2021: 148).

Insgesamt sind für Manow und Rodrik also verschiedene Folgen der kapitalistischen Globalisierung – steigende Ungleichheit, ökonomische Ängste und Gerechtigkeitsfragen – die »economic roots« (Rodrik 2018: 12) des Populismus. Sie bringen eine Nachfrage nach politischen Alternativen jenseits des Mainstreams hervor, die die geltenden Regeln in irgendeiner Form grundsätzlich infrage stellen. Zudem aktivieren und verstärken sie latent vorhandene kulturelle oder identitäre Konflikte und bieten Parteien Gelegenheit, diese latenten Konflikte direkt anzusprechen und zu politisieren (vgl. Rodrik 2021: 165) (zu den kausalen Mechanismen auf der Nachfrage- und der Angebotsseite siehe Abschnitt 3.2.2).

Die Ansätze der politischen Kulturforschung und der Politischen Ökonomie sind sich mithin darin einig, dass bestimmte Veränderungen des Kapitalismus in westlichen Gesellschaften den Erfolg populistischer Parteien erst ermöglicht haben – wenngleich sie ihnen unterschiedlich viel Erklärungskraft zuschreiben. Wie und wie sehr bestimmen nun aber laut den verschiedenen Theorien ökonomische Verwerfungen die zentralen politischen Konfliktlinien, die populistische Parteien aufgreifen? Und, daraus folgend: Wie wirken sich variierende ökonomische Kontexte auf die Varianz populistischer Parteien aus?

3.1.2 Ein Konflikt um Werte oder Protest gegen Globalisierungsschocks?

Politische Kulturforschung

Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier gehen wie auch Norris und Inglehart davon aus, dass der Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlverhalten im Vergleich zu den 1960er-Jahren geschwächt ist. So hat vor allem die in allen westlichen politischen Systemen zentrale Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit mit dem Übergang in postindustrielle Gesellschaften seit den 1970er-Jahren unbestreitbar an Bedeutung verloren. Kriesi und Bornschier insistieren jedoch darauf, dass nicht nur »de-structuration and de-alignment« zu beobachten sind, sondern auch »re-structuration and re-alignment, i.e. traces of the formation of new cleavages« (Kriesi 2010: 675). Den Erfolg von – in Bornschiers Terminologie – »extreme-right-wing populist parties« (Bornschier 2010: 33) führen sie wie Norris und Inglehart auf eine neue, ausdrücklich wertebasierte Konfliktlinie zurück, die aber dennoch weiterhin in einer – sich weiterentwickelnden – Klassenstruktur verankert ist.

Die neue Konfliktlinie bezeichnen sie wahlweise als »integration-demarcation cleavage« (Kriesi/Grande 2012: 3) oder als »conflict between libertarian-universalistic and traditionalist-communitarian values« (Bornschier 2010: 21). Gemeint ist in beiden Varianten eine Spaltung entlang einer neuen kulturellen Dimension der westeuropäischen Politik, deren Pole von der Neuen Linken und der populistischen Rechten verkörpert werden. Diese neue Konfliktlinie verläuft quer zu den beiden zentralen alten Kirchen- und Klassen-Cleavages. Sie transformiert und überlagert die ebenfalls wertebasierte, kulturelle Konfliktlinie zwischen Staat und Kirche, indem sie sie mit neuen und anderen Themen auflädt und als einen Konflikt zwischen autoritären und libertären Lebensstilen und Wertfragen ausdrückt (vgl. ebd.: 5).

Ihre historischen Ursprünge sehen Kriesi und Bornschier wie schon Herbert Kitschelt (Kitschelt 1994) in den Mobilisierungserfolgen der Neuen Sozialen Bewegungen, die nach 1968 Wert- und Lebensstilfragen politisierten. Im Zuge der Ausdehnung höherer Bildung (»educational revolution«) in den 1970ern verbreiteten sich die universalistischen Werte stark in der Gesellschaft. Indem zunächst sozialdemokratische und die neu entstehenden grünen Parteien auf entsprechende progressive Forderungen eingingen, schufen sie den links-libertären Pol einer neuen kulturellen Konfliktlinie, dessen Kern das Prinzip der individuellen Autonomie und der freien Wahl von Lebensstilen ist. In den 1980er-Jahren entwickelte sich als Reaktion darauf die neokonservative Bewegung, die gegen die Gefahren der Individualisierung den Wert von Traditionen und überkommenen Gemeinschaften betonte. Diese konservative Gegenbewegung wurde dann von den Parteien der populistischen extremen Rechten erfolgreich als ein Konflikt zwischen »uns« und »den anderen« politisiert. In den 1990er-Jahren banden sie zudem die Themen Immigration und Integration in diesen Konflikt ein, sodass schließlich der neue kulturelle Konflikt zwischen universalistisch-individualistischen und traditionell-

kommunitaristischen Werten in westeuropäischen Parteiensystemen etabliert wurde.

Diesen kulturellen Konflikt versuchen Kriesi und Bornschier nun wieder mit der Klassenstruktur westlicher Gesellschaften in Beziehung zu setzen. Nicht zuletzt da häufig empirisch festgestellt wurde, dass Arbeiter*innen im Elektorat der populistischen extremen Rechten überrepräsentiert sind (vgl. etwa Oesch 2008). Ihrer Auffassung nach haben die linken, insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, angesichts der schrumpfenden Bedeutung der Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit ihre frühere Kernklientel der *manual working class* durch die soziokulturell Dienstleistenden ausgetauscht. Damit einhergehend rahmen sie ihre Sozialpolitik zunehmend als Wertefrage, etwa indem sie universalen Zugang zu sozialstaatlicher Absicherung fordern, statt ihn an konkrete Erwerbsbiografien zu koppeln. Das aber stößt in der eher traditionalistischen Arbeiter*innenklasse nicht auf Zustimmung (vgl. Bornschier 2010: 28). Die Parteien der Neuen Linken arbeiten mit dieser klassenübergreifenden Rhetorik der Erosion der traditionellen, ökonomisch bestimmten Identität der Arbeiter*innenklasse zu und öffnen sie politisch weiter für eine kulturelle, identitätsbasierte Ansprache.² Die Auflösung der für den fordristischen Kapitalismus charakteristischen Beschäftigungsstrukturen in postindustriellen Gesellschaften beschleunigt diesen Prozess, indem sie insbesondere den Gewerkschaften als traditionellen Institutionen der Herausbildung dieser Identität die Grundlage entzieht. Innerhalb der Klasse gehören sowohl Facharbeiter*innen als auch ungelerte Arbeiter*innen zu den am stärksten Betroffenen der ökonomischen Modernisierung, zumindest, so drückt es Bornschier aus, »relative to the golden age of industrial welfare capitalism, they clearly stand to lose« (ebd.: 89). Aufgrund ihrer geringen formalen Bildung sind beide empfänglich für die traditionalistische und kommunitaristische Ideologie der populistischen radikalen Rechten (vgl. ebd.). Zudem haben gerade die traditionellen Berufe der männlichen *blue collar workers* durch die Zunahme weiblicher Beschäftigung und den Aufstieg der

2 Diese Gegenüberstellung von Sozialpolitik und Identitätspolitik mag als Kennzeichnung unterschiedlicher parteipolitischer Strategien aufschlussreich sein. Bornschiers sozialstrukturelle Rückführung auf verschiedene Berufsgruppen täuscht aber mindestens darüber hinweg, dass beide Politiken sozial zusammenhängende Probleme betreffen und auch gleiche Ziele verfolgen können. So kann die ab den 1960er-Jahren steigende politische Bedeutung subjektiver Freiheiten und die Vervielfältigung legitimer Lebensformen auch als Reaktion auf die durchaus repressive, eben nur teilweise demokratische Verwaltung von Arbeit und Leben in westlichen Sozialstaaten gedeutet werden. Politisch korrespondierte damit der eng gefasste Klassenbegriff in der Arbeiter*innenbewegung und im traditionellen Marxismus (vgl. Mezzadra/Neumann 2017: 26f.). Aus dieser Perspektive erscheint die von Bornschier angenommene Kausalität, dass die Identitätspolitik der Neuen Linken jene der Neuen Rechten mit erfolgreich gemacht hat, fragwürdig.

Dienstleistungsökonomie dramatisch an Prestige verloren. Die daraus resultierende »troubled male identity« (Bornschier/Kriesi 2013: 15) ist empfänglich für identitäre Aufwertung. Obwohl also populistische rechte Parteien unstrittig entlang der kulturellen Konfliktlinie mobilisieren und ihr Elektorat ausschließlich hinsichtlich kultureller Positionen homogen ist, ist die Zustimmung zu diesen Positionen dennoch sozialstrukturell präformiert. Statistisch gesprochen erhöhen Männlichkeit, geringe formale Bildung sowie Zugehörigkeit zur Arbeiter*innenklasse die Wahrscheinlichkeit, autoritären Wertvorstellungen zuzustimmen.³

Kriesi und Bornschier wollen damit allerdings nicht durch die Hintertür einen neuen ökonomischen Strukturalismus einführen. Sie sehen, dass die Verbindung von sich wandelnden Werten und der steigenden Zustimmung zu populistischen rechten Parteien besser nachgewiesen und plausibler ist als mögliche Verbindungen zwischen dem Wertewandel und sozialstrukturellen Veränderungen. In Anschluss an Zsolt Enyedi bringt Kriesi daher eine vorsichtige Öffnung des Cleavage-Begriffs ins Spiel, die anerkennt, dass soziale Gruppen sich nicht nur durch gemeinsame strukturelle Merkmale konstituieren können, sondern auch über geteilte Wertorientierungen. Als mögliche gesellschaftliche Grundlagen dieses Wandels hin zu wertebasierten *cleavages* identifiziert Kriesi die zunehmende soziale und physische Mobilität moderner Subjekte durch fortschreitende Urbanisierung, den Aufstieg des Internets sowie die Diversifizierung und Spezialisierung von Medienangeboten und politischer Kommunikation. Zusammengenommen ermöglichte es diese »fragmentation of the public sphere into more or less closed segments« (Kriesi 2010: 687) in einem nie da gewesenen Ausmaß, Informationskanäle und soziale Beziehungen gemäß den eigenen Wertvorstellungen zu wählen. So entsteht eine zunehmende Segmentierung der Bürger*innen entlang von Wertvorstellungen in soziale Gruppen mit homogenen politischen Vorlieben und Identitäten. Bornschier und Häusermann unterstreichen dabei rückblickend, dass *cleavages* schon immer Konflikte sowohl um materielle als auch um symbolische Ressourcen umfasst haben und stets affektiv aufgeladen sind (vgl. Häusermann/Bornschier 2023: 7).

Die Ansätze der politischen Kulturforschung räumen ökonomischem Wandel also einen zwar wichtigen, aber nur langfristigen und mittelbaren Beitrag zum Aufstieg populistischer Parteien ein. Unmittelbar ausschlaggebend für die politische Auseinandersetzung ist stattdessen der in allen westlichen Demokratien im wesentlichen identische Kulturkonflikt. Daher widmen sie der Frage, warum in manchen

3 Kriesi und Schulte-Cloos formulieren diesen Zusammenhang an anderer Stelle so, dass hinsichtlich der Wahl radikaler (rechter und linker) Parteien heute neue und alte Muster des *class voting* koexistieren: Während das alte *class voting* entlang von Einkommens- und Berufshierarchien zur Wahl linker radikaler Parteien beiträgt, fördert das neue *class voting* entlang der kulturellen Konfliktstellung von Konservatismus und sozialem Liberalismus die Wahl radikal rechter Parteien (vgl. Kriesi/Schulte-Cloos 2020: 2).

Ländern populistische linke Parteien, in den meisten jedoch populistische rechte Parteien Erfolg haben, kaum Aufmerksamkeit.

Politische Ökonomie

Rodriks und Manows politisch-ökonomische Populismustheorie nimmt dagegen genau diesen Unterschied zum Ausgangspunkt. Wie die Beiträge der politischen Kulturforschung stützen sie sich auf das Cleavage-Modell Lipssets und Rokkans, um zu erklären, wie die verschiedenen Aspekte der kapitalistischen Globalisierung sich politisch auswirken. Zugleich widersprechen sie der in der Populismusforschung verbreiteten, wenngleich meist impliziten Annahme, dass über die unterschiedlichen nationalen Kontexte hinweg doch im Wesentlichen dieselben Ursachen und Motive zum Erfolg populistischer Parteien führen. Ihre Perspektive ist daher explizit vergleichend angelegt.

Rodrik zufolge existieren in heutigen Gesellschaften im Wesentlichen drei Gruppen: die durch ihren größeren Reichtum definierte Elite, die weniger vermögende Mehrheit sowie die durch verschiedene Identitätsmarker von beiden abgetrennte Minderheit. Daraus ergeben sich zwei stets präsente *cleavages*, eine ethno-nationale bzw. kulturelle Spaltung und eine Einkommens- bzw. Klassenspalzung. Beide sind in verschiedenen politischen Ökonomien unterschiedlich stark miteinander verknüpft, abhängig von Wahlsystemen und historischen Cleavage-Strukturen. Da die verschiedenen Ausgestaltungen westlicher Sozialstaaten wesentlich aus den verschiedenen politischen Systemen resultieren, spricht Manow auch von »welfare-democracies« (Manow et al. 2018: 5). Das Programm, Populismen aus Kapitalismen zu erklären, ist also insofern nicht ökonomistisch, als politische Systeme hier selbst eine zentrale Grundlage der verschiedenen Kapitalismen sind.

Warum aber sind die populistischen Alternativen zum Mainstream in manchen Ländern links-, in anderen rechtsgerichtet? Der komparative Clou der Analysen Rodriks und Manow ist es nun, diese verschiedenen populistischen Reaktionen auf die Globalisierung wiederum auf die systematische Variation ökonomischer Problemkonstellationen zurückzuführen, mit denen Globalisierungsschocks sich in politischen Ökonomien bemerkbar machen.

Rodrik unterscheidet zunächst nur grob zwischen einem rechtspopulistischen Europa und einem linkspopulistischen Lateinamerika. In Europa, wo Globalisierung vor allem in Gestalt von Immigration und Flüchtlingen mit anderer kultureller und religiöser Identität problematisch wurde, ist es für Populist*innen einfacher, entlang ethno-nationalistischer bzw. kultureller Konfliktlinien zu mobilisieren. Demgegenüber wurde Globalisierung in Lateinamerika vor allem durch schnelle Handelsöffnung, Finanzkrisen, IMF-Programme und ausländische Investitionen problematisch, was eine Politisierung entlang der ökonomischen Konfliktlinie begünstigt. Immigrant*innen stammen hier hauptsächlich aus kulturell ähnlichen Ländern. Rodrik muss aber sogleich differenzieren: Südeuropa, vor allem

Griechenland und Spanien, sind der lateinamerikanischen Konstellation zuzu-rechnen, da die Globalisierung sie vor allem durch die Finanzkrise und die ihnen im Folgenden von der Troika aus IMF, EZB und EU-Kommission aufgezwungene europäische Austeritätspolitik getroffen hat. Im Fall der USA schließlich mischen sich beide Pfade, da hier sowohl die Finanzkrise als auch Immigration aus Mexiko, islamistischer Terrorismus und verbreiteter Rassismus gesellschaftliche Konflikte zusätzlichen und daher sowohl linke als auch rechte Populist*innen hervorgetreten sind (vgl. Rodrik 2018: 25–27).

Philip Manow folgt Rodriks Unterscheidung zwischen rechtem Populismus in Nordeuropa, der gegen massenhafte Zuwanderung protestiert, und linkem Populismus in Südeuropa, der gegen Neoliberalismus und Austeritätspolitik mobilisiert. Zugleich differenziert und systematisiert er sie zu einer vergleichenden Politischen Ökonomie des Populismus, die drei europäische populistische Konstellationen unterscheidet. Er stützt sich dabei wesentlich auf Esping-Andersens Klassifizierung kapitalistischer Wohlfahrtsregime (Esping-Andersen 1990) sowie Hall und Soskices Unterscheidung zwischen koordinierten und nicht koordinierten Varianten des Kapitalismus (Hall/Soskice 2001). Die unterschiedlichen politischen Ausrichtungen des populistischen Protests gegen Globalisierungsschocks führt er, mit Rodriks *compensation hypothesis* im Hintergrund, darauf zurück, ob für die unterschiedlichen Sozialstaatsmodelle eher der Freihandel oder eher Migration zum Problem werden. Der linke Populismus in Südeuropa reagiert demnach auf Folgeprobleme des Freihandels, der rechte Populismus in Nord- und Kontinentaleuropa sowie West- und Osteuropa auf Auswirkungen der Migration. Im Falle der Migration unterscheidet Manow zudem zwischen Problemen der Arbeitsmigration (West- und Osteuropa) und der Fluchtmigration (Nord- und Kontinentaleuropa), die Protest unterschiedlicher Arbeitsmarkt-Gruppen auslösen.

In Nord- und Kontinentaleuropa sind die Wohlfahrtssysteme vergleichsweise großzügig und universell zugänglich gestaltet. Dazu zählt Manow Deutschland, Schweden, Finnland, Dänemark, die Niederlande, Österreich sowie Frankreich. Hier existiert eine soziale Grundsicherung unterhalb der Statussicherung, die allen Bürger*innen sowie oft auch EU-Ausländer*innen und Drittstaatlern gleichermaßen Ansprüche gewährt. Das bedeutet zunächst, dass dort ein liberalisierter Außenhandel insofern weniger problematisch ist, als die negativen Verteilungsfolgen der Globalisierung des Warenverkehrs sozialpolitisch kompensiert werden. Gemäß Rodriks Kompensationstheorie besteht kein prinzipieller Widerspruch zwischen großzügigen Sozialstaaten und Wettbewerbsfähigkeit auf stark globalisierten Gütermärkten – vorausgesetzt, die betreffenden inländischen Firmen sind produktiv genug. Der von der konkurrierenden Effizienztheorie der Globalisierung befürchtete wohlfahrtsstaatliche Unterbietungswettbewerb (vgl. etwa Strange 1996) ist demnach keine zwingende Folge der grenzüberschreitenden Bewegung von Gütern. Wohl aber betrachtet Rodrik großzügige Sozialstaaten als unverein-

bar mit der massenhaften Migration und Freizügigkeit von Arbeitskräften. Denn der Zuzug kann Ausmaße erreichen, die die Kompensationsfunktion infrage stellen. Darin sieht nun Manow die Mobilisierungsgrundlage populistischer rechter Parteien in Nord- und Kontinentaleuropa. Sie wollen Migration beschränken, nicht den Freihandel. Sie protestieren gegen die Beanspruchung des Sozialstaates durch massenhafte Immigration, sind also »nicht protektionistisch, dafür aber wohlfahrtsstaatschauvinistisch oder -nativistisch« (Manow 2018: 45) ausgerichtet. Programmatisch kombinieren sie demnach die sozioökonomisch linke Forderung nach großzügiger Umverteilung mit der soziokulturell rechten Polemik gegen Grenzöffnungen, Migration, Islam und die EU. Getragen wird der rechtspopulistische Protest hier von sogenannten Arbeitsmarkt-Insider*innen, also privilegierten Beschäftigten in regulären, relativ gut gesicherten Jobs mit Tariflöhnen und Kündigungsschutz. Immigration von gering qualifizierten Arbeitskräften ist aus ihrer Perspektive ein Verteilungsproblem, da sie die steigenden Kosten für die vermehrte Inanspruchnahme der sozialstaatlichen Lohnersatzleistungen zum Großteil finanzieren, ohne aber selbst davon zu profitieren.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen der letzten drei Jahrzehnte die Orientierung des Sozialstaats auf den Statuserhalt für Insider*innen deutlich verringert haben. Sozialversicherungselemente wurden reduziert, die Mindestsicherung und Maßnahmen zur »Aktivierung« dafür ausgebaut. Dieser Wandel von *welfare* zu *workfare* lässt den Abstand der Statussicherung zur Grundsicherung schrumpfen (vgl. ebd.: 65). Manow argumentiert anhand des Elektorats der deutschen AfD, dass etwa die Verringerung der Bezugszeiten des Arbeitslosengelds im Rahmen der Agenda 2010 dafür gesorgt haben, dass Insider*innen in kurzer Zeit zu Outsider*innen werden können. Die nun »»gefährdeten« Insider« (ebd.: 88) vor allem aus der Facharbeiter*innenschaft protestierten angesichts der massiven Immigration 2015 dagegen, »dass man im Falle der Arbeitslosigkeit nach nur einem Jahr in seiner sozialstaatlichen Absicherung faktisch den Flüchtlingen gleichgestellt wäre« (ebd.). In Kombination mit dem angebotsseitigen Phänomen, dass linke Parteien in Deutschland Migration grundsätzlich befürworten, habe daher der ursprünglich linke Protest gegen die Agenda 2010-Reformen dann 2015 zur Wahl der rechten AfD geführt. Das zentrale Versprechen der Partei an qualifizierte Arbeiter*innen sehen Manow und Schwander darin, ihren »wohlfahrtsstaatlichen Statusverlust« (Manow/Schwander 2022: 169) umzukehren und die bisherigen Privilegien wiederherzustellen.

In West- und Osteuropa, das heißt in Großbritannien einerseits, in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Ungarn und Rumänien andererseits ist ebenfalls Migration der politisch problematischste Aspekt der Globalisierung. Während in Nord- und Kontinentaleuropa aber Arbeitsmarkt-Insider*innen in den wohlhabenden Regionen populistisch gegen Migration protestieren, sind es in Osteuropa und Großbritannien die Arbeitsmarkt-Outsider*innen, also die gering

Qualifizierten im Dienstleistungssektor oder die durch Transformation Benachteiligten in den ländlichen Gebieten. Das führt Manow vor allem auf die unterschiedlichen Zugangshürden zum Arbeitsmarkt zurück. Beide Ländergruppen haben zwar wie der Süden Europas wenig großzügige Sozialstaaten, auf denen Globalisierungsverlierer*innen kaum Entschädigung erwarten dürfen. Im Gegensatz zum Süden sind ihre Arbeitsmärkte aber sehr flexibel, sodass Neuankömmlinge hier im Niedriglohnbereich vergleichsweise leicht Zugang finden. Starke Immigration führt hier zu Konkurrenz mit den Teilen der Bevölkerung, die bereits in den für Migrant*innen zugänglichsten Bereichen mit geringer Qualifikation arbeiten (vgl. Manow 2018: 21).

Die populistischen rechten Parteien in West und Ost protestieren daher gegen die Einschränkung ihrer souveränen nationalen Migrationspolitik durch den Rechtsrahmen der EU, der es ihnen unmöglich macht, die Einwanderung auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu beschränken. Zugleich sieht Manow mindestens in Osteuropa deswegen kein Potenzial für einen linken Populismus, weil diese Länder darauf angewiesen sind, durch niedrige Löhne und niedrige Steuern ausländische Investitionen anzuziehen (vgl. ebd.: 58). Die osteuropäischen Parteiensysteme sind für ihn sogar Vorreiter in der Entstehung des neuen populistischen rechten Parteientyps, der wohlfahrtsstaatliche Umverteilung mit gesellschaftspolitisch rechten Positionen kombiniert.

Gegenüber der nord- und kontinentaleuropäischen sowie der west- und ost-europäischen politisch-ökonomischen Konstellation haben die südeuropäischen Sozialstaaten weniger Probleme mit auch großen Zahlen von Migrant*innen, da diese dort meist erst gar keine Zugangsrechte zu großzügigen Sozialleistungen erwerben. Es gibt – anders als in Südamerika – diese Leistungen zwar, aber der Wohlfahrtsstaat in Italien, Griechenland, Spanien und Portugal wurde historisch laut Manow »nie universalistisch, sondern blieb partikularistisch beziehungsweise klientelistisch« (ebd.: 52). Es gibt keine allgemein zugängliche soziale Grundversicherung, Migrant*innen arbeiten meist ohne Absicherung im großen informellen Arbeitsmarkt. Weitreichende Schutzleistungen sind dagegen an den Status als Arbeitsmarkt-Insider*in gebunden, der vor allem über Klientelismus zu erreichen ist. Als besonderen historischen Hintergrund dieser Verhältnisse beschreibt Manow, dass der südeuropäische Sozialstaat nicht als Instrument zur Kompensation von Außenhandelsfolgen entstand, sondern »zur Erzeugung von Loyalität innerhalb der polaren politischen Lager« (ebd.). Die wiederum gehen nicht vorrangig auf ökonomische Verhältnisse zurück, sondern auf die besondere Bedeutung der religiösen Konfliktlinie in Südeuropa. Angesichts des alles beherrschenden Katholizismus reicht die Spaltung zwischen proklerikaler Rechter und republikanischer Linker besonders tief.

Wie in Südamerika basiert das Akkumulationsmodell dabei nicht auf Außenhandel, sondern auf Binnennachfrage. Das führt im Vergleich zu Nordeuropa erstens zu geringeren Risiken für den Arbeitsmarkt aus der Weltmarktentegration und

zweitens erlaubt es, das Wachstum durch Staatsverschuldung anzuregen. Dieses Modell ist in Südeuropa allerdings seit 1999 durch die Gemeinschaftswährung des Euro-Raumes begrenzt. Sie reduziert die geldpolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten und verunmöglicht es den südeuropäischen Ländern, durch Abwertung ihrer Währung und neue Staatsschulden die Binnennachfrage zu verstärken. Wie in Südamerika gegen die Austeritätspolitik des IWF richtet sich der linkspopulistische Protest in Südeuropa daher gegen die restriktiven haushalts- und geldpolitischen Auflagen der EU-Institutionen und kann sich dabei auf eine gegen Deutschland gerichtete antifaschistische kulturelle Tradition berufen (vgl. Manow 2018: 51–54). Geträgt wird er von Arbeitsmarkt-Insider*innen, die angesichts des wenig liberalisierten, dualistischen südeuropäischen Arbeitsmarktes durch geringqualifizierte Migrant*innen keine Umverteilung zu ihren Ungunsten befürchten brauchen. Im Gegenteil, ihre abgesicherte Position im formellen Sektor erfordert sogar einen getrennten, kaum regulierten, informellen Sektor. Eben diesen Dualismus verteidigen sie laut Manow in dem Sinne protektionistisch, als dass sie gegen den Druck von Seiten der EU kämpfen, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren: »Man könnte auch formulieren, dass sich der *Nativismus* hier auf den (formellen) Arbeitsmarkt, nicht auf den Wohlfahrtsstaat bezieht und sich daher links-, nicht rechtspopulistisch artikuliert« (ebd.: 63f., Hrvh. i. O.). Denn für die südeuropäischen Arbeitsmarkt-Insider*innen würden deregulierende Arbeitsmarktreformen wie im Norden nicht den Abstieg in die Grundsicherung, sondern ins Bodenlose bedeuten.

Manow demonstriert also überzeugend, dass die verschiedenen politischen Ökonomien Europas sehr unterschiedlich, ja im Falle Nord- und Südeuropas geradezu entgegengesetzt durch die Globalisierung des Kapitalismus verletzt werden. So erklärt er zugleich, wieso die verschiedenen populistischen Parteien ebenfalls unterschiedliche bis hin zu gegensätzliche wirtschaftspolitische Programme aufweisen.

Er geht noch einen Schritt weiter und argumentiert, dass sich angesichts dieser Konstellation und der Integration in das gemeinsame Währungs- und Migrationsregime der EU rechts- und linkspopulistische Reaktionen auf die Globalisierung in Europa gegenseitig verstärken. Manow interpretiert so das zeitweise Aussetzen der Dublin-Regeln zur Flüchtlingsaufnahme 2015 seitens der BRD als Versuch, den griechischen Staat migrationspolitisch zu entlasten, um die bis dahin gegenüber Griechenland durchgesetzte Austeritätspolitik (und damit möglicherweise die gesamte EU) vor dem Scheitern zu bewahren. Die linkspopulistische Antwort Syrizes auf die Eurokrise in der Peripherie führte demnach zur Flüchtlingskrise im Zentrum, die dann wiederum rechtspopulistisch unter anderem von der AfD politisiert werden konnte (vgl. ebd.: 55–57). Die EU-Integration, insbesondere die Abschaffung nationaler Währungen und die Relativierung nationaler Grenzen, ist für Manow eine Ausprägung der Globalisierung. Die Ablehnung weiterer Integration, die linke

und rechte populistische Parteien eint, deutet Manow daher ebenfalls als Protest gegen deren Folgen (vgl. ebd.: 131).

Dani Rodrik weist darüber hinaus darauf hin, dass je nach politisch-ökonomischer Entwicklung auch populistische Parteien desselben Landes zu verschiedenen Zeitpunkten konträre ökonomische Forderungen vertreten können. So forderte die populistische US-amerikanische *People Party* im 19. Jahrhundert freieren Außenhandel, da Importzölle Arbeiter*innen schadeten und industriellen Kapitalist*innen zu Gute kamen. Aus demselben Grund treten Donald Trumps Republikaner im 21. Jahrhundert für Importzölle ein – denn heute nutzt Globalisierung den Reichen und schadet der Mittelklasse (vgl. Rodrik 2021: 166).

In ihrer vergleichenden Perspektive auf kapitalistische politische Ökonomien halten Rodrik und Manow grundsätzlich an der Vorstellung fest, dass auch eine weitreichende Weltmarktintegration durchaus Effizienzgewinne für die nationalen Ökonomien mit sich bringen kann – sofern sie nicht zu weit geht. Angelehnt an den berühmten ersten Satz aus Leo Tolstois *Anna Karenina* (»Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich.«) drückt Manow es so aus: »Jede Politische Ökonomie ist auf ihre ganz eigene Art unglücklich« (Manow 2018: 23). Will heißen: Ihre Probleme sind nie der Kapitalismus oder die Globalisierung als solche, sondern konkrete Defizite der politischen Steuerung oder des ökonomischen Wachstums im Verhältnis zur internationalen Umgebung. Umgekehrt bedeutet das, dass für das Glück, also den Erfolg und die Stabilität einer politischen Ökonomie, durchaus allgemeine Bedingungen benannt werden können. Manow und Rodrik deuten dazu globalisierungskritisch eine Stärkung des unter Druck geratenen Nationalstaats an. Rodrik fordert ein »rebalancing« (Rodrik 2018: 27) der globalisierten kapitalistischen Ökonomie durch begrenzende steuerliche und sozialstaatliche Umverteilungsmechanismen zugunsten von Arbeitnehmer*innen, nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit und effizientem ökonomischem Wachstum. Die so wiedergewonnene wirtschaftspolitische Souveränität müsste dann allerdings, so Manow, je nach konkreter politisch-ökonomischer Konstellation zur Durchsetzung unterschiedlicher Maßnahmen genutzt werden (vgl. Manow 2018: 55). Der Horizont bleibt dabei auch für ihn, durch Wirtschafts- und Sozialpolitik das Funktionieren kapitalistischer Märkte für Volkswirtschaften insgesamt sowie für Arbeitskräfte im Besonderen zu verbessern. Offen bleibt bei beiden, inwiefern und wie diese Wiederherstellung nationaler wirtschaftspolitischer Souveränität gegen die bereits geschehene Liberalisierung politisch durchgesetzt werden kann und ob nicht der Zusammenhang von ununterbrochen expandierendem, globalem Kapitalismus und nationaler politischer Ökonomie notwendig krisenhaft ist.

Eine andere Möglichkeit, den Einfluss nationaler Kontexte in die Bewertung individueller ökonomischer Deprivation einzubeziehen, schlagen Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn vor. Ihnen zu Folge ist die Beziehung zwischen dem indi-

viduellen ökonomischen Wohlergehen und der Wahl radikaler linker oder rechter populistischer⁴ Parteien durch nationale sozioökonomische Rahmenbedingungen vermittelt. Und zwar nicht, wie eine naive Deprivationsthese vermuten ließe, in der Form, dass die Neigung derjenigen, die sich vor ökonomischem Abstieg sorgen, zu radikalen populistischen Parteien desto größer wird, je schlechter sich die ökonomischen Verhältnisse auf nationaler Ebene darstellen. Vielmehr konstatieren Burgoon und Rooduijn ein »paradox of well-being«: Ökonomisch schlechtergestellte Bürger*innen wählen zwar häufiger radikale populistische Parteien, allerdings vor allem dann, wenn die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut sind (vgl. Rooduijn/Burgoon 2018: 1748). Das liegt einerseits daran, dass sich im Kontext einer florierenden Volkswirtschaft die Schlechtergestellten als besonders benachteiligt erfahren. Denn es ist ja gerade die *relative Deprivation* und das Gefühl, ungerechtfertigterweise nicht das zu bekommen, was einer oder einem zusteht, die Wut entstehen lassen. Zweitens ist die Wahl radikaler Parteien ökonomisch riskant. Die tatsächlichen ökonomischen Folgen radikaler Politikwechsel sind oft unwägbar, noch dazu haben radikale Parteien oft keine Erfahrung in politischen Ämtern vorzuweisen. Die ökonomisch Benachteiligten neigen daher nur dann zur Wahl dieser Parteien, wenn die makroökonomischen Rahmenbedingungen Raum für politische Experimente zu geben scheinen. Nehmen sie externe Bedrohungen der Volkswirtschaft wahr, scheuen sie dagegen dieses Risiko. Wie Burgoon und Rooduijn feststellen, wirken diese beiden Mechanismen nun allerdings durchaus unterschiedlich hinsichtlich rechter und linker radikaler populistischer Parteien.

Da rechte radikale populistische Parteien vor allem *soziokulturelle* Themen wie Migration besetzen, ist es für ökonomisch Schlechtergestellte besonders dann riskant, sie zu wählen, wenn die makroökonomischen Bedingungen schlecht sind – es erscheint fraglich, ob diese Parteien darauf Antworten geben können. Die Wahl linker radikaler populistischer Parteien hingegen erscheint für ökonomisch Schlechtergestellte vor allem dann riskant, wenn die Volkswirtschaft ein hohes Immigrationsniveau verzeichnet. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass Immigrant*innen ihnen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt machen, scheint ihnen die Wahl radikaler linker Parteien riskant, da sie einwanderungsfreundliche Positionen vertreten.

Umgekehrt formuliert: Die Wahl rechter populistischer Parteien wird also vor allem dann durch individuelle ökonomische Schwierigkeiten befördert, wenn diese in einem positiven makroökonomischen Kontext stehen – das heißt, wenn die Arbeitslosigkeit und die ökonomische Ungleichheit gering, das Bruttonsozialprodukt

⁴ Burgoon und Rooduijn verwenden den Ausdruck »populistisch« in etwa im Sinne des *ideational approach*, also als eins von mehreren Ideologieelementen bestimmter Parteien, das »das gute Volk« gegen »die böse Elite« ausspielt. Moderne radikale Parteien, vor allem auf der Rechten, tendieren laut ihnen immer zum Populismus (vgl. Rooduijn/Burgoon 2018: 1723).

und die Sozialstaatsausgaben hingegen hoch sind. Schlechte makroökonomische Bedingungen dämpfen die Neigung, rechte populistische Parteien zu wählen.

Dagegen begünstigen individuelle ökonomische Schwierigkeiten die Wahl linker populistischer Parteien nur dann, wenn das Immigrationsniveau des betreffenden Landes niedrig ist. Probleme auf Ebene der Volkswirtschaft wirken sich nicht dämpfend aus (vgl. ebd.: 1747).

Mit diesem Modell reflektieren Burgoon und Rooduijn die Kontextgebundenheit der politischen Auswirkungen ökonomischer Deprivationserfahrungen. Zugleich halten sie daran fest, allgemeingültige Zusammenhänge zwischen individueller Deprivation, politischer Ökonomie und der Wahl populistischer Parteien herauszuarbeiten. Freilich können sie in diesem Rahmen unterschiedliche politische Ökonomien nur durch die äußerst groben Variablen »makroökonomische Bedingungen gut/schlecht« und »Immigration hoch/niedrig« abbilden. Damit reichen sie wohl kaum an die konkreten ökonomischen Wahrnehmungen und Verortungen der Bürger*innen heran, die im Modell unterstellt sind. Auch irritiert, dass sie Migration unumwunden als ein kulturelles Thema benennen, obwohl sie das Unbehagen an hoher Immigration ausschließlich auf Angst vor Arbeitsplatzverlust zurückführen. Wechselwirkungen oder gar innere Bezüge zwischen kulturellen oder genuin identitären und sozioökonomischen Problemwahrnehmungen kommen hier nicht in den Blick.

Die Populismustheorien der Politischen Ökonomie nehmen also entgegen der politischen Kulturforschung die volkswirtschaftliche und individuelle ökonomische Entwicklung als unmittelbar politisch ausschlaggebend. Und zwar nicht nur für die individuelle Wahlmotivation, sondern auch für die politische Ausrichtung des populistischen Protests gegen die Globalisierung.

Beide Strömungen versuchen also, ausgehend von ihren unterschiedlichen Schwerpunkten ökonomische und kulturelle Beschwerden zueinander in Beziehung zu setzen. Sie müssen dabei insbesondere dem Umstand Rechnung tragen, dass populistische rechte Parteien vorwiegend über kulturelle Themen und *talking points* mobilisieren. Wie überzeugend gelingt es den Theorien, mögliche ökonomische Motive der Wähler*innen und die wirtschaftspolitischen Programmpunkte populistischer rechter Parteien damit in Einklang zu bringen?

3.1.3 Ökonomische oder kulturelle Beschwerden?

Politische Kulturforschung

Die Ansätze der politischen Kulturforschung betrachten den Erfolg populistischer rechter Parteien als Reaktion auf den Wandel kultureller Wertorientierungen, der sich vor allem mittels der Generationenfolge durchsetzt. Dieser Wandel soll daher unabhängig von und trotz kurzfristiger gesellschaftlicher Veränderungen, etwa der politischen Ökonomie, vonstattengehen.

Diese Unterscheidung zwischen langfristigem Wandel und kurzfristigen Veränderungen strukturiert auch die These vor, beim Aufstieg rechter populistischer Parteien handele es sich um einen »cultural backlash« – also um ein vorübergehendes Aufbegehen gegen das Unvermeidliche. Dabei ist offensichtlich, dass sich die Wahlergebnisse populistischer rechter Parteien vor allem in den letzten Jahren nicht zwanglos in die These einer fortlaufenden Entwicklung in Richtung liberaler, post-materialistischer Werte fügen. Angesichts der sozialwissenschaftlichen Diskussion über das Verhältnis ökonomischer und kultureller Erklärungsfaktoren untersuchen Norris und Inglehart daher verschiedene mögliche Zusammenhänge zwischen ökonomischen Faktoren auf individueller und nationaler Ebene und autoritären Werten und populistischen Einstellungen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass ökonomische Deprivation durchaus sowohl autoritäre Werte als auch populistische Einstellungen befördert.

Allerdings heben sie hervor, dass die Generationszugehörigkeit nach wie vor stärker als ökonomische Indikatoren die autoritären oder liberalen Wertvorstellungen vorherzusagen vermag. Lediglich populistische Einstellungen korrelieren stärker mit Erfahrungen ökonomischer Unsicherheit als die Generationszugehörigkeit (vgl. Norris/Inglehart 2019: 133). Sie vermuten, dass sich das Gefühl persönlicher Einkommensunsicherheit in Kombination mit dem Scheitern der Sozialdemokratie gemäß Prinzipien des »economic voting« in anti-elitäre, populistische Einstellungen übersetzt:

»on rational grounds, citizens' confidence in representative institutions in democratic societies and trust in politicians should fluctuate according to their evaluations of policy performance. [...] citizens should become more critical of governing elites, and less trusting of established parties and politicians, in countries afflicted with rising levels of unemployment, growing rifts between rich and poor, and austerity cuts to public services« (ebd.: 156).

Autoritäre oder liberale Wertorientierungen hängen demgegenüber ihren Berechnungen zu Folge weiterhin wesentlich von der Generationszugehörigkeit ab, sodass eine Fortsetzung des Wertewandels erwartet werden darf. Negative ökonomische Aussichten wirken nur in Form vorübergehender »period effects« auf die Wertorientierungen. So würde in Krisenzeiten jede Kohorte autoritärer werden, die Unterschiede zwischen den Generationen aber stabil bleiben. Mit der wirtschaftlichen Erholung stelle sich dann auch das ursprüngliche Niveau post-materialistischer Werte wieder ein.

Norris und Inglehart weisen in diesem Kontext selbst darauf hin, dass die statistisch isolierten Phänomene »kultureller« und »ökonomischer« Beschwerden subjektiv durchaus ungeschieden sein können. So kann etwa die Angabe, unter starker persönlicher Einkommensunsicherheit zu leiden, von der Wahrnehmung geprägt

sein, »Fremde« würden im eigenen Land ökonomisch schneller vorankommen (vgl. ebd.: 158).

Grundsätzlich räumen sie zudem ein, dass die Unterscheidung von Werten und Einstellungen bzw. langfristigen und vorübergehenden Trends angesichts der Entwicklungen des Kapitalismus kollabieren könnte. Denn seit 1999 beobachteten sie im globalen Mittel ein stagnierendes Niveau liberaler Werte, das sie auf »powerful period-effects linked with declining economic security« (ebd.: 149) zurückführen. Die Generation der Millennials wachse nicht mehr unter eindeutig sichereren ökonomischen Bedingungen auf als ihre Eltern. Schuld sind fallende Realeinkommen und sinkende Arbeitsplatzsicherheit. Damit aber steht implizit die Wertewandelthese selbst zur Disposition. Ist es letztlich gar nicht ein bestimmtes, absolutes Maß an physischer und ökonomischer Sicherheit, das die Orientierung auf post-materielle Werte auslöst, wie es Maslows Bedürfnispyramide nahelegt, sondern ein jeweils deutlicher Zuwachs gegenüber der vorherigen Generation? Wenn ja, könnte die neoliberalen Globalisierung tatsächlich eine Trendwende in der Werteentwicklung herbeiführen. Die Veränderungen des westlichen Kapitalismus, die den Wertewandel erst möglich gemacht haben, kassieren ihn dann möglicherweise wieder ein.

Hanspeter Kriesi dagegen sieht anders als Norris und Inglehart hinter den Erfolgen populistischer Parteien gerade eine abnehmende Bedeutung des *economic voting*. Grund ist die weitreichende Konvergenz der makroökonomischen Politiken fortgeschritten kapitalistischer Demokratien unter dem Druck von politischer Integration und Globalisierungswängen wie etwa verschärftem internationalen Wettbewerb für eine wachsende Zahl volkswirtschaftlicher Sektoren, zunehmender Internationalisierung des Finanzmarktes und höherer Kapitalmobilität (vgl. Kriesi/Grande 2012: 18). Wähler*innen erkennen diese zugleich faktischen als auch politisch instrumentalisierten Einschränkungen der Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen weitgehend als unumgänglich an. Daher erscheinen ihnen ökonomische Alternativen zur neoliberalen Globalisierung nicht länger politisch glaubwürdig. Die ohnehin abnehmenden Unterschiede zwischen den ökonomischen Programmen der linken und rechten Mainstream-Parteien verlieren an Bedeutung und mit ihnen auch die Orientierung des Wahlverhaltens an ökonomischen Interessen.

Das aber lässt die zentrale andere, wertebasierte Konfliktlinie in den Augen der Wähler*innen umso bedeutsamer werden, um Dissens und Globalisierungskritik politisch auszudrücken. Kriesi geht davon aus, dass politische Eliten die durch die Globalisierung befeuerten gesellschaftlichen Konflikte grundsätzlich auf zwei verschiedene Weisen artikulieren können, in einer ökonomischen oder einer kulturellen Logik. Er folgt damit Herbert Kitschelts »convergence theory«, der zufolge die Übereinstimmung zwischen Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien in ihren ökonomischen Positionen Wähler*innen empfänglich macht für »grid/group programmatic appeals« (Kitschelt 2007: 1185), also Law and Order-Positionierungen sowie

Grenzziehungen zwischen Ingroup und Outgroup. Diese – in Kriesis Terminologie – kulturelle Logik stellt negative Globalisierungsfolgen wie etwa Arbeitsplatzverluste als Konsequenzen zunehmender Immigration, kultureller Diversität und politischer Integration dar (vgl. Kriesi/Grande 2012: 16f.).

Über diesen lediglich verstärkenden Beitrag der Globalisierung zur Bedeutung der neuen kulturellen Konfliktlinie hinaus hält Kriesi Globalisierungsprozesse auch als ursächlich für die sozialstrukturellen Veränderungen, die die neue Spaltung überhaupt erst ermöglicht haben. Insbesondere der zunehmende ökonomische und politische Wettbewerb habe »latent structural potentials of globalization ›losers‹ in Western Europe« (Kriesi 2018: 15) hervorgebracht, die von Parteien der populistischen Rechten erfolgreich mobilisiert werden. Denn erstens setzt verschärfter internationaler Wettbewerb vor allem gering qualifizierte Dienstleistungsarbeiter*innen und unqualifizierte Arbeiter*innen einem besonderen ökonomischen Druck aus. Zweitens haben sozial konservative Individuen, die jene zunehmend tonangebenden universalistischen Werte ablehnen, insofern kulturell verloren, als ihre persönlichen Normen anders als in den Nachkriegsdekaden nicht mehr hegemonial sind. Dieser kulturelle Verlust betrifft vor allem formal geringer gebildete Individuen, denen laut Kriesi und Bornschier die Ressourcen fehlen, um andere Kulturen zu verstehen, sowie Männer, die in den vergangenen Jahrzehnten in verschiedener Hinsicht ihre privilegierte Rolle in der Gesellschaft verloren haben.

Als strukturell bezeichnet Kriesi diese Potenziale an Globalisierungsverlierer*innen, da sie durch Veränderungen entstehen, die in allen westlichen post-industriellen Gesellschaften auftreten. Latent nennt er sie, da diese von der Globalisierung Benachteiligten nicht von selbst über eine kollektive politische Identität verfügen. Eine solche Identität haben populistische rechte Parteien mithilfe der neokonservativen Ideologie erst geschaffen und so aus einem bloßen antiuniversalistischen Potenzial eine politische Kraft geformt (vgl. Bornschier/Kriesi 2013: 13–15).

Für die politische Mobilisierung sind die verschiedenen Gruppen von Verlierer*innen nun allerdings nicht gleichermaßen relevant. Die Autoren heben hervor, dass die ökonomisch Benachteiligten durch abnehmende Wahlbeteiligung eher ganz aus der politischen Partizipation herausfallen, als politisch ansprechbar zu werden. Vor allem diejenigen wählen die Parteien der populistischen Rechten, die der kulturellen Globalisierung feindlich gegenüberstehen. Ihre ökonomischen Interessen sind heterogen, weshalb die Mobilisierung über die Ansprache kultureller Ängste als kleinstem gemeinsamen politischen Nenner für rechte populistische Parteien Erfolg versprechender ist.

Anders als Norris und Inglehart leiten Kriesi und Bornschier daraus jedoch nicht ab, dass Klassenstrukturen für die Erklärung des Erfolgs populistischer rechter Parteien vernachlässigbar sind. Sie versuchen vielmehr explizit nach möglichen Verbindungen der offensichtlichen Zunahme der Bedeutung kultureller

Werteinstellungen zur Sozialstruktur, indem sie »Klasse« zweidimensional konzeptionieren. Unter Bezug auf die Arbeiten Daniel Oeschs (Oesch 2006) gehen sie davon aus, dass nicht nur die horizontale Gliederung nach Einkommen und beruflicher Qualifikation die Klassenlage bestimmt, sondern ebenso vertikal verschiedene »work logics«, also unterschiedliche arbeitsinhaltliche Organisationsprinzipien und entsprechende alltägliche Erfahrungen in der Arbeit. Diese unterschiedlichen Erfahrungen erzeugen demnach in den Individuen verschiedene politische Grundhaltungen. Hanspeter Kriesi verfolgt schon seit Anfang der 1990er-Jahre die These, dass mit diesem Zusammenhang von Arbeitslogiken und politischer Orientierung eine sozialstrukturelle Basis der zunehmenden Bedeutung der kulturellen Spaltungslinie für politisches Verhalten gefunden ist. Ihm zu Folge sind in westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg die Kerngruppen der alten Klassen-Spaltungslinie, die Arbeiter*innenklasse und die alte Mittelklasse, zu einer neuen, großen Mittelklasse verschmolzen. Grundlagen dafür sind der Ausbau des Sozialstaats und die Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Die neue Mittelklasse, verstanden als »service class« (Goldthorpe 1980), ist nun aber durchaus heterogen, insbesondere umfasst sie sowohl leitende Angestellte bzw. Angehörige des Managements, die die Arbeit anderer kommandieren und überwachen, als auch professionell soziokulturell Dienstleistende, die die Arbeit ausführen. Die Manager*innen sind dabei in hierarchische Befehlsstrukturen eingebunden und daher von einer hohen Loyalität gegenüber der Organisation geprägt. Demgegenüber ist die Arbeit der soziokulturell Dienstleistenden von professionellen Normen und Kompetenzen, einem hohen Grad an Autonomie sowie dem Kontakt mit Klient*innen bestimmt. Sie identifizieren sich daher eher mit ihrer professionellen Community als mit ihrer Organisation und kennen durch den Austausch mit Klient*innen soziale Problemlagen und die reale gesellschaftliche Diversität.

Vor diesem Hintergrund vermutet Kriesi einen »*strong antagonism about the control of work between the two opposite segments within the new middle class – managers and sociocultural professionals*« (Kriesi 1998: 169, Hrvh. i. O.). Und daraus erwächst schließlich ein kultureller Wertantagonismus: Während die soziokulturell Dienstleistenden in ihrer links-libertären Wertorientierung die Verteidigung individueller Autonomie sowie die egalitäre Verteilung von Ressourcen betonen, sind die rechts-autoritären Werte der Manager*innen um Marktlösungen, freien Handel sowie eine hierarchische, paternalistische sowie organisationszentrierte Vorstellung von Gemeinschaft herum gruppiert.

Das schließlich bildet die Grundlage für unterschiedliche politische Zuordnungen. Während sich die soziokulturell Dienstleistenden den Neuen Sozialen Bewegungen und den linken Parteien zugehörig fühlen, bevorzugen die im Management Arbeitenden rechte Parteien und stehen den Neuen Sozialen Bewegungen ablehnend gegenüber (vgl. ebd.: 168f.).

Kriesi schränkt jedoch ein, dass eine Analyse der veränderten Klassenstrukturen nicht ausreicht, um die zunehmende Bedeutung der kulturellen Konfliktlinie in westlichen Gesellschaften zu erklären. Weitere sozialstrukturelle Faktoren treten hinzu, insbesondere der von Inglehart festgestellte Generationeneffekt, demzufolge seit dem Zweiten Weltkrieg aufeinander folgende Generationen stetig postmaterialistischere Werte ausbilden. Kriesi führt das wiederum auf ökonomisches Wachstum, die Ausdehnung des Sozialstaats sowie, damit zusammenhängend, steigende Bildungsniveaus sowie bessere Transport- und Kommunikationsmittel zurück (vgl. ebd.: 175f.).

Insgesamt versuchen Kriesi und Bornschier also, die ökonomische und die kulturelle Dimension des Erfolgs der populistischen Rechten nicht gegeneinander auszuspielen, sondern ihren Zusammenhang zu fokussieren. Bornschier sieht hierin gar die Zukunft der Cleavage-Theorie der radikalen Rechten insgesamt (vgl. Bornschier 2018: 229).

Politische Ökonomie

Während sich die Ansätze der politischen Kulturforschung bemühen, ökonomische Deprivation in ihren Analysen anzuerkennen und ihr einen theoretischen Ort zuzuweisen, scheinen die politischen Ökonomen stärker damit beschäftigt, zuallererst für ihre eigene Position Raum zu schaffen.

So argumentiert Philip Manow in der Frage, wie kulturelle und ökonomische Faktoren in der Erklärung der Wahlerfolge populistischer Parteien zu gewichten sind, bewusst für das Gegenteil. Kultureller Wertewandel oder die stärkere Salienz einer kulturellen Konfliktlinie sind als Explanans ungeeignet und können höchstens eine untergeordnete Rolle spielen. Manow unterstellt gar den Ansätzen, die Populismus als ein kulturelles Phänomen deuten, selbst politische Interessen zu verfolgen. Diese Diagnosen vermeiden es ihm zufolge, über den Kapitalismus als hinter dem Populismus liegendes Problem zu reden, und erklären stattdessen den Populismus selbst zum Problem. Damit tragen sie zur stigmatisierenden identitätspolitischen Moralisierung der politischen Auseinandersetzung aktiv bei und entlasten diskursiv eben jene sozioökonomischen Eliten, die Wähler*innen populistischer Parteien kritisieren (vgl. Manow 2018: 10f.; 30f.). Die »kulturalistische Deutung« (ebd.: 141), zu der Manow die einschlägigen Arbeiten von Andreas Reckwitz, Hanspeter Kriesi, Simon Bornschier und vor allem Pippa Norris und Ronald Inglehart zählt, zieht aus der richtigen empirischen Beobachtung, dass die bloß individuelle sozioökonomische Benachteiligung nicht die Wahl populistischer Parteien erklärt, den Fehlschluss, es müssten daher soziokulturelle Faktoren erklärenkräftig sein. In diese Richtung argumentierende Autor*innen behandeln laut Manow oft schon auf der Ebene der empirischen Datenerhebung die Haltungen zur Immigrationspolitik ausschließlich als kulturelle Einstellungen und verdecken so die ökonomischen Folgeprobleme der Migration als mögliche Motive (Manow führt das Beispiel der

German Longitudinal Election Study an, vgl. ebd.: 139). Dadurch baut der kulturelle Erklärungsansatz, besonders hinsichtlich der Frage, warum Migration das zentrale Kampagnenthema populistischer rechter Parteien ist, eine große, sich selbst bestätigende Tautologie auf: »Wähler, die Migration ablehnen, wählen überdurchschnittlich häufig Parteien, die Migration ablehnen« (ebd.: 14). Von dort aus fällt es leicht, die soziale Grundlage des Populismus als bloßes Ressentiment zu markieren, das keiner ernsthaften politischen Repräsentation bedarf.

Dani Rodrik gesteht zu, dass die politische Kulturforschung und die Politische Ökonomie auch aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen verschiedene Antworten geben. Während die politische Kulturforschung meist nach dem *Niveau* fragt, also warum ein so großer Anteil der Wähler*innen populistische Parteien unterstützen, fragt die Politische Ökonomie meist nach *Veränderungen*, also warum sich der Stimmenanteil populistischer Parteien so sehr vergrößert hat. Grade zur Erklärung dieser Veränderungen taugen kulturelle Einstellungen als eine sich höchstens langsam verändernde, intervenierende Variable nicht (vgl. Rodrik 2021: 134f.). Die wirkliche Ursache steigender Stimmenanteile populistischer Parteien ist eine ökonomische Dynamik, die auf verschiedene Weisen die vorhandenen kulturellen Spaltungen vertieft. So treffen Globalisierung, technologischer Wandel und andere ökonomische Trends besonders ländliche Regionen hart, wo vornehmlich niedrig qualifizierte, oft sozial konservativ eingestellte Arbeitnehmer*innen leben. Sie können so schon vorhandene Spaltungen zwischen kulturellen und moralischen Werten in Stadt und Land verstärken und populistischen rechten Parteien einen effektiven politischen Ansatzpunkt für identitäre Politik liefern. Auch kann steigende Einkommensungleichheit die Identifikation mehrheitsgesellschaftlicher Angehöriger der unteren Einkommensschichten mit der gesamten Nation erschweren und dadurch Raum für ethnische Identifikation schaffen. Populistische rechte Parteien wirken verstärkend auf diesen Zusammenhang zurück, wenn sie etwa im Windschatten gestiegener Salienz ethnischer Identitäten vorschlagen, sozialstaatliche Leistungen für Ärmere zu kürzen, was wiederum ökonomische Ängste befördert und unter den weißen Ärmeren den Wunsch nach einer Abgrenzung von Minderheiten unter den Ärmeren verstärkt (vgl. ebd.: 164f.).

Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn versuchen diese Verbindung von kulturellen und ökonomischen Beschwerden mit ihrem Konzept der »positional deprivation« empirisch abzubilden. Zum Ausgangspunkt nehmen sie die von der amerikanischen Soziologin Arlie Hochschild formulierte Metapher des Schlangestehens, die sie als die »Tiefengeschichte« der amerikanischen Rechten herausarbeitet. In dieser eher gefühlten, meist unausgesprochenen, aber dennoch wirksamen Vorstellung von Gesellschaft befinden sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in einer Warteschlange für den verdienten Zutritt zum nationalen Fortschrittsideal des amerikanischen Traums. Beaufsichtigt vom Staat bewegt sich die Schlange nur quälend langsam vorwärts oder gar zurück. Während vor allem weiße, christliche,

männliche Arbeiter geduldig und ehrlich durch Arbeit versuchen vorzurücken, drängeln sich seit den 1960ern zunehmend Schwarze Menschen, Frauen, Einwanderer, Flüchtlinge und sogar bedrohte Tierarten mithilfe der Politik in der Schlange staatlich geduldet vor und spotten obendrein über die Zurückgebliebenen (vgl. Hochschild 2018: 187–209).

Burgoon und Rooduijn übersetzen Hochschilds aus Interviews und Beobachtungen gewonnenes Bild für ihre empirische Forschung in eine doppelte relationale Bestimmung ökonomischer Ängste. Als »positional deprivation« bezeichnen sie die Situation, dass der Einkommenszuwachs eines Individuums vom Einkommenszuwachs anderer Gruppen an einer anderen Stelle der volkswirtschaftlichen Einkommensverteilung überholt wird – beziehungsweise der Einkommensverlust stärker ist als bei anderen Gruppen. So soll der spezifische Eindruck quantifizierbar werden, zugleich gegenüber der *früheren* eigenen Position zu kurz zu kommen, als auch gegenüber zeitgenössischen *anderen* gesellschaftlichen Gruppen (vgl. Burgoon et al. 2019: 52). Dabei ist es anders als bei Manow und Rodrik nicht nötig zu unterstellen, dass Bürger*innen sich über die tatsächlichen Einkommensentwicklungen im Klaren sind. Ausschlaggebend ist die »felt economic experience« (ebd.: 55), die sich etwa aus alltäglichen Vergleichen mit dem direkten sozialen Umfeld speist.⁵

Diese dynamische und positionelle Deprivation bringt – ganz im Sinne der klassischen psychologischen Deprivationstheorie (vgl. etwa Runciman 1972) – das Gefühl ungerechtfertigter Benachteiligung hervor, das leicht gegen politische Institutionen und Mainstream-Parteien, aber auch gegen gesellschaftliche Minderheiten gelenkt werden kann und daher die Wahl populistischer Parteien begünstigt. Je nachdem ob die relative Benachteiligung nun gegenüber den Einkommenszuwachsen der Ärmsten oder der Reichsten des eigenen Landes besteht, fördert sie eher die Unterstützung für populistische linke oder populistische rechte Parteien. Denn die Parteien bedienen die jeweiligen Ängste und versprechen Abhilfe: Während populistische linke Parteien thematisch auf ökonomische Umverteilung zuungunsten der reichen Elite setzen, fokussiert die populistische Rechte auf die Interessen des vermeintlichen »Durchschnittsbürgers« gegenüber überzogenen Ansprüchen von Minderheiten und der Armen, die schließlich selbst für ihre Lage verantwortlich sein.

Burgoon und Rooduijn versuchen also, ökonomische Abstiegsängste anhand der individuellen relativen Einkommensentwicklung über die Zeit und im Verhältnis zu

⁵ Allerdings stellen Burgoon et al. in einer Folgestudie fest, dass die subjektive Wahrnehmung der eigenen relativen Einkommensentwicklung tatsächlich signifikant mit objektiven Maßen positionaler Deprivation korreliert. Es scheint demnach so, dass die eigene Deprivation im Allgemeinen zumindest tendenziell durchaus richtig eingeschätzt wird (vgl. Burgoon et al. 2022: 682).

anderen Einkommensperzentilen messbar zu machen und als Treiber der Wahl linker oder rechter radikaler populistischer Parteien zu identifizieren. Dahinter liegt die Annahme, dass, sei es aus pragmatischen oder sozialpsychologischen Gründen, das Ressentiment sich letztlich stets gegen die *ökonomische* Gruppe wendet, gegenüber der die individuelle positionelle Deprivation tatsächlich am größten ist. Vor allem gegenüber den Reichsten Abgehängte wählen linkspopulistisch, weil dort Umverteilung von den Eliten an den Rest der Gesellschaft gefordert wird. Im Verhältnis zu den Ärmsten Abgestiegene wählen rechtspopulistisch, weil hier Immigration und Sozialstaatsleistungen bekämpft werden.

Dieses Modell geht allerdings mindestens an der Situation der amerikanischen Rechten vorbei, wie Hochschild sie in ihrem Buch schildert. In der subjektiven ökonomischen Erfahrung und in den Tiefengeschichten, mit denen Anhänger*innen der libertär-konservativen Tea-Party-Bewegung sich ihre gesellschaftliche Position erklären, spielen gegenüber einer Selbstverortung zwischen dem gesellschaftlichen »Oben« und »Unten« politische Vorstellungen vom richtigen Verhältnis von Markt und Staat sowie Rassismus und konservative Geschlechterverständnisse die bestimmenden Rollen. Die zentrale Konfliktlinie machen sie zwischen freien Bürgern, »Machern« und dem freien Markt auf der einen Seite und dem Staat, faulen Sozialeistungsempfängern und eben den vordrängelnden Gruppen – Schwarze Menschen, Frauen, Minderheiten – auf der anderen Seite aus (vgl. Hochschild 2018: 206). In dieser Gegenüberstellung ist Kritik an den vermögenden Eliten oder der Macht großer Konzerne ideologisch kaum möglich. Es ist gerade Hochschilds Pointe, dass die Unterstützer*innen des amerikanischen Rechtspopulismus selbst dort ausgesprochen staatsfeindlich sind, wo staatliche Sozial-, Gleichstellungs- und Umweltschutzprogramme ihre im engeren wie im weiteren Sinne ökonomischen Eigeninteressen bedienen. Die von Parteien und Bewegungen genährte Tiefengeschichte strukturiert die Wahrnehmung ökonomischer Deprivation fundamental – nicht andersherum, wie Burgoon und Rooduijn es nahelegen.

3.1.4 Zusammenfassung

Anhand ihrer Verständnisse von Kapitalismus und ökonomischer Ungleichheit offenbaren sich grundlegende theoretische Entscheidungen der verschiedenen Cleavage-Theorien des Populismus.

In der politischen Kulturforschung gilt der Wandel des Kapitalismus insbesondere seit den 1960er-Jahren zwar als historische Voraussetzung des globalen kulturellen Wertewandels, hat für gegenwärtige populistische Parteien und Bewegungen aber weder als Treiber noch als Thema große Bedeutung. Der Übergang zu postindustriellen Gesellschaften bedeutet hier zunächst recht abstrakt eine gleichförmige Entwicklung in den westlichen Demokratien, vor allem eine Zunahme des allgemeinen Wohlstands und das Schrumpfen der Arbeiter*innenklasse. Kapitalistische

Ökonomie ist letztlich identisch mit Markökonomie, nationale Differenzierungen hinsichtlich der Wirtschaft spielen kaum eine Rolle. Dafür befragen Norris und Inglehart sowie Kriesi und Bornschier explizit die Konzepte der Cleavage-Theorie auf ihre Tauglichkeit für die neue Situation. Mit der Idee einer explizit *wertebasierten* kulturellen Konfliktlinie versuchen sie dabei, sowohl der abnehmenden politischen Bedeutung des Klassenkonflikts und der zunehmenden kulturellen Polarisierung in den Parteiensystemen Rechnung zu tragen als auch die konzeptionelle Verbindung zur Sozialstruktur aufrecht zu erhalten. Zwar ist die Tendenz des kulturellen Wertewandels über die verschiedenen Nationalstaaten hinweg identisch, aber ihre unterschiedliche Verarbeitung in den Parteiensystemen erhält dadurch kaum Aufmerksamkeit.

Demgegenüber bestimmen laut der Politischen Ökonomie die Verwerfungen der kapitalistischen Globalisierung sowohl die wesentlichen Motive der Wähler*innen populistischer Parteien als auch deren zentrale politische Positionen. Die Differenzierung verschiedener Globalisierungsschocks erlaubt es, dieselbe globale Entwicklung auf ihre variierenden problematischen Folgen für die Volkswirtschaften hin zu untersuchen und die national verschiedenen Erfolgsbedingungen sowohl für populistische rechte als auch für populistische linke Parteien zu benennen. Politische Ökonomie als integrierte Perspektive auf Wachstumsmodell, Wohlfahrtsstaat und Parteiensystem bindet ökonomische und politische Interessenkonflikte deutlich enger aneinander als die politische Kulturforschung. Damit gibt sie es zugleich auf, populistische Parteien auch als Ergebnisse parteipolitischer und ideologischer Konfliktgeschichten wahrzunehmen. Dani Rodriks Cleavage-Modell etwa ist im Vergleich mit Simon Bornschiers Analysen ausgesprochen schematisch und kaum historisch spezifisch.

Beide Strömungen versuchen, sowohl ökonomische als auch kulturelle Deprivation in ihre Erklärungen zu integrieren. Diese Versuche bleiben allerdings auf beiden Seiten schablonenhaft. »Ökonomie« und »Kultur« oder auch »Interesse« und »Identität« werden einander im Sinne von Variablen unvermittelt gegenübergestellt und nur anhand von Detailbeobachtungen wieder als Einflussfaktoren aufeinander bezogen. Grade mit Blick auf die Subjektseite scheint diese äußerliche Entgegensetzung fragwürdig. Es wird daher zu fragen sein, welche Folgen sie für das Verständnis autoritärer Ideologie nach sich zieht.

Politische Kulturforschung und Politische Ökonomie gehen gleichermaßen von der Vorstellung interessengeleiteter Wahlentscheidungen aus. Kulturelle oder ökonomische Bedürfnisse leiten zweckrational die politische Positionierung der Bürger*innen. Damit scheint entschieden, dass der Angebotsseite der Politik wenig Bedeutung zukommt. Das ist Gegenstand des folgenden Abschnitts: Welche Vorstellung politischer Repräsentation setzen beide voraus? Wie denken sie die Übertragung sozialen Wandels in politischen Erfolg?

3.2 Demokratie und Repräsentation

Der Cleavage-Begriff bezeichnet in all seinen verschiedenen Auslegungen die Verbindung sozialer und politischer Spaltungslinien. Wer von *cleavages* spricht, will weder bloß sozialstrukturelle Unterschiede ohne politische Bedeutung benennen noch allein diskursiv-politische Grenzziehungen ohne soziale Entsprechung. Dennoch stehen in den Cleavage-Theorien meist die sozialen Verhältnisse am Anfang und im Mittelpunkt, während die politischen Konfliktlinien implizit als resultierend oder abgeleitet erscheinen. Demokratie ist in allen hier vorgestellten Ansätzen zunächst ein institutionalisiertes System, dass gegebene Einstellungen gemäß bestimmten Regeln in politische Macht übersetzt. Für das Verständnis des ja wesentlich in Parteidform organisierten Populismus entsteht daraus die Herausforderung, zu bestimmen, wie der Wertewandel und die Globalisierungsschocks parteipolitisch aufgegriffen und verarbeitet werden. Die Frage ist also erstens: Wie mobilisieren populistische Parteien die kulturellen und ökonomischen *cleavages* zu ihren politischen Gunsten? Welches Verständnis von Repräsentation und Interesse liegt hier zugrunde? Und zweitens: In welchem Verhältnis stehen populistische Parteien zur (liberalen) Demokratie?

3.2.1 Wie und was repräsentieren populistische Parteien?

Politische Kulturforschung

In der politischen Kulturforschung wird politische Veränderung ausgehend vom Wandel von Werten und Einstellungen auf der individuellen Ebene gedacht. Weil sich aufgrund struktureller Veränderungen in den westlichen Gesellschaften massenhaft individuelle Werte und Einstellungen wandeln, entstehen neue Spaltungslinien, die dann bei gleichbleibenden Wahlsystemen die Stimm- und Sitzverteilung unter den Parteien und damit die Regierungszusammensetzungen und politische Agenden verschieben.

Die relevanten Spaltungslinien in den Elektoraten der westlichen Demokratien sind gemäß der Wertewandel-These seit den 1970er-Jahren zunehmend kulturell bestimmt. Sie sind es, die das nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte Parteiensystem in Bewegung bringen. Während bis dahin Klassen- und religiöse Spaltungen die Konfliktlinien zwischen den Parteien vorgaben, werden diese nun von einer Polarisierung zwischen den Anhänger*innen konservativer oder linksliberaler Werte dominiert. Die bisherigen Konfliktlinien zwischen den Parteien werden daher zunehmend von einer Reihe politischer Streithemen überlagert, die Norris und Inglehart unter dem Begriff »cultural« zusammenfassen:

»But today the most heated political issues in Western societies are cultural, dealing with the integration of ethnic minorities, immigration, and border control, Is-

lamic-related terrorism, same-sex marriage and LGBTQ rights, divisions over the importance of national sovereignty versus international cooperation, the provision of development aid, the deployment of nuclear weapons, and issues of environmental protection and climate change» (Norris/Inglehart 2019: 50).

Im Konflikt um diese Themen bildet sich als neue zentrale Spaltungslinie der westlichen Parteiensysteme die Polarisierung zwischen »authoritarian« und »libertarian parties« (Norris/Inglehart 2019: 51) heraus.⁶ Sie überstrahlt sowohl die nach wie vor vorhandene Links-rechts-Spaltung als auch den dritten relevanten Gegensatz, den zwischen »populist« und »pluralist parties«.

Dieser existiert dabei laut Norris und Inglehart zunächst unabhängig von der kulturellen Spaltungslinie, da der Populismus keinerlei Wert- oder Programmdimension besitzt. Seine soziale Grundlage vermuten sie vage in einer langfristigen Erosion des Vertrauens in politische Institutionen und allgemein wachsender Unzufriedenheit mit der »democratic performance« (ebd.: 24).

Die Autor*innen definieren Populismus minimalistisch als eine bestimmte Rhetorik, die erstens die einzige legitime demokratische Autorität im Volk sieht und zweitens behauptet, dass die herrschende Elite zutiefst korrupt und gegen das Gemeinwohl agiert (vgl. ebd.: 66). Gegen Verständnisse des Populismus als Ideologie hebt Norris hervor, dass diese Rhetorik sowohl Ausdruck authentischer Überzeugungen sein und mit entsprechenden politischen Zielen korrespondieren kann – aber nicht muss. Ebenso gut kann populistische Rhetorik im Sinne einer »dramatic performance« (Norris 2020a: 699) rein strategisch eingesetzt werden, ohne überhaupt ganz ernst genommen werden zu wollen oder gar wirklich konkrete politische Forderungen, etwa nach einer stärkeren Partizipation des Volkes, damit zu verknüpfen. Zudem lehnen Norris und Inglehart trotz grundlegender Übereinstimmungen auch Cas Muddes Definition populistischer Ideologie ab, da sie unnötige Elemente einführe. Populistische Rhetorik zeichnet ihnen zufolge nicht notwendigerweise das Bild einer in zwei homogene und antagonistische Gruppen gespaltenen Gesellschaft und verlangt ebenfalls nicht unbedingt, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* des Volkes sein müsse (vgl. Norris/Inglehart 2019: 24, Fn 4).

Ideengeschichtlich verorten Norris und Inglehart die Quellen des Populismus in der Rousseau'schen Figur der *volonté générale*. Populistische Rhetorik kreist für sich genommen gänzlich um die Frage, wo der Ursprung demokratischer Legitimität

⁶ Pippa Norris arbeitet explizit heraus, dass diese zunehmende ideologische Polarisierung nicht ursächlich auf Verschiebungen und Zersplitterungen in Parteiensystemen zurückzuführen ist. Autoritär-populistische Parteien sind demnach also Ausdruck dessen, dass tiefgreifende Polarisierungen um zentrale Werte und Prinzipien entstanden sind. (vgl. Norris 2024).

liegt, und kann sich flexibel mit verschiedenen politischen Inhalten und Prinzipien verbinden.

So identifizieren Norris und Inglehart denn auch nicht nur »authoritarian-populist«, sondern auch »libertarian-populist« (ebd.: 11) oder »progressive-populist parties« (ebd.: 137). Da Politik letztlich von der Summe individueller Werte und Einstellungen bestimmt wird, populistische Rhetorik aber keine inhaltliche Dimension besitzt, erscheint sie hier als politisch neutral. Überhaupt kommt Rhetorik und politischer Agitation im Rahmen von Norris und Ingleharts Modell eines »electoral marketplace« (Norris/Inglehart 2019: 32) keine wesentliche Bedeutung zu. Ihre Vorstellung politischer Repräsentation ist im Wesentlichen eine Einbahnstraße. Zwar notieren sie etwa, die populistischen Slogans in Donald Trumps Präsidentschaftskampagne 2016 sprächen »deeply and symbolically to people who reject new values and establishment politics« (ebd.: 258). Was aber bei dieser Ansprache in der Tiefe verborgen bleibt, was sie also nur symbolisch aufgreift, erkunden sie nicht weiter. Im Fokus steht, dass eben diejenigen für anti-liberale und Anti-Establishment-Rhetorik empfänglich sind, die sozial konservative Wertvorstellungen haben und sich kulturell in der Minderheit wähnen. In dieser Vorstellung griff etwa die Trump-Kampagne erstens lediglich bestimmte Überzeugungen auf, die zu einem bestimmten Zeitpunkt verbreitet waren. Und zweitens erreichte sie damit nur diejenigen, die diese Überzeugung bereits teilten.

Die politische Aktivität autoritär-populistischer Parteien beschränkt sich letztlich auf eine Wahlmobilisierung der ihr zugeneigten Bevölkerungsgruppen. Denn die parlamentarische Abbildung der realen Wertüberzeugungen in der Bevölkerung sehen Norris und Inglehart vor allem dadurch verzerrt, dass die Angehörigen verschiedener Generationen sich in unterschiedlichem Ausmaß überhaupt an Wahlen beteiligen. Ältere Bürger*innen wählen schon länger und zunehmend stärker als jüngere. Norris und Inglehart sprechen in diesem Zusammenhang von einem »participation-generation gap« (ebd.: 56), der in Kombination mit den Wertekontrasten zwischen den verschiedenen Generationen eine Repräsentationskrise verursacht. Wahlergebnisse repräsentieren regelmäßig die Vorlieben älterer Generationen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung über, inklusive ihrer überproportionalen Unterstützung autoritär-populistischer Parteien. Diese Parteien sind also, gemessen an der gesellschaftlichen Unterstützung für die von ihnen vertretenen Werte, parlamentarisch überrepräsentiert, während Parteien, die linksliberale Werte vertreten, unterrepräsentiert sind.

Norris und Inglehart ignorieren, dass politisches Handeln sich nicht in einer bloßen Wiedergabe und Mobilisierung bestehender Werte und Einstellungen erschöpft, sondern gerade die Verknüpfung verschiedener Themen und politischer Positionen sowie die Betonung oder Relativierung einer bestimmten, hier kulturellen Gegnerschaft, genuin politische Handlungen sind. Wird Repräsentation in diesem Sinne als ein multidirektonaler Prozess verstanden, kann etwa gefragt

werden, inwiefern die Wahrnehmung, mit sozial konservativen Wertvorstellungen zu einer unterdrückten gesellschaftlichen Minderheit zu gehören, die sich wehren muss, selbst politisch erzeugt ist. In Norris und Ingleharts Modell erscheint es, als wäre diese Wahrnehmung schlicht evident.

Bereits die von den Autor*innen als »cultural« zusammengefassten Themen und Konflikte stehen bei näherer Betrachtung in keinem notwendigen inhaltlichen oder politischen Zusammenhang. Positionen zur Immigrationspolitik, zur gleichgeschlechtlichen Ehe und zur Entwicklungshilfe treten durchaus in sehr verschiedenen Kombinationen auf. Wenn sich tatsächlich zwei beherrschende politische Lager herausbilden, die jeweils beanspruchen, zu diesen Themen zusammenhängende Positionen zu formulieren, treten sich darin gerade zwei politische Ansprüche gegenüber. Stattdessen suggeriert Ingleharts Stufenmodell der Wertentwicklung, dass die verschiedenen, als linksliberal geltenden Überzeugungen miteinander im Prinzip inhaltlich kohärent sind. Zwar ist sicher wahr, dass die Ausdehnung persönlicher Freiheitsrechte oder des Selbstausdrucks eine Klammer um verschiedene Themen bildet, die für linksliberale Werte zentral sind. Aber es ist unhintergehbar politisch streitbar, was eine solche Ausdehnung angesichts konkreter Fragen etwa von multikulturellem Zusammenleben, Religionspolitik und Einwanderung bedeuten soll.

Die Idee, dass es Wertveränderungen auf der individuellen Ebene sind, die langfristig auch Veränderungen der politischen Systeme nach sich ziehen, wird bereits methodisch durch die Struktur der verwendeten Large-n-Datensätze nahegelegt. Die quantitativ-empirische Herangehensweise korreliert Daten, die auf der Individualebene vorliegen, mit Entwicklungen auf der Makroebene. In dieser Perspektive erscheint es plausibel, dass es auch tatsächlich die (massenhaften) individuellen Wertveränderungen sind, die politische Veränderungen antreiben. Diese Perspektive schätzt die umgekehrte Wirkrichtung gering, also dass politische Prozesse der Willensbildung und insbesondere der herrschaftsähnlichen öffentlichen Meinungsbildung bis hin zur Propaganda individuelle Wertveränderungen und politische Positionierungen formen und gewichten. Theoretisch ist das in der Konstruktion von »Werten« als in jungen Jahren erlernten, dann aber lebenslang kaum wandelbaren Überzeugungen festgelegt. Diese Konzeption hält bewusst angeeignete politische Überzeugungen und Erfahrungen für zweitrangig, da sie die individuellen Wertüberzeugungen der Bürger*innen nicht wesentlich zu beeinflussen vermögen. Damit aber denkt sie auch politische Identität nicht als Gegenstand und Ergebnis eines beständigen Werdens, einer immer wieder nötigen Positionierung oder auch nur von zumindest möglichen Reflexionsprozessen, kurz: als ein bewusstes oder unbewusstes Ringen mit gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern als eine passiv erlittene, adoleszente Formung durch die soziale Umwelt. In letzter Konsequenz bedeutet das, Identität zu entpolitisieren und zu enthistorisieren.

Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier betonen in ihrer Aktualisierung der Cleavage-Theorie stärker die genuin politische Natur gesellschaftlicher Konfliktlinien. Ihnen zufolge muss die Bedeutung kollektiver Identitäten für langfristige politische Bindungen besser verstanden werden als es die eben zu sehr auf die Sozialstruktur fokussierte Cleavage-Theorie bisher leistet. Denn wenn *cleavages* im Zusammenspiel von geteilten sozialen Eigenschaften und den kollektiven Identitäten sozialer Gruppen entstehen, hängt ihre fortwirkende gesellschaftliche Bedeutung auch von der Stabilität eben jener Identitäten ab. Politische Gruppenidentitäten, so Bornschiers These, werden nun aber wesentlich durch parteipolitische Konflikte am Leben erhalten (vgl. Bornschier 2010: 54).

Er antwortet damit auf eine zentrale Frage der Parteienforschung: Wie ist die lange Stabilität westeuropäischer Parteiensysteme seit den 1920ern (vgl. Bartolini/Mair 1990) möglich, obwohl sich die Sozialstruktur dieser Gesellschaften seitdem grundlegend geändert hat? Kriesi und andere haben herausgearbeitet, dass Parteiensysteme ihre grundlegende Form inmitten sich verändernder Gesellschaften nur erhalten können, indem sie alte Wähler*innengruppen aufgeben und neue Bindungen zu anderen sozialen Gruppen aufbauen. Bornschier fügt hinzu, dass parteipolitische Konflikte zugleich eine identitätsstiftende und integrierende Funktion über sozialstrukturelle Gruppen hinweg ausüben. In Anschluss an Giovanni Sartoris Vorschlag, Parteiensysteme als unabhängige Variable zwischen Sozialstruktur und Politik zu begreifen, schreibt er:

»I take this line of reasoning one step further: It is not the party that keeps subjective class consciousness alive but the conflicts it carries out with parties defending diverging interests. Without an antagonist, this identification would lose much of its political relevance and, if not refreshed, would open the way to identifications on the basis of some other group membership. It is thus not parties as such that reproduce collective identities, but the party system, defined as a *>system of interactions* resulting from inter-party competition, that reproduces collective identities« (Bornschier 2010: 58, Hrvh. i. O.).

Parteien als zentrale Akteure der westeuropäischen politischen Systeme erhalten durch die politischen Konflikte, die sie mit opponierenden Parteien führen, politische Identitäten aufrecht. Neue Generationen von Wähler*innen werden in bestehende parteipolitische Konflikte hineinsozialisiert, indem diese Konfliktlinien ihnen das »cognitive schema« (ebd.: 59) aufprägen, durch das sie Politik überhaupt deuten. Gelingt dieser politische Sozialisationsprozess, erhalten sich die Parteien und das Parteiensystem jenseits der historischen Konflikte am Leben, aus denen sie ursprünglich hervorgegangen sind.

Politische Identitäten sind also nicht unbeweglich in der Sozialstruktur verankert, sondern selbst insofern auch ein Produkt von Politik, als Parteien stets

Allianzen verschiedener sozialer Gruppen formen. Im Parteiensystem treten sich nicht die in ökonomischer, religiöser oder kultureller Hinsicht relativ homogenen sozialen Gruppen gegenüber, die eine Konfliktlinie ausmachen, sondern größere und grundlegendere, antagonistische politische Orientierungen, Ideologien oder politische Kulturen. Bornschier unterstreicht, dass Veränderungen der Sozialstruktur mithin nicht die Veränderungen politischer Antagonismen determinieren. Diese zu starre Grundannahme der älteren Cleavage-Theorie will er zugunsten eines dynamischen und stärker akteurszentrierten Ansatzes überwinden (vgl. Bornschier 2018: 224f.). Denn die Parteiensysteme und die politischen Strategien der Parteien formen und verarbeiten die strukturellen Umwälzungen zu politischem Wandel. Um sich in strukturellen und kulturellen Veränderungen zu erhalten, müssen Parteien sich natürlich kontinuierlich anpassen. Während die parteipolitischen Konfliktlinien über Jahrzehnte stabil sein können, ist es der politische Inhalt dieser Konflikte keineswegs. Insbesondere neue politische Themen müssen sie entweder in die etablierte Konfliktstruktur integrieren oder unterdrücken (vgl. Bornschier 2010: 56–60).

Wenn etwa ein neues Thema das Elektorat einer Partei spaltet, nicht ignoriert werden kann und zudem von einer anderen Partei aufgegriffen wird, gerät die Partei unter Positionierungsdruck. Dann kann es zu einem *realignment* kommen, das heißt zu einer Neukonfiguration der Verbindungen von sozialen Gruppen und politischen Parteien. Voraussetzung dafür ist eine vorhergehende Schwächung der etablierten Konfliktstruktur und der entsprechenden politischen Identitäten. Bornschier unterscheidet hinsichtlich der Ursachen dafür zwischen *structural dealignment* und *behavioral dealignment*.

Im ersten Fall wird die Verbindung zwischen einer Partei und den sie tragenden sozialen Gruppen schwächer, weil Modernisierungsprozesse die Stärke derjenigen Gruppen verringern, auf denen die etablierte Konfliktstruktur ruht. So hat etwa die Entwicklung zu post-industriellen Volkswirtschaften die traditionelle Arbeiter*innenklasse schrumpfen lassen. War bis dahin das Parteiensystem wesentlich durch die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit strukturiert, verliert es nun zunehmend seine Verankerung und bietet so die Gelegenheit, neue Konflikte politisch zu mobilisieren.

Im zweiten Fall verschieben sich die Verbindungen von Parteien und sozialen Gruppen auch ohne sozialstrukturelle Veränderungen. Eine soziale Gruppe kann ihre politische Identifikation bei steigender Wichtigkeit (Salienz) eines bis dato nebensächlichen politischen Themas wechseln. Wenn etwa alte politische Konflikte an Bedeutung verlieren oder gar befriedet werden, können andere Konflikte – und damit Identitäten – in den Mittelpunkt rücken. Das können selbst alte Identitäten sein, so wurden etwa nationale Identitäten historisch oft durch religiöse oder Klassenidentitäten überdeckt und treten nun neu hervor. Parteien können in solchen Situationen auch neue kollektive Identitäten entwerfen und propagieren, al-

lerdings sind sie dabei durch die objektiven sozialen und politischen Charakteristika des Elektorats begrenzt (vgl. ebd.: 60–63).

Der Erfolg, bzw. präziser: die Möglichkeit des Erfolgs populistischer rechter Parteien in Westeuropa ist aus dieser Parteiensystemsperspektive eine Begleiterscheinung der Rekonfiguration der Bindungen von Wähler*innengruppen und Parteien. Ihr elektoriales Potenzial sind genau die spezifischen Gruppen, die aufgrund der Veränderung des Parteiensystems oder aufgrund der Veränderung ihrer eigenen politischen Präferenzen nicht mehr repräsentiert sind (vgl. Bornschier 2019: 206). Und zwar sind Teile des Elektorats seit den Umbrüchen der 1970er hinsichtlich ihrer Position auf der *kulturellen* Konfliktlinie nicht repräsentiert. Die Entstehung und Durchsetzung der universalistischen Neuen Linken hat diejenigen freigesetzt, die entschieden partikularistische Werte vertreten. Sie sind für den manichäischen Diskurs des Populismus ansprechbar, wenn er sich mit der entsprechenden partikularistischen Hauptideologie verbindet (vgl. ebd.: 219).

Aus diesen politiktheoretischen Erwägungen heraus berücksichtigt Bornschier für den Aufstieg populistischer rechter Parteien auch ihre jeweilige inhaltliche Positionierung. Ihr Erfolg wird zwar durch die langfristige Entwicklung der Sozialstruktur mit ermöglicht, jedoch verändern sich die entscheidenden politischen Identifikationen erst durch konkrete politische Konflikte hindurch.

Erst wenig Beachtung fand in dieser Perspektive allerdings die Konstruktion von Gruppenidentitäten durch die Bürger*innen selbst. Bornschier geht in jüngeren Publikationen auch bei den politischen Selbstidentifikationen davon aus, dass sie weder einfach die objektive sozialstrukturelle Situation spiegeln, noch völlig unabhängig von ihr sind. Er spricht stattdessen von einem »partial detachment from social structure« (Bornschier et al. 2021: 2112). Insbesondere mit Blick auf die modernisierungstheoretische Tradition, Wahlerfolge radikal rechter Parteien durch Deprivationserfahrungen zu erklären, merkt er an, dass subjektive politische Identitäten selten allein durch Mangel charakterisiert sind, sondern meist auch durch positive Selbstcharakterisierung konstruiert werden, etwa in Form von Elementen wie Ländlichkeit, Fleiß und moralische Integrität (vgl. ebd.: 2092). Diese subjektiven Identitäten und die in ihnen enthaltenen »perceived group interests« (ebd.: 2091) vermitteln also zwischen den »objektiven« sozialstrukturellen Eigenschaften und der Parteizuordnung sowie Wahlpräferenzen der Bürger*innen. Sie prägen die politische Identität, aber zugleich prägen selbstverständlich auch Parteien die subjektiven Identitäten. Diese Wechselbeziehung müssen die Cleavage-Theorien erst noch durchdringen und aufnehmen. Von der Populismusforschung können sie dabei lernen, dass nicht allein substanzelle *issues* der Parteien Wahlentscheidungen prägen, sondern etwa Statusängste, politische Entfremdung und Misstrauen auch in der populistischen Polemik gegen Eliten und das politische System politisiert werden können (vgl. Bornschier 2017: 305f.).

Hanspeter Kriesi hat sich jüngst zudem skeptisch zu dem Einfluss geäußert, den Parteien überhaupt auf die Wahlentscheidungen der Bürger*innen haben. Nationale Parteien(systeme) konnten demnach in jüngerer Zeit mit ihrem *agenda setting* kaum die Salienz maßgeblicher politischer *issues* beeinflussen. Stattdessen bestimmen langfristige sozialstrukturelle Veränderungen und vor allem kurzfristige, zunehmend transnationale politische Trends die Prioritäten der Bürger*innen (vgl. Dennison/Kriesi 2023: 15).

Politische Ökonomie

Wie für die politische Kulturforschung stellt sich auch für die politisch-ökonomische Perspektive auf populistische Parteien die Frage, wie die sich verändernden gesellschaftlichen Konflikte zu deren politischem Erfolg beitragen. Mit ihrer entschiedenen Positionierung gegen Wertewandel-Erklärungen laden Rodrik und Manow ihrem Erklärungsansatz allerdings eine zusätzliche Last auf. Sie müssen zeigen, wie sich die von ihnen analysierten ökonomischen Treiber populistischen Protests plausibel mit dessen vorwiegend identitären und kulturellen politischen Themen in Zusammenhang bringen lassen. Warum kann der rechte Populismus den Protest gegen die ökonomischen Verwerfungen der Globalisierung erfolgreich mit autoritären Themen mobilisieren? Manows These, dass der rechte Populismus in Nord- und Kontinentaleuropa von Arbeitsmarkt-Insider*innen getragen wird, die gegen die Beanspruchung des großzügigen Sozialstaats durch massenhafte Immigration protestieren, beantwortet diese Frage letztlich nicht. Denn erstens wäre eine andre politische Reaktion auf diese Ausgangssituation denkbar. Die Mehrzahl der Arbeitsmarkt-Insider*innen hätte sich ebenso für einen solidarischen Ausbau des Sozialstaats aussprechen können. Und zweitens ist die Thematisierung von Immigration als Wohlfahrtsproblem gar nicht die charakteristische Mobilisierungsstrategie der populistischen rechten Agitation gegen eine großzügige Migrationspolitik, sondern die Skandalisierung der ethnischen oder religiösen Herkunft bestimmter Migrant*innen.

Manow behandelt die Frage vornehmlich im Modus der Gegenfrage: Er leugnet natürlich nicht, dass die Reaktion auf Globalisierungsschocks aufseiten der populistischen rechten Parteien autoritär ausfällt, will angesichts der ausufernden und moralisierenden Fixierung der akademischen Diskussion auf diesen Umstand aber lieber herausarbeiten, *worauf* da autoritär reagiert wird.

Wo er um eine Erklärung dennoch nicht herumkommt, bietet Manow ein nur wenig überzeugendes Modell politischer Repräsentation an. Er schlägt die Formulierung vor, dass für den populistischen Protest zwar ökonomische Probleme ursächlich sind, die aber »kulturalisiert« werden müssen, um für politische Mobilisierung überhaupt funktionieren zu können (Manow 2018: 16). Was genau das heißt und warum dem so ist, lässt er offen. Zugrunde liegt offenbar Dani Rodriks Vorstellung, parteipolitische Narrative könnten die für den Erfolg des Populismus ur-

sächlichen ökonomischen Beschwerden mit anderen Themen überspielen (»override«) (Rodrik 2018: 30). Denn die von der Globalisierung unter den betroffenen Gruppen erzeugten ökonomischen Ängste seien oft »inchoate«, das heißt nicht von sich aus mit einer bestimmten politischen Perspektive verknüpft. Diese erhalten sie erst durch die verfügbaren (partei-)politischen Angebote: »Populist movements supply the narratives required for political mobilization around common concerns. They present a story that is meant to resonate with their base, the demand side: here is what is happening, this is why, and these are the people who are doing it to you« (Rodrik 2018: 24). Gleichwohl bleiben die verschiedenen parteipolitischen Narrative dabei von den objektiven Bedingungen begrenzt. Ob die Globalisierung in einer politischen Ökonomie durch Immigration oder durch Handel problematisch wird, begünstigt oder erschwert deren Politisierung als zentrale Probleme. Manow sieht dieses nachfrageseitige Erklärungsmodell gegen angebotsseitige Erklärungen im Vorteil, da diese die Varianz der jeweils erfolgreichen populistischen Mobilisierungsstrategien nicht erklären können (vgl. Manow 2018: 122).

Aber dem Modell liegt, wie auch bei Norris und Inglehart, deutlich erkennbar ein problematisch vereinfachtes Verständnis politischer Repräsentation zugrunde. Manow kommt immer wieder auf seine Grundthese zurück, dass die Wahl populistischer Parteien letztlich durch rationale ökonomische Eigeninteressen motiviert ist. Protestwählen ist hier ebenfalls *economic voting*. Zwar verstehen Rodrik und Manow ökonomisches Wählen im Zweifelsfall eher als soziotropisch denn als egotropisch motiviert. Das heißt, es orientiert sich weniger am individuellen ökonomischen Status, sondern an einer »Einschätzung der wirtschaftlichen Lage insgesamt« (ebd.: 73). Das aber setzt voraus, dass die Wähler*innen abzuwagen wissen, wie sich verschiedene Globalisierungsschocks auf sie und die Volkswirtschaft auswirken. Es blendet aus, wie sehr diese alltäglichen Schätzungen selbst schon durch politische Deutungsangebote, Diskurse und Ideologien geprägt sind. Die Sphäre der politischen Diskussion, der Kampf um die öffentliche Meinung und letztlich das gesamte politische System sollen hier die subjektive Erkenntnis der eigenen ökonomischen Interessen nicht maßgeblich affizieren, sondern sie nur mit anderen Themen und politischen Streitfragen verbinden und sie so politisch verarbeitbar machen. In diesem Rahmen ist Manows Rede von einer »Kulturalisierung« ökonomischer Ängste – anders als das etwas elaboriertere Modell Simon Bornschiers (siehe Abschnitt 3.3.1) – so zu verstehen, dass die von populistischen rechten Parteien bemühten identitären und autoritären Themen nur ein *äußerliches Vehikel* dazu sind, den ökonomischen Interessen der Wähler*innen gemäß der eigenen politischen Strategie einen parteipolitischen Ausdruck zu geben.

Dani Rodrik versucht in einem jüngeren Aufsatz, die bloß nachfrageseitige Erklärung um angebotsseitige Mechanismen zu ergänzen, durch die die Globalisierung populistische Wahlerfolge befeuert. Neben dem von Manow bearbeiteten Zusammenhang, dass ökonomische Verwerfungen direkt die Nachfrage der Wäh-

ler*innen nach Protektionismus und Umverteilungspolitik größer werden lassen, identifiziert Rodrik noch drei indirekte Zusammenhänge. Auf der Nachfrageseite könnten ökonomische Verwerfungen in Form des Gefühls steigender Unsicherheit die Bedeutung traditioneller Werte und identitärer kultureller Abgrenzungen zwischen dem mehrheitsgesellschaftlichen »Wir« und ethnischen, religiösen Minderheiten steigern.

Auf der Angebotsseite könnten ökonomische Schocks einerseits auch die wirtschaftspolitischen Positionen von Kandidat*innen und Parteien verändern, etwa indem sie zu einer Polarisierung bezüglich Themen wie Importzöllen oder Immigration führen. Andererseits können ökonomische Schocks vor allem rechte Parteien auch dazu anregen, gezielt eine politische Polarisierung bezüglich kultureller und identitärer Spaltungen herbeizuführen, um dem für sie nachteiligen Wettbewerb um attraktive ökonomische Positionen auszuweichen (vgl. Rodrik 2021: 140f.).

Darin erkennt Rodrik Repräsentation in Demokratien als ein beidseitiges Verhältnis an: Wähler*innen entscheiden sich für Parteien aufgrund ihrer Interessen, zugleich aber versuchen Parteien, durch *agenda setting* und Framing, diese vorhandenen Interessen gemäß ihren politischen Strategien zu bündeln, zu gewichten und zu verändern. Doch dieses komplexere Repräsentationsmodell verträgt sich nicht mehr recht mit der politisch-ökonomischen Populismuserklärung, die die Wahlerfolge rechter oder linker populistischer Parteien aus der jeweiligen Weise ableitet, in der Globalisierungsschocks für die politischen Ökonomien problematisch werden. Denn in der Kernfrage einer solcherart repräsentationstheoretisch reflektierten Populismuserklärung – wie gewichten sich politisches Angebot und Nachfrage gegeneinander? – nehmen Rodrik und Manow die Antwort immer schon vorweg. Sie gehen davon aus, dass die Nachfrageseite den Ausschlag gibt: Weil Globalisierungsschocks unterschiedliche politische Ökonomien unterschiedlich unter Druck setzen, bilden sich hier linke, dort rechte Populismen als Vertretungen der unterschiedlichen Interessen der unter Druck geratenen Wähler*innengruppen.

Dabei ist diese Erzählung im Lichte von Rodriks Relativierung des Interessenbegriffs längst fragwürdig geworden. Rodrik hat in mehreren Aufsätzen eine grundsätzliche, konstruktivistische Kritik der unhinterfragten Verwendung eines materiellen Interessenbegriffs in der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft entwickelt. Wähler*innen und andere ökonomische Akteure haben in Wirklichkeit meist nur eine begrenzte, durch vorgefertigte Annahmen strukturierte Vorstellung davon, wo ihre Interessen liegen und was dem entgegensteht (Rodrik 2014: 206). Mehr noch: Politische Entrepreneur*innen verändern mittels »ideational politics« (Rodrik/Mukand 2018: 1) diese Vorstellungen gezielt zu ihren Gunsten.

Sie versuchen erstens durch das Verbreiten von eingängigen »worldview memes« (Rodrik et al. 2023: 4), die Vorstellung der Wähler*innen vom Funktionieren der Welt zu verändern. Ein einschlägiges Beispiel eines solchen Memes ist die durch eine Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel sprichwörtlich gewordene schwäbi-

sche Hausfrau, die – im Gegensatz zu manchen Expert*innen – über genug gesunden Menschenverstand verfüge, um zu wissen, dass ein Staatshaushalt, ebenso wie ein Privathaushalt, nicht »über seine Verhältnisse leben« (CDU 2008: 24) dürfe. Diese volkswirtschaftlich falsche, aber für den Alltagsverständnis plausible Analogie diente der Durchsetzung der deutschen Austeritätspolitik in der Finanzkrise von 2008. Sie vermittelte das Bild, der Abbau von Staatsschulden diene in jedem Fall der Allgemeinheit, während er tatsächlich oft eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zuungunsten der Arbeitnehmer*innen bedeutet. Solche »policy memes« sollen also die Wähler*innen davon überzeugen, eine bestimmte Politik sei in ihrem Interesse.

Zweitens nutzen Parteien und Politiker*innen »identity memes«, um individuelle Präferenzen direkt zu verändern. Gelingt es etwa, die religiöse oder kulturelle Identität in einer armen, mehrheitsgesellschaftlichen Wähler*innengruppe salienter zu machen als ihre Klassenidentität, kann sie unter Umständen für die Wahl eines reichen politischen Herausforderers mit derselben Identität gewonnen werden.

In beiden Fällen zielt die politische Beeinflussung darauf, Wähler*innen gegen ihre ökonomischen Interessen handeln zu machen. Dass das nicht selten gelingt, stellt interessenbasierte Modelle politischen Handelns vor Probleme. Sie gehen, in ökonomischen Begriffen gesprochen, davon aus, dass politische Akteure sich zweckmäßig verhalten, um ein genau definiertes Optimierungsproblem zu lösen. Wähler*innen, Eliten, Parteien oder Abgeordnete versuchen, ihren gemäß ihrer Präferenzen bestimmten Nutzen – Einkommen, Renten oder politischen Gewinn – innerhalb fester, ihnen bekannter politisch-ökonomischer Spielregeln zu maximieren, indem sie die geeignetste ihnen zur Verfügung stehende Handlungsoption wählen.

Allerdings sind die Selbstbilder politischer Akteure, und damit ihr Begriff der Eigeninteressen, fundamental durch Normen, Ideologien und Weltbilder bestimmt. Überwiegt etwa in einem Teil des Elektorats die ethnische Identität über die Klassenidentität, ändert das die subjektive Rangordnung eigener Interessen – auch wenn Politökonom*innen Einkommensunterschiede für wichtiger erachten mögen. Ähnlich strukturieren Ideen oftmals entgegen empirischer Evidenz auch die Vorstellung davon, nach welchen Spielregeln die politische Welt funktioniert und welche Handlungsoptionen überhaupt bestehen.

Rodrik ist sich über die Tragweite dieser konstruktivistischen Herausforderung durchaus im Klaren. »Ideational Politics« als Teil des politischen Prozesses ernst zu nehmen, macht den scheinbar selbstverständlichen Begriff des Interesses »slippery and ephemeral« (Rodrik 2014: 205). Selbst wenn man nicht so weit geht, Interessen nur mehr als ein bloßes »artifact of ideas« (ebd.: 206) zu begreifen, lassen sich beide als immer auch geistige Phänomene empirisch nicht mehr ohne Weiteres voneinander scheiden (vgl. Rodrik/Mukand 2018: 29). Zur Rettung seiner Forschungs-

perspektive versucht er daher auf zwei Wegen, »ideational politics« in ein politisch-ökonomisches Modell interessengeleiteten Wahlverhaltens zu integrieren.

Erstens begreift er die »ideational politics« politischer Entrepreneur*innen als erweiterte, zweckmäßige Verfolgung ihrer politisch-ökonomischen Interessen. So kann es sich etwa für Parteien, die die Interessen wohlhabender Bevölkerungsgruppen vertreten, besonders in Zeiten steigender ökonomischer Ungleichheit bezahlt machen, in Strategien zu investieren, die identitäre und kulturelle Beschwerden ansprechen. Denn so können sie möglicherweise mehrheitsgesellschaftliche Wähler*innengruppen mit geringem Einkommen gewinnen, ohne Zugeständnisse an deren ökonomische Interessen machen zu müssen (vgl. Rodrik 2021: 165). Das lohnt sich sogar umso mehr, je größer die ökonomische Ungleichheit in einer Gesellschaft ist (vgl. Rodrik et al. 2023: 7). Solche politischen Memes und Strategien konzipiert Rodrik analog zu Produktionstechnologien. Sie sind knappe Güter, für deren Entdeckung und Entwicklung Parteien Ressourcen aufwenden müssen, die im Erfolgsfall jedoch politischen Mehrwert einbringen können.

Zweitens biegt Rodrik die Frage, ob die ungerichteten, massenhaften Globalisierungsbeschwerden politisch links oder rechts artikuliert werden, wieder auf eine Frage der politischen Ökonomie zurück. Die politische Ausrichtung hängt davon ab, welche gesellschaftliche Spaltung in den Augen der Wähler*innen momentan salienter ist. Wo Globalisierung in Form von Immigration für eine Volkswirtschaft problematisch wird, kann die kulturelle Spaltungslinie leichter politisiert werden. Wo sie hingegen durch Außenhandel, Austeritätsregime oder Finanzkrisen in Erscheinung tritt, können linke populistische Parteien ökonomische Fragen in den Mittelpunkt stellen. Damit geht natürlich wieder die Voraussetzung einher, dass Wähler*innen volkswirtschaftliche Zusammenhänge soweit richtig verstehen, dass sie die tatsächlich zentralen politisch-ökonomischen Probleme als salient erachten.

Doch das ignoriert seine eigene, gewichtige Einsicht, dass die Masse der Wähler*innen einer politischen Beeinflussung ausgesetzt ist, die sie oft zu einem politischen Verhalten entgegen den eigenen Interessen bewegen kann. Diese Einsicht sprengt den Rahmen eines Konzepts interessengeleiteter Wahlentscheidungen. Den »Nutzen«, den etwa kulturelle »identity memes« für manche ärmere, mehrheitsgesellschaftliche Wähler*innen haben, bestimmt Rodrik daher sozialpsychologisch. Eine Person mit geringerem Einkommen »gets utility from identifying with and sharing an identity with the high-income identity group (e.g. whites)« (Rodrik/Mukand 2018: 5). Und je größer der ökonomische Abstand zu der reichen Gruppe ist, desto größer ist auch der »Gewinn« aus der Identifikation mit ihr.

Rodrik und Manow haben also insgesamt ein widersprüchliches Bild des demokratischen Prozesses, insbesondere der Rolle der Wähler*innen. Einerseits sprechen sie ihnen ein weitgehendes Verständnis der ökonomischen Situation, ihrer Interessen und der ökonomischen Folgen bestimmter politischer Entwicklungen für

sie zu. Andererseits nehmen sie an, dass die politische Ausgestaltung ökonomischer Ängste vor allem von politischen Narrativen bestimmt wird.

Im Rahmen ihres politisch-ökonomischen Ansatzes gelangen Manow und Roodrik trotz aller repräsentationstheoretischen Reflexionen immer wieder zu der Schlussfolgerung, auch populistische rechte Politik bediene letztlich rationale Eigeninteressen der Wähler*innen. Das ist folgerichtig, da sie die linke oder rechte Ausrichtung populistischen Protests aus der Varianz der politischen Ökonomien in verschiedenen Ländern erklären wollen. Diese These hätte wenig Sinn, wenn diese politisch-ökonomischen Bedingungen oder wenigstens die ökonomischen Folgen für das eigene Leben für die Wähler*innen nicht handlungsleitend wären.

Wohl aus diesem Grund spielen die Überlegungen zum Zusammenhang von Interessen und Ideen in den Thesen zum Populismus keine Rolle. Sie passen systematisch nicht zum dort angestrebten Beweisziel. Denn je differenzierter Wahlergebnisse auf bestimmbarer Interessen zurückgeführt werden, desto weniger Raum bleibt für die politische Dynamik von Repräsentation, Beeinflussung und Strategie. Je mehr umgekehrt den »ideational politics« Einfluss auf die Weltwahrnehmung und Interessenformierung der Wähler*innen zugestanden wird, desto unkonkreter wird die politisch-ökonomische Verankerung des Erfolgs populistischer Parteien.

3.2.2 Wie steht der Populismus zur (liberalen) Demokratie?

Politische Kulturforschung

Die politische Kulturforschung folgt in ihrem Verständnis der modernen Demokratie einer Kernidee liberaler Modernisierungstheorie. Demnach hat die gesellschaftliche Modernisierung in Form von Urbanisierung, ökonomischer Entwicklung, steigenden Bildungsniveaus und Ausdehnung des Dienstleistungssektors seit dem 19. Jahrhundert zur globalen Ausbreitung liberaler demokratischer Systeme geführt. Umgekehrt bieten liberaldemokratische Gesellschaften die beste politische Form für fortgeschrittene, wissensbasierte kapitalistische Volkswirtschaften, die friedliche Machtwechsel sowie auf Seiten der Bürger*innen Eigenverantwortung und selbstständiges Denken voraussetzen. Den Kern liberaler Demokratien bildet das Recht, Regierungen in freien und gleichen Wahlen bestimmen zu können (vgl. Norris/Inglehart 2019: 410f.).

In Anspielung auf Samuel Huntingtons Analyse dreier Wellen der Demokratisierung (Huntington 1991) nennen Norris und Inglehart die gegenwärtigen Angriffe auf liberale Demokratien eine »reverse wave of democratization« (Norris/Inglehart 2019: 409). Sie stimmen der Einschätzung des Freedom-House-Berichts von 2018 darin zu, dass autoritär-populistische »strongman leaders« mindestens in hybriden Regimen wie Ungarn, der Türkei und Venezuela eine der Ursachen für diese Entwicklung sind. Allerdings gehen die Autor*innen davon aus, dass auf diese Angriffe

auch dieses Mal wieder ein neuer Demokratisierungsschub folgen werde (vgl. ebd.: 412f.).

Ihrem Verständnis von Populismus als einer volkssouveränistischen Rhetorik entsprechend unterscheiden sie wie auch Mudde und Kaltwasser streng zwischen seinen möglichen Auswirkungen auf liberale demokratische Systeme einerseits und auf die Demokratie als solche andererseits. Mit der liberalen Demokratie steht die populistische Betonung des Volkswillens und der Mehrheitsherrschaft selbstverständlich auf Kriegsfuß, da sie sich antipluralistisch gegen Minderheitenrechte, Expert*innen, Bürokratie, institutionelle Machtstrukturen, ja sogar gegen gewählte Repräsentant*innen überhaupt wendet. Populismus untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat, delegitimiert die Gewaltenteilung und diskreditiert Mainstream-Medien (vgl. Norris/Inglehart 2019: 247). Für die Demokratie als solche, die nicht notwendig liberal ist, sind die Folgen ambivalenter. Da die ideologische Ausrichtung des Populismus nicht ausgemacht ist, kann er grundsätzlich als eine Form der Partizipation begriffen werden, die bisherige Nicht-Wähler*innen und unterrepräsentierte Gruppen mobilisiert (vgl. ebd.: 22). In diesem Sinne ist gar der Anpassungsdruck autoritär-populistischer Parteien auf Mitte-rechts-Parteien zu begrüßen, zwingt er diese doch, auf Bedenken hinsichtlich Themen wie Immigration oder EU-Integration Rücksicht zu nehmen. Der liberale Konsens über die Vorzüge der Mitgliedschaft in der EU und offener Grenzen hat demnach eine offene Debatte ersticken und die politischen Wahlmöglichkeiten eingeschränkt. Norris und Inglehart verbleiben unentschieden, wie dieser prozedurale Vorteil einer besseren Repräsentation verbreiteter Einstellungen gegenüber dem zu befürchtenden politischen Effekt zu gewichten ist, dass so »racial resentment and social intolerance« (ebd.: 436) aufgewühlt würden. Jedenfalls ist das »global backsliding« hinsichtlich der Zahl und Qualität liberaler Demokratien nicht einfach und allein dem Einfluss der populistischen Rechten zuzuschreiben. Ihre steigenden Zustimmungswerte können nicht nur als Ursache, sondern auch als Folge der Schwächung demokratischer Institutionen und Normen interpretiert werden. Welcher Zusammenhang hier ausschlaggebend ist, wird sich erst in Zukunft bestimmen lassen (vgl. Norris 2020b: 559f.).

Hanspeter Kriesi ergänzt diese Diagnose um ein genuines Repräsentationsproblem westeuropäischer demokratischer Systeme. In Anschluss an Richard S. Katz' und Peter Mairs einflussreiche These über »cartel parties« (Katz/Mair 1995) argumentiert er, dass die Schwächung der Repräsentationsfunktion der Mainstream-Parteien auf Kosten ihrer Regierungsfunktion zur Entfremdung der Wähler*innen vom politischen Prozess beiträgt. Sie gewinnen den Eindruck, dass die »parties that habitually govern« (Kriesi 2014: 367) letztlich alle gleich sind und die Öffentlichkeit mit Hinterzimmerdeals betrügen. Das legt die populistische Reaktion nahe, sie verdienten es, an der Wahlurne abgestraft zu werden. Mit Margaret Canovan spricht Kriesi davon, dass die Bürger*innen den Glauben in die »redemptive capacity«

(Kriesi 2015: 192), also den erlösenden, hoffnungsvollen, volkssouveränistischen Impuls der Demokratie verlieren. Diese politische Unzufriedenheit ist dabei aber nur einer der Treiber populistischer Wahlerfolge. Vor allem artikulieren linke wie rechte populistische Parteien immer substanzielle Forderungen, die aus den strukturellen gesellschaftlichen Konflikten resultieren (vgl. Kriesi 2020a: 694). Trotz aller geteilter populistischer Rhetorik bleibt wahr, dass radikal rechte Parteien sich innerhalb des westeuropäischen zweidimensionalen Parteienwettbewerbs auf die kulturelle Konfliktdimension fokussieren, während linke radikale Parteien versuchen, die ökonomische Konfliktdimension zu politisieren (vgl. Kriesi/Schulte-Cloos 2020: 2).

Und auch die »rein« politische Unzufriedenheit verweist laut Kriesi auf strukturelle Probleme für demokratische Systeme. Er bindet Katz und Mairs funktionalistische Diagnose eines allgemeinen Niedergangs der Regierung durch Parteien in seine strukturalistische Perspektive ein: Die Erosion der Repräsentativfunktion demokratischer Parteien entspringt demnach dem schwindenden Bewegungsspielraum nationaler Regierungen in supra- und internationalen Governance-Strukturen sowie der steigenden Personalisierung politischer Führung im Rahmen der allgemeinen Mediatisierung von Politik (vgl. Kriesi 2018: 17).

Kriesi folgt dabei dem ideologietheoretischen Verständnis von Populismus, wie es bei Mudde und Kaltwasser ausgearbeitet wurde. Innerhalb dessen legt er Wert darauf, dass die Elemente populistischer Ideologie sämtlich Vorstellungen davon sind, wie demokratische Politik funktioniert und wie sie funktionieren sollte. Im Mittelpunkt steht die fundamentale Rolle des Volkes, das angeblich von einer korrupten Elite betrogen wurde und nun seine Souveränität wiederherstellen muss. In diesem Verständnis ist jeder Populismus innig mit der Demokratie und ihren Versprechen verbunden. Populismus versucht, diese Versprechen einzulösen, er propagiert im Kern eine Politik der Hoffnung angesichts einer wahrgenommenen Krise der Demokratie. Erst wenn das Versprechen einer Erlösung durch Demokratie als gebrochen gilt, bekommen Populist*innen ihre Chance.

Allerdings ist die populistische Vision der Demokratie eine explizit illiberale: Ihr monolithischer Volksbegriff lässt keinen Raum für Pluralismus, ihr Anti-Elitismus lehnt vermittelnde Instanzen zwischen Volk und Regierung ab und ihre Überhöhung der Volkssouveränität widerspricht einer institutionalisierten Gewaltenteilung (vgl. ebd.: 8).

Diesem zwiespältigen Verhältnis zur Demokratie entsprechend bewertet Kriesi auch die Auswirkungen populistischer Ideologie und Mobilisierung auf Demokratien als ambivalent. Einerseits führt die Teilnahme populistischer Parteien an regionalen oder nationalen Wahlen oft zu einer erhöhten Wahlbeteiligung, da sie Forderungen von strukturell bedeutsamen, aber marginalisierten oder entpolitisierten Gruppen vertreten. So kann Populismus mit Blick auf Repräsentationsprobleme durchaus eine »productive force« (Kriesi 2014: 361) sein, die die

westeuropäischen Parteiensysteme wieder in Übereinstimmung mit den veränderten gesellschaftlichen Konfliktlinien bringt. Andererseits bedroht das illiberale populistische Verständnis von Demokratie die Prinzipien der Gewaltenteilung, der Rechtsstaatlichkeit sowie freier und fairer Wahlen (vgl. Kriesi 2018: 19f.). Diese potenzielle Gefahr bleibt dabei aber durch Hemmnisse unter anderem im Verfassungsrecht, dem Wahl- und Parteiensystem sowie den internationalen Märkten eingehetzt (vgl. Kriesi 2020b: 253–256). Kriesi folgt hier dem Demokratieverständnis Jan-Werner Müllers und Nadia Urbinatis, für die liberale Freiheitsrechte nicht von der Demokratie zu trennen sind, sondern sie überhaupt erst konstituieren. Bornschier bezeichnet das Demokratieverständnis der populistischen Rechten zudem als »protective« (Bornschier 2010: 24) in dem Sinne, dass direkte Demokratie hier nur dem Ziel diene, die Volkssouveränität zu erhalten. In Verbindung mit ihrer Ablehnung liberaler Freiheitsrechte kann die populistische Rechte so gerade durch ihr Insistieren auf direkte Demokratie auf eine Tyrannie der Mehrheit hinarbeiten.

Politische Ökonomie

Das Demokratieverständnis der Politischen Ökonomie hebt entgegen der Vorstellung eines grundsätzlich harmonischen Verhältnisses von liberaler Demokratie und Modernisierung die prekäre Rolle des Nationalstaates im globalisierten Kapitalismus hervor. Er ist der Träger demokratischer Repräsentation, Partizipation, Deliberation und der Rechtsstaatlichkeit. Seine demokratische Leistungsfähigkeit steht allerdings mindestens in einer Spannung zur fortschreitenden Globalisierung oder ist gar mit ihr unvereinbar.

Rodrik macht in der globalen Ökonomie ein politisches Trilemma aus, dem zu Folge Hyperglobalisierung, Demokratie und nationale Souveränität nicht gleichzeitig existieren können. Tiefgreifende Globalisierung schließt demokratische nationale Souveränität aus – entweder müsste Demokratie im Sinne einer *global governance* auf Kosten der nationalen Souveränität globalisiert werden oder aber zu ihren Gunsten jeglichen Einfluss auf nationale Wirtschaftspolitik aufzugeben. Die Idee einer *global governance* lehnt Rodrik als »undesirable« ab, da die weltweite wirtschaftliche und politische Diversität eine umspannende politische Einheit nur als »lowest common denominator, a regime of weak and ineffective rules« (Rodrik 2011: 204) zulässt. Sein Plädoyer für eine neue, »sane globalization« (ebd.: 251) stellt sich gegen die Hyperglobalisierung und fordert die Wiederherstellung demokratischer nationaler Souveränität. Insbesondere dürfen internationale Institutionen und Abkommen eine Weltmarktintegration nicht erzwingen oder mit Eingriffen in die innere ökonomische Regulation der Nationalstaaten verknüpfen, wie es seit den späten 1980er-Jahren zunehmend geschieht (vgl. Rodrik 2018: 27–28). Ähnlich hält Manow fest, dass der Kapitalismus in seiner »unaufhörlichen Expansionsbewegung« (Manow 2021: 163f.) die für die Demokratie notwendige Form, den Nationalstaat,

sprengt und sich dazu des aus dem Nationalstaat herausdrängenden internationalen Rechts bedient.

Angesichts dieser systemischen Bedrohungen für die Demokratie durch den hyperglobalisierten Kapitalismus kommt den populistischen Parteien selbst in der politisch-ökonomischen Forschungsperspektive kaum Aufmerksamkeit zu.⁷ Die breit geteilte Sorge über mögliche Schäden an liberalen Demokratien durch populistische Mobilisierung bildet den Hintergrund ihrer Forschung, nicht ihren Gegenstand. Lediglich bei Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn findet sich die vage Befürchtung, Populismus könnte »potentially deeper challenges to the integrity of democracy itself« (Burgoon et al. 2019: 52) entfesselt haben. Allerdings entsteht ihnen zufolge das für die Demokratie schädliche Ressentiment letztlich aus der positionellen ökonomischen Deprivation (vgl. ebd.: 59) – die Rolle der populistischen Parteien bleibt unklar.

Die Analysen der Politischen Ökonomie sind vom Bemühen gekennzeichnet, anstelle des vorherrschenden Tons der Besorgnis über Angriffe auf die liberale Demokratie eine kritische Perspektive auf die zu Grunde liegenden ökonomischen Verhältnisse bzw. »Dysfunktionalitäten der repräsentativen Demokratie« (Manow 2021: 13) selbst einzunehmen. Populismus ist hier Symptom, nicht Ursache. So legen sich Philip Manow und Dani Rodrik von Anfang an darauf fest, Populismus als eine Form des Protests gegen Globalisierungsschocks zu deuten. Was das spezifisch Populistische an populistischen Parteien ist, bleibt demgegenüber recht vage. Philip Manow beklagt in seiner politisch-ökonomischen Perspektive zwar das »systematische Ausblenden ökonomischer Faktoren« (Manow 2018: 31) in den Populismusverständnissen Cas Muddes, Jan-Werner Müllers und Simon Bornschiers, stützt sich jedoch auf keines von ihnen und bestimmt dann Populismus kurzerhand lediglich so, dass man es hier mit dem »Aufstieg eines neuen Parteientyps« zu tun habe, »der ›dem Establishment‹ den Kampf ansagt« (ebd.: 27). In seiner separat entwickelten politischen Theorie greift er dann zumindest einen Punkt von Muddes Beschreibung auf: Populistische Parteien wollen eine Korrektur der gegenwärtigen, vom Establishment angeblich verfälschten Demokratie – nicht aber die Abschaffung der Demokratie (vgl. Manow 2021: 16). Dani Rodrik zählt als programmatische Gemeinsamkeiten populistischer Parteien immerhin auf: »an antiestablishment orientation, a claim to speak for the people against the elites,

⁷ Der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer versucht eben diese direkte Verbindung von fortschreitender Globalisierung und Erfolgen populistischer rechter Parteien herzustellen. Schon 2001 argumentierte er, dass der sich globalisierende Kapitalismus selbst »autoritär« ist, da er »vielfältige Kontrollverluste« erzeugt, die wiederum autoritäre Reaktionen seitens der Staaten sowie eines »rabiate[n] Rechtspopulismus« (Heitmeyer 2018: 34) hervorrufen. Im Rückblick sieht er seine Thesen durch den Erfolg des »autoritären Nationalradikalismus« der AfD bestätigt (vgl. ebd.: 231ff.).

opposition to liberal economics and globalization, and often (but not always) a penchant for authoritarian governance« (Rodrik 2018: 12).

Im Zentrum des politisch-ökonomischen Populismusverständnisses stehen die wirtschaftspolitischen Positionen und die Anti-Establishment-Haltung. Die betrachten Rodrik und Manow nicht als eine Pose oder bloße Rhetorik, sondern als tatsächlich programmatisch zentral: Populistische Parteien treten gegen die – heimische oder ausländische – Elite an. Darüber bestimmt sich ihre konkrete Haltung zur Globalisierung. Sie sind etwa nicht per se protektionistisch, sondern richten sich danach, ob Einfuhrzölle in ihrem Land eher den Eliten nützen oder der einfachen Bevölkerung. Zugleich – und ohne diesen Widerspruch weiter zu thematisieren – führt Rodrik aus, dass zumindest die US-amerikanische populistische Rechte schlicht eine Interessenvertretung der Reichen ist und mittels rassistischer Narrative versucht, Wähler*innen der Mittelschicht und unteren Mittelschicht für die Ziele der Wohlhabenden einzuspannen (vgl. Rodrik 2021: 166f.).

Manow fügt hinzu, dass der Anlass für populistische Mobilisierungen zwar jeweils konkrete ökonomische Verwerfungen sind, der Populismus selbst aber gegen die »Dekonsolidierung des Nationalstaats« protestiert und »die Rückerlangung politischer Souveränität« (Manow 2021: 10) verspricht. Damit ist Populismus für ihn Teil einer umfassenderen historischen Dialektik von Demokratisierung und Entdemokratisierung. Entgegen den verbreiteten Analysen einer Krise der Demokratie arbeitet er heraus, dass die westlichen politischen Systeme vielmehr am Endpunkt einer langanhaltenden Demokratisierung stehen: Seit der Französischen Revolution wurde der Kreis der politisch partizipierenden Bevölkerungsgruppen stetig ausgedehnt, sodass heute die demokratische Inklusion »mehr oder weniger vollständig gewährt« (ebd.: 54) ist. Unter Bezug auf das Gleichheitsversprechen der Demokratie wurden lange etablierte Ausschlüsse von bestimmten Teilen des Demos beseitigt. Diese Inklusion unterließ damit aber die ursprüngliche Funktion demokratischer Repräsentation. Sie sprach dem Volk formal Souveränität zu, hielt aber zugleich den »Pöbel« beziehungsweise die breiten Volksmassen zum Schutze der Vermögenden von der Machtausübung fern.

Diese Krise der Repräsentation (nicht: der Demokratie) wurde zudem durch die Revolution digitaler Medien und den Niedergang der Organisationsform »Partei« sowie den Bedeutungsverlust des Nationalstaats beschleunigt. Statt durch repressive Repräsentation (*Wer kann mitentscheiden?*) sichert sich daher heute die Herrschaft der Besitzenden vor allem durch die »Depolitisierung von Entscheidungsfragen« (ebd.) (*Was ist demokratisch zu entscheiden?*) gegen den Einfluss der Masse ab. Manow meint damit in erster Linie die Verrechtlichung politischer Fragen durch internationale Verträge und nicht-majoritäre Institutionen, vor allem im Rahmen der EU-Integration, die parlamentarische Einflussnahme systematisch erschweren. Er sieht in der Etablierung einer neuen Ebene politischer Autorität jenseits der Natio-

nalstaaten gar eine »de-nationalisierende Revolution« (Manow 2023a: 29), die sämtliche Konfliktlinien und ihre jeweiligen Kompromisslösungen in Frage stellt.

Teil der Krise der Repräsentation ist laut Manow aber auch, dass die Regeln und Institutionen des politischen Systems zunehmend schlechter funktionieren. Seiner Auffassung nach – er folgt hier den Diagnosen Peter Mairs – werden vor allem die politischen Parteien, die zentrale Institution der Repräsentation, angesichts der historisch neuen Massenmobilisierung bei gleichzeitiger Einschränkung durch supranationale Instanzen zunehmend zwischen abnehmender Responsivität und zunehmender Responsibilität zerrieben. Die Parteien und Parteiensysteme reagieren darauf mit Versuchen innerer Demokratisierung, die den Einfluss organisierter Interessen in Parteien verringern. Dadurch verlieren sie aber zugleich ihre innere Struktur und Strategiefähigkeit, etwa wenn sie die Auswahl ihrer Kandidat*innen an Mitgliederentscheide auslagern. Die resultierende innere Polarisierung sowie der leichtere Zugang für extremere politische Positionen nähren die in demokratischen Systemen immer latent vorhandene Furcht vor antidemokratischen Verschwörungen. Es wird vermehrt *über* die Demokratie gestritten statt *in* der Demokratie. In dieser Konjunktur der Demokratiegefährdungsdiskurse aber macht Manow gerade eine Entdemokratisierung aus. Denn so wird etwa der Konflikt mit populistischen Parteien vorwiegend im Modus des Kampfes gegen Demokratiefeinde und Autoritäre geführt, mit denen es selbstverständlich keine demokratische Verständigung geben kann (vgl. Manow 2021: 145). Damit geht ein schleichender Wandel des hegemonialen Demokratiebilds einher, bis hinein in die empirische Politikwissenschaft. Dort verschiebt sich laut Manow derzeit sichtlich die geläufige Definition von »Demokratie«. Statt einen organisierten Kampf gesellschaftlicher Lager mit unterschiedlichen Interessen versteht man darunter zunehmend ein Ensemble bestimmter, nämlich vorrangig liberal-konstitutionalistischer Elemente. Solche Elemente, wie etwa starke verfassungsrechtliche Kontrollen, beschneiden aber die majoritären Elemente der Demokratie immer mehr (vgl. Manow 2023b: 88ff.). Die vollständige Demokratisierung der Demokratie bedroht also zugleich die Funktionsbedingungen der real existierenden, repräsentativen Demokratie und trägt zu einer materiellen und institutionellen Entdemokratisierung bei.

In dieser historischen Dialektik treten populistische Parteien als Symptom auf, sie zeigen nicht weniger an als die – wie Manow mit Karin Priester formuliert – »Rückkehr des vom repräsentativ-liberalen Systems verdrängten politischen Souveräns, also des Volkes als Demos« (Priester, zit. n. ebd.: 51). In der gegenwärtigen Verschiebung präsentieren sie den Bedeutungsverlust des Nationalstaats, indem sie gegen die großen »Europäisierungskrisen« (ebd.: 164) protestieren, die in Gestalt von ökonomischen Verwerfungen (der Jahre 2010ff.) und großen Immigrationsbewegungen (2015ff.) auftraten. Populistische Parteien polemisieren dabei einerseits *demokratisierend* im Namen einer »echten« Demokratie gegen die real existierende, repräsentative Demokratie, die ihnen als bloße Elitenherrschaft erscheint (vgl. ebd.: 51).

54). Zugleich verstärken sie – *entdemokratisierend* – mit ihren meist bewegungsförmigen Parteien, ihrer Personalisierung, ihrer Polarisierung etc. die um sich greifende »Entmediatisierung« (ebd.: 111) politischer Kommunikation und Auflösung elaborierter demokratischer Strukturen. Manow verweigert sich mithin der Gegenüberstellung der normalen, liberalen Demokratie und antidemokratischer Populist*innen. In Übereinstimmung mit radikaldemokratischen Autor*innen ist das Populistische für ihn »immer eine mögliche Erscheinungsform des Demokratischen« (ebd.: 48).

Obwohl Manow seine Emphase der demokratischen Qualität des Populismus auf Argumente Benjamín Arditis, Chantal Mouffes und Jacques Rancières stützt, versucht er zugleich Distanz zu ihrer Betonung der Bedeutung »des Politischen« zu halten. Ihre Geringschätzung der institutionellen Politik sieht er sich an der folgenschweren Auflösung demokratischer Staatlichkeit mitschuldig machen (vgl. Manow 2021: 172f.). Doch diese theoretische Mittelposition (zwischen positivistischer Politikwissenschaft und radikaldemokratischer Philosophie) kann nicht überzeugen. Manows historische These, die Inklusion der Bevölkerung in den demokratischen Prozess sei abgeschlossen, offenbart ein Missverständnis der Argumentation Rancières, auf die er sich stützt. Manow behauptet, dass als Ergebnis dieser historischen »Demokratisierung der Demokratie« nun, heute, keine »sozialen Korrelate« (ebd.: 52) mehr für das durch Repräsentation Ausgeschlossene existieren. Nicht mehr Vermögen, Geschlecht, Habitus, Milieu etc. entscheiden heute über die Zulassung zum politischen Diskurs, sondern rein politische Kategorien. Manow meint »sprachliche Regeln« (ebd.), die sich heute gegen die Populist*innen richten – als »Antidemokraten« oder »Illiberale« – wie früher gegen die unzuverlässigen Teile des Volkes. Der repressiv-repräsentative Ausschluss kann nun mehr also nur noch durch »ein Regime des Sagbaren und des Unsagbaren« (ebd.: 50) organisiert werden. Was Manow hier als jüngeres Produkt einer abgeschlossenen historischen Entwicklung beschreibt, ist aber gerade das stets präsente Selbstverhältnis jedweder politischen Ordnung, das Rancière herausarbeitet. Rancière zufolge stellte und stellt sich die gesellschaftliche Ordnung zu jedem gegebenen Zeitraum mehr oder weniger erfolgreich so dar, als wären bereits alle maßgeblichen Teile der Gesellschaft politisch inkludiert – was nicht repräsentiert ist, existiert politisch nicht. Regen sich jenseits und gegen diese umfassende und abgeschlossene Ordnung Ansprüche auf Teilhabe, können sie daher zunächst nur als politisch illegitim und unzulässig erscheinen. Die Unterscheidung zwischen »Sagbarem« und »Unsagbarem« ist also gerade nichts Neues, sondern war früher schon ein Aspekt der Ausschlüsse von Arbeiter*innen, Frauen, Armen. Es ist gerade Rancières Punkt, dass politische Ordnung immer eine »Aufteilung des Sinnlichen« (Rancière 2008: 31) bedeutet, dass also ein Bereich des »Unsagbaren« oder »Unvernommenen« ihr notwendig eigen ist. Das bedeutet auch, dass wir nicht vorhersagen können, ob und wenn ja, welcher *part des sans-parts* in Zukunft auftreten und in westlichen Demokratien Repräsentation beanspruchen

könnte – man denke nur an Jugendliche, Sans-Papiers, zukünftige Generationen oder gar eine neue »ökologische Klasse« (Latour/Schultz 2022).

Manows These, das demokratische Streben nach Gleichheit sei nach Erfüllung seiner historischen Aufgabe nun gewissermaßen in einen Exzess übergegangen, der jede Möglichkeit der institutionellen Repräsentation infrage stellt und sie dazu bringt, die Form eines »Disziplinierungsprojekt[es]« (Manow 2021: 49) anzunehmen, etabliert also willkürlich die Gegenwart als Grenze der verkraftbaren Inklusion. Zumindest wird diese Periodisierung nicht nachvollziehbar begründet. Die laut Manow neuartigen Konflikte um Begriffe und um sprachliche Regeln, die in der Auseinandersetzung mit (meist rechten) populistischen Parteien aufbrechen, sind demnach nicht notwendig Verfallsformen einer historisch überdehnten demokratischen Repräsentation. Sie könnten schlicht Ausdruck eines umfassenden gesellschaftlichen Kampfes um Hegemonie sein, der die Demokratie als Kampffeld mit in sich hineinzieht. Dafür spricht auch, dass der von Manow angeprangerte Streit *über* statt *in* der Demokratie ja nicht erst in panischen Demokratiegefährdungsdiskursen des Antipopulismus auftritt, sondern – wie Jan-Werner Müller immer wieder betont – in der antipluralistischen populistischen Gegenüberstellung von »Volk« und »Elite« selbst schon angelegt ist.

3.2.3 Zusammenfassung

Die Cleavage-Theorien des Populismus arbeiten mit einem engen Begriff von Demokratie. Als institutionalisiertes Regelwerk für den Machterwerb und Machtgebrauch ist sie die Vermittlungsinstanz zwischen dem gesellschaftlichen Wandel und der politischen Reaktion auf diesen Wandel. Der zentrale Mechanismus ist dabei die Annahme einer interessengeleiteten Wahlentscheidung: Das Wahlverhalten ändert sich, weil sich kulturelle oder ökonomische Interessen ändern, die einen neuen, adäquaten politischen Ausdruck suchen. Das macht plausibel, warum veränderte Sozialstrukturen überhaupt neue politische Spaltungslinien mit sich bringen. Diese nachfrageseitige Erklärung spricht dem Populismus selbst, also der populistischen Qualität bestimmter Parteien, keine große Bedeutung zu. Überhaupt lassen vor allem Norris und Inglehart sowie Manow wenig Raum für das Politische. Und das wird grade angesichts der sozialen Grundlagen des Erfolgs populistischer Parteien problematisch, die politische Kulturforschung und Politische Ökonomie herausarbeiten. Die politische Kulturforschung stellt zurecht die sogenannten »kulturellen« Themen und Werthaltungen bezüglich der Behandlung ethnischer Minderheiten, der Migrationspolitik, der Geschlechterverhältnisse und des Klimawandels in den Mittelpunkt der Analyse. Denn sie sind das einigende Moment der Programmatik populistischer rechter Parteien. Doch überzeugt die implizite Annahme nicht ohne Weiteres, diese Themen gehörten als Konfliktfelder unterschiedlicher Werthaltungen systematisch zusammen. Zudem kann die Kulturforschung mit ihrer glo-

balen These des Wertewandels kaum die variierende politische Dynamik populistischer rechter Parteien über die Zeit und in verschiedenen nationalen Kontexten erklären. Das ist der produktive Einsatzpunkt für die vergleichende Politische Ökonomie Burgoons und Rooduijns, Rodriks und vor allem Manows, die mit dem Konzept der »Globalisierungsschocks« die sehr verschiedenen politischen Auswirkungen derselben kapitalistischen Globalisierung zu fassen bekommt. Manow weicht dabei aber wiederum der Frage aus, wieso die vermeintlich ökonomischen Motive vieler Wähler*innen durch die genannten »kulturellen« Themen angesprochen werden können. Populismus erscheint bei ihm recht unspezifisch als bloße Mobilisierung vorhandener ökonomischer Interessen. Offensichtlich bildet die Rolle politischer Repräsentation, Agitation und Ideologie hier einen geteilten blinden Fleck beider Zugänge.

Um diesen Fleck zu beleuchten, schlagen sowohl Kriesi und Bornschier für die Kulturforschung als auch Rodrik für die Politische Ökonomie letztlich vor, dem Politischen in der Modellierung mehr Raum zu geben. Kriesi und Bornschier weisen darauf hin, dass parteipolitische Konfliktlinien individuelle und kollektive politische Identitäten strukturieren und reproduzieren. Die Spezifik populistischer rechter Parteien ergibt sich demnach auch aus historisch konkreten parteipolitischen Konflikten, deren Inhalt und Ausgang nicht durch die Entwicklung der Sozialstruktur vorherbestimmt sind. Gleichwohl bleibt es die Sozialstruktur, die den Veränderungsdruck auf Parteien erzeugt.

Dani Rodrik versucht ebenso die Angebotsseite der Politik stärker einzubeziehen, einerseits in Form von Strategien im Parteienwettbewerb, andererseits im Sinne gezielter Einflussnahme auf die Vorstellungen der Bürger*innen von ihren eigenen Identitäten und Interessen sowie von der Funktionsweise der politischen Welt. Diese Beeinflussung entgegen den ökonomischen Eigeninteressen soll zumindest aus Perspektive der populistischen rechten Parteien politisch-ökonomisch zweckorientiert sein. Allerdings kann Rodrik ihre Wirkung auf die Wähler*innen und ihren Nutzen für sie nur sozialpsychologisch erklären. Die autoritäre Aufwertung der ethnischen, religiösen oder kulturellen Eigengruppe überstrahlt Interessenkonflikte innerhalb dieser Gruppe. Damit benennt er zu Recht eine Grenze interessengeleiteten Wahlverhaltens. Den Widerspruch zur Kernthese der Politischen Ökonomie, der Erfolg und Inhalt populistischer Ideologie stünde in einem Zusammenhang zu der Weise, in der Volkswirtschaften durch die Globalisierung unter Druck geraten, klärt er allerdings nicht auf.

Vor allem Rodriks konstruktivistische Kritik des Interessenbegriffs macht deutlich, auf welch unsicherem begrifflichen Grund die Cleavage-Theorien des Populismus gebaut sind. Ihre Modellierungen setzen bestimmbare Interessen als Ausgangspunkt politischer Veränderung voraus. Sobald in den Blick gerät, dass diese Interessen nicht völlig evident, sondern selbst auch politisch geformt sind, gerät die begriffliche Ordnung ins Wanken. Nicht zuletzt die äußerliche Gegenüberstellung

»kultureller« und »ökonomischer« Erfahrungen und Interessen als eigentliche Ausgangspunkte wird fragwürdig, wenn politische Identität im umfassenden Sinn als mehrdimensionale Verortung im gesellschaftlichen Raum in den Blick gerät.

So ist etwa bei der von Manow angeführten Furcht deutscher Facharbeiter*innen, mit Flüchtlingen auf einer Stufe zu enden, möglicherweise nicht ausgemacht, ob es sich hier um eine kulturalisierte, eigentlich ökonomische Differenz handelt oder um eine ökonomisierte, eigentlich kulturelle Distanzierung. Wie beides in der subjektiven Wahrnehmung ineinander greifen kann, illustriert Arlie Hochschilds oben bereits skizziertes Bild vom gesellschaftlichen »Schlangestehen« (siehe Abschnitt 3.1.3). Hier verstellt den Cleavage-Theorien auch ihr enger Demokratiebegriff den Blick dafür, wie etwa fehlende Mitbestimmung in der Arbeitswelt die demokratische Hoffnung beschädigt, über das eigene Leben verfügen zu können. Einen Hinweis darauf liefert Bornschiers Beobachtung, dass mit dem sinkenden Einfluss von Gewerkschaften als Institutionen der Sozialisation in der Facharbeiter*innenschaft der kulturalisierten, identitären Ansprache durch populistische rechte Parteien Tür und Tor geöffnet werden.

Umso dringender scheint es geboten, zu verstehen, wie es populistischen rechten Parteien gelingt, diese Verwobenheit »kultureller« und »ökonomischer« Interessen zu ihren eigenen politischen Gunsten zu nutzen. Diese Frage nach der Rolle autoritärer Agitation und Ideologien ist Gegenstand des folgenden Unterkapitels.

3.3 Autoritarismus und kulturelle Beschwerden

Cleavage-Theorien des Populismus versuchen zu zeigen, wie Verschiebungen in den westlichen Parteiensystemen auf strukturelle soziale Veränderungen verweisen. Wie im Abschnitt 3.2.1 deutlich wurde, fällt es vor diesem Hintergrund schwer, die Funktionsweise und Wirkung politischer Ideologien zu begreifen. Insofern Ideologien die individuelle und kollektive Formulierung von Interessen beeinflussen oder gar erst ermöglichen, stellen sie die unabdingbare Voraussetzung der Cleavage-Theorie infrage, es gebe einen starken und direkten Zusammenhang von Sozialstruktur, Interessen und politischem Ausdruck. Diese Verunsicherung gilt umso mehr für autoritäre Ideologien wie Nativismus, Rassismus oder Antisemitismus in Parteidiskursen. Welche Interessen – wenn überhaupt – bedienen sie? Welche Funktion erfüllen sie? Inwiefern sind autoritäre Ideologien noch Mittel zu politischen Zwecken oder aber schlicht irrational?

Neben diesen Fragen soll im Folgenden geklärt werden, was die verschiedenen Ansätze als ideologischen Kern populistischer rechter Parteien ausmachen.

3.3.1 Konservativer Selbstschutz oder kulturalisierte Wirtschaftspolitik?

Politische Kulturforschung

Ronald Inglehart fokussierte seine These einer stillen Umwälzung der vorherrschenden Wertüberzeugungen in westlichen Gesellschaften lange auf eine Entwicklung des linken Meinungsspektrums, während er den rechten Pol als statisch darstellte.⁸ Erst spät versuchte er, gemeinsam mit Pippa Norris, den zunehmenden Erfolg populistischer rechter Parteien mit der ursprünglichen Beobachtung eines postmaterialistischen Wertewandels zu verbinden (vgl. Inglehart/Norris 2017). In ihrem in dieser Hinsicht umfassendsten Versuch erklären Norris und Inglehart die grundsätzliche Funktionsweise des Autoritarismus wie schon die der Werteentwicklung überhaupt aus der Natur menschlicher Kultur. Seine Ursprünge liegen demnach in den unsicheren materiellen Bedingungen, unter denen die Menschheit während des größten Teils der Geschichte lebte. Kulturen reagieren auf Unsicherheit bis heute mit einer reflexartigen autoritären Gemeinschaftsbildung:

»For most of history, survival was insecure, with the population rising in response to the food supply and then being held constant by starvation, disease, and violence. Under these conditions, cultures tend to emphasize strong in-group solidarity, conformity to group norms, rejection of outsiders, and obedience to strong leaders. Under extreme scarcity, xenophobia is realistic: if there is just enough land to support one tribe and another tribe tries to claim it, survival becomes a zero-sum struggle. Under perceptions of threat, people tend to close ranks behind a strong leader, forming a united front against outsiders – a strategy that can be called the authoritarian reflex« (Norris/Inglehart 2019: 70).

Im Kern ist Autoritarismus für Norris und Inglehart also der kulturelle Wert-Ausdruck einer strengen und hierarchischen Vergemeinschaftung zum Zwecke einer kollektiven Schutzreaktion gegen eine wahrgenommene Bedrohung. Die Betonung der Sicherheit der Gruppe gegenüber Bedrohungen von außen, Konformität sowie Loyalität beschneiden individuelle Freiheiten zugunsten der kollektiven Sicherheit, weshalb autoritäre Werte unvereinbar mit libertären Werten sind, die eben jene individuellen Freiheiten in den Mittelpunkt stellen. Auf Einstellungsebene operationalisieren Norris und Inglehart autoritäre Werte daher, unter Rückgriff auf eine von

⁸ Kritiker*innen wiesen bereits in den 1980er-Jahren auf diese Leerstelle hin (vgl. etwa Flanagan 1987), richtungsweisend war dabei Piero Ignazis Aufsatz »The silent Counter-revolution« von 1992. Laut Ignazi hatte Inglehart in den 1970ern die materialistische Wertorientierung zwar zutreffend unter anderem durch die *issues* Inflation und Ordnung definiert. Beide waren ab den 1980ern aber nicht länger bestimmende Themen, stattdessen entwickelten sich Immigrationskontrolle und öffentliche Sicherheit zu den zentralen Mobilisierungsfeldern neuer – in Ignazis Terminologie – extrem rechter Parteien (vgl. Ignazi 1992: 22ff.).

Shalom Schwartz entwickelte Werte-Skala, als allgemeine Wertschätzung sozial gewünschten Verhaltens, sicherer Lebensbedingungen, staatlichen Schutzes vor Bedrohungen, des Aufrechterhaltens von Traditionen und des Befolgens von Regeln (vgl. ebd.: 104).

Was aber löst diesen anthropologischen autoritären Reflex heute aus, wenn er doch an Kämpfe um das nackte Überleben geknüpft sein soll? Schließlich ist es ja gerade der Ausgangspunkt der Wertewandel-Theorie, dass westliche Gesellschaften ihren Bürger*innen seit dem Zweiten Weltkrieg eine nie da gewesene materielle Sicherheit bieten. Ganz zu schweigen von den fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten, die den im Westen wie in anderen Teilen der Welt nach wie vor vorhandenen existenziellen Mangel umso anachronistischer erscheinen lassen.

Die Eigentümlichkeit der Norris und Inglehart'schen Cultural-Backlash-Theorie ist, dass sie den gegenwärtigen Autoritarismus als Reaktion auf eine selbst schon *kulturelle* Bedrohung modellieren. Die wahrgenommene Gefahr ist keine andere als der Wertewandel selbst. Der Übergang von »survival values« zu »self-expression values« drückt sich demnach politisch in einem Konflikt zwischen Linksliberalismus und Konservativismus aus (Norris und Inglehart sprechen von »social liberalism« und »social conservatism«). Konservativ eingestellte Wähler*innen sehen sich durch die stetige Durchsetzung linksliberaler Werte von ihrer ehemals kulturell tonangebenden Stellung in eine Minderheitenposition verdrängt. Bezuglich der zentralen politischen Konfliktthemen Religion, Ehe, Abtreibung, Geschlechterrollen, Nation und Immigration sind demnach konservative Ansichten nicht mehr mehrheitsfähig. Zwar hat die »silent revolution« von Beginn an eine Reaktion der Konservativen hervorgerufen. Mittlerweile ist der Wertewandel allerdings in eine »tipping point era« (Norris/Inglehart 2019: 17) eingetreten, in der in vielen Ländern zum ersten Mal linksliberale Werte nicht nur im öffentlichen Diskurs tonangebend sind, sondern sich auch in den Elektoraten mit konservativen Werten die Waage halten und teilweise diese bereits überwiegen (vgl. ebd.: 107). Das führt allerdings nicht einfach dazu, dass konservativ eingestellte Wähler*innen sich fortan in ihren nicht mehr politisch opportunen Ansichten selbst zensieren oder den Wandel nach und nach akzeptieren. Vielmehr nehmen diese konservativen Gruppen, die vor allem der Zwischenkriegsgeneration angehören, weniger gebildete weiße Männer sind oder in ländlichen Gebieten leben, den beschleunigten kulturellen Wandel als eine Geringschätzung und Bedrohung ihrer traditionellen Identitäten in Bezug auf Religion, Familie, Ethnie und Nation wahr. Der gesellschaftliche Wertewandel sowie wachsende ethnische Diversität, Urbanität und egalitärere Geschlechterverhältnisse verändern die Welt, die die Zwischenkriegsgeneration als legitim und normal kennengelernt hat. Das Gefühl breitet sich aus, nicht mehr in der Gesellschaft zu leben, in die man geboren wurde und als konservative Gruppen nur mehr »minorities stranded on the losing side of history« (vgl. ebd.: 48) zu sein. Diese Bedrohung der kulturellen Identität löst den autoritären Reflex aus: Zur Verteidigung

der kulturellen Eigengruppe oder »tribe« gegen die Bedrohung von außen wird eine konservative Gemeinschaft moralisch Gleichgesinnter beschworen, die sich nach außen abschotten und gegenüber ihren Führungsfiguren loyal verhalten soll (vgl. ebd.: 453). Wut und Ablehnung angesichts des kulturellen Statusverlustes können dann von autoritären Agitator*innen mit einer Kritik an kosmopolitischen Eliten, korrumpten Berufspolitiker*innen, dem gesamten kulturellen Establishment sowie jenen marginalisierten Gruppen, die von liberaler Politik profitieren, verknüpft und mobilisiert werden. Das ist der »cultural backlash« bzw. »authoritarian backlash«, den Norris und Inglehart im Zentrum des autoritären Populismus sehen.

Angesichts dieser Beschreibung erscheint nun die Erklärung des autoritären Reflexes als einer anthropologischen Reaktion zum Schutze des Überlebens der Gruppe wenig überzeugend. Denn ein Kampf ums Überleben wird in den *culture wars* zwischen Konservativen und Linksliberalen höchstens im übertragenen Sinne ausgefochten. Während in der von Norris und Inglehart skizzierten Urszene des Autoritarismus tatsächlich Kollektive um knappe, überlebenswichtige Ressourcen ringen, ist hier keine solcherart zwingende Motivation für eine Schutzreaktion gegeben. Sie schränken denn auch ein, dass nur jene Konservative autoritär auf den Wertewandel reagieren, die ohnehin persönlich autoritäre Prädispositionen aufweisen, also Traditionen und Konventionen, die Sicherheit der Eigengruppe sowie Loyalität gegenüber den Gruppenführern hoch bewerten. Diese Prädispositionen sind aber laut den Autor*innen unter den Konservativen überdurchschnittlich stark verbreitet, denn zwischen konservativen Einstellungen und autoritären Werten bestehe auf der individuellen Ebene eine hohe Korrelation und auch inhaltlich die höchste Anschlussfähigkeit, da beide die Aufrechterhaltung sozialer Ordnung, Kontrolle und Stabilität betonen (vgl. Norris/Inglehart 2019: 450). Zwar müssten Konservative nicht zwangsläufig autoritären Werten anhängen, allerdings seien Autoritäre grundsätzlich konservativ eingestellt (vgl. ebd.: 72f.).

Dies ist nun die eigentliche Erklärung für den autoritären Backlash: Der Wertewandel bedroht die kulturelle Identität konservativer Gruppen, deren Mitglieder oft autoritär eingestellt sind. Auf die wahrgenommene Bedrohung reagieren diese daher, gemäß ihren Einstellungen, autoritär. Denn laut Norris und Inglehart beinhalten autoritäre Werte eine Intoleranz gegenüber Outgroups, die für rassistische, sexistische und nativistische Agitation empfänglich macht. Diese Intoleranz wird nun nach »unten«, also gegen marginierte Gruppen mit geringerem sozialem Status (»feminists, LGBTQ activists, immigrants, foreigners, and racial or ethnic minorities«) und nach oben, also gegen gesellschaftliche Eliten und jene, die liberale Werteinstellungen offensiv vertreten (»academics and intellectuals, Hollywood movie producers, elected politicians, Wall Street executives, and journalists or media commentators« (ebd.: 90)), politisch mobilisiert.

Die Bedrohung, auf die der autoritäre Reflex reagiert, ist der Verlust von »hegemonic status, power, and privilege« (ebd.: 16). Norris und Inglehart entliehen die-

se Idee eines wahrgenommenen Status-Verlusts der gesellschaftlich hegemonialen Gruppe einer Analyse der US-Präsidentswahlen 2016 von Diana C. Mutz. Laut Mutz ist die große Empfänglichkeit der amerikanischen Öffentlichkeit für abwertende Äußerungen über Frauen, Minderheiten und Ausländer während des Wahlkampfes 2016 als psychologische Schutzreaktion dominanter Gruppen, das heißt männlicher, weißer und christlicher Amerikaner zu verstehen: »It is psychologically valuable to see one's self as part of a dominant group; therefore, when group members feel threatened, this prompts defensive reactions« (Mutz 2018: E4331). Mutz verortet die gegenwärtigen Bedrohungen für den Status dieser Gruppen in den USA darin, dass erstens weiße Amerikaner*innen damit konfrontiert sind, in absehbarer Zeit nur mehr eine Minderheit der Bevölkerung zu stellen, und zweitens die frühere globale ökonomische und politische Dominanz der USA einer zunehmenden Abhängigkeit von anderen Ländern weicht.

Eine Stärke dieses relativ unspezifischen Verständnisses von Status als einer Art allgemeiner Position in der gesellschaftlichen Hierarchie ist sicher, dass er den verschiedenen Dimensionen von Bedrohungswahrnehmungen Raum lässt, die Zuspruch zu populistischen rechten Parteien und Bewegungen motivieren. Allerdings sprechen Norris und Inglehart in ihrer Theorie statt von diesen sehr spezifisch US-amerikanischen Wahrnehmungen von einer allgemeinen Bedrohung konservativer Gruppenidentitäten durch den Wertewandel in westlichen Demokratien. Sie reduzieren »Status« also auf eine Frage der kulturellen Selbstverortung und Zugehörigkeit und blenden andere soziale und ökonomische Hierarchien aus. Deutlich wird das etwa anhand der Geschlechterverhältnisse. Norris und Inglehart begreifen die Klage von Männern über den Verlust ihres Status als Familiennährer und über veränderte Geschlechterrollen als eine »cultural grievance« (Norris/Inglehart 2019: 113). Aber mit welchem Recht kann die Entwicklung vom früher hegemonialen Modell des männlichen Familiennährers hin zu einem individualisierten Erwerbstätigmodell ohne Weiteres als »kulturell« im Gegensatz zu »ökonomisch« bezeichnet werden? Fraglos ist sie von feministischer Kritik mit angetrieben worden und hat selbst wiederum bestimmte Veränderungen der herkömmlichen Geschlechterrollen mit ermöglicht. Zugleich aber ist sie eine massive Reallohnensenkung für die einzelnen Arbeitnehmer, die beinahe allen Familien bei gleichem Lebensstandard mehr Erwerbsarbeit abverlangt. Das widerspricht nicht allein konservativen Modellen geschlechtlicher Arbeitsteilung, sondern stellt auch Familien mit egalitären Geschlechterbildern vor die Herausforderung, zwei Erwerbstätigkeiten sowie Haus- und gegebenenfalls Sorgearbeit gleichzeitig zu schultern. Wenn Betroffene darin lediglich oder vor allem eine kulturelle Bedrohung sehen, ist diese Wahrnehmung selbst schon durch einen politisierten Kulturmampf geprägt.

Indem Norris und Inglehart die Bedrohungswahrnehmungen auf (massenhafte) Veränderungen individueller kultureller Wertüberzeugungen zurückführen, die

wiederum maßgeblich an die Generationenzugehörigkeit geknüpft sind, erklären sie diesen Kulturmampf zum eigentlichen Geschehen und zur wirklichen Ursache politischer Polarisierungen. Sie blenden die möglichen Zusammenhänge zu sozio-ökonomischen Veränderungen aus und vermeiden die Frage, inwiefern die autoritäre Reaktion auch von nicht-kulturellen Interessenkonflikten getrieben ist. Es entsteht der Eindruck, sämtliche kulturellen Konflikte würden verschwinden, wenn die konservativen Gruppen nicht lebenslang auf ihre objektiv überholten materialistischen Werte festgelegt wären, sondern mit dem Wertewandel Schritt halten könnten. Nur vor diesem Hintergrund ist die optimistische Perspektive haltbar, mit dem Ableben der materialistisch gesinnten Generationen würde das Potenzial für autoritäre Reaktionen auf Status-Bedrohungen und damit die polarisierenden »culture wars« von selbst verschwinden (vgl. Norris/Inglehart 2019: 16f.). Insgesamt stellen sich Norris und Inglehart autoritäre Ideologie als eine unzeitgemäße Wiederkehr archaischer Verhaltensmuster vor, als ein – wie Lars Rensmann es ausgedrückt hat – »temporary ‚bump in the road‘ of socio-cultural modernization« (Rensmann 2017a: 127). Dabei versäumen sie es, die beunruhigendere Frage zu stellen: Wie kann es sein, dass dieses vermeintlich Archaische sich in und durch moderne gesellschaftliche Verhältnisse reproduziert?

Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier folgen der Cultural-Backlash-These, indem auch sie den kulturellen Wertewandel als zentralen gesellschaftlichen Treiber der Entwicklung populistischer rechter Parteien benennen. Allerdings nehmen in ihrer Perspektive deren Wähler*innen nicht eine gesellschaftliche Marginalisierung konservativer Einstellungen als Bedrohung war, sondern die sowohl vorausgehende als auch resultierende Liberalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie verfechten bewusst eine andere Vorstellung von Gesellschaft. Die spezifische Ideologie populistischer rechter Parteien antwortet mit einem radikalen Gegenentwurf auf die Liberalisierung. Während die universalistischen und libertären Werte auf einem universalistischen Begriff von Gemeinschaft, dem Vorrecht der individuellen Autonomie und der freien Wahl von Lebensstilen aufbauen, stellt die populistische Rechte dem einen Vorrang des Kollektivs sowie das Festhalten an Traditionen gegenüber.

Vor diesem Hintergrund widerspricht Bornschier explizit der Annahme klassischer Analysen rechtsextremer Parteien, etwa der Kitschelts und McGanns (Kitschelt/McGann 1995), der zu Folge die elektoral erfolgversprechendste Positionierung für extreme Rechte in der Kombination von autoritärer Ethnozentrismus und Marktradikalismus besteht. Sie heben hervor, dass diese Parteien spätestens seit den 1990er-Jahren beinahe ausschließlich über kulturelle Themen mobilisieren. Ihr Elektorat wird durch homogene kulturelle Präferenzen vereint, während es in wirtschaftspolitischer Hinsicht heterogen ist (vgl. Bornschier 2010: 5f.). Im Kern sehen Kriesi und Bornschier in der Erfolgswelle rechtspopulistischer Parteien eine ideologische wie politische Konterrevolution gegen die gesellschaftliche Modernisierung seit den 1960ern Jahren, insbesondere gegen die kulturelle Liberalisierung durch die

Neuen Sozialen Bewegungen und die darauffolgende Transformation linker Parteien im Sinne der Neuen Linken. Die Verbreitung universalistischer Werte im Nachgang der *educational revolution* hat ein breites gegnerisches Potenzial von Bürger*innen hervorgebracht, die libertäre kulturelle Normen ablehnen.

Diese zunächst einseitige Positionierung im Streit zwischen »kulturellen« und »ökonomischen« Erklärungsansätzen populistischer rechter Wahlerfolge differenziert Bornschier in einem jüngeren Aufsatz. Statt einem Entweder-oder müsse nach dem Zusammenhang von kulturellen und ökonomischen Faktoren gefragt werden. Denn Bürger*innen vermengen in der subjektiven politischen Interpretation ihrer objektiven Lebensbedingungen stets beides (vgl. Bornschier et al. 2021: 2088). Die neue Konfliktlinie zwischen Universalismus und Partikularismus mobilisiert subjektive Identitäten zwar tatsächlich vorrangig als kulturelle Identitäten. Damit politisiert sie aber auch ökonomische Deprivation und materielle Unterschiede zwischen Gruppen, die in den subjektiven Identitäten enthalten sind (vgl. ebd.: 2113).

Politische Ökonomie

Anders als die politische Kulturforschung verstehen Rodrik und Manow autoritäre Ideologien im Diskurs populistischer Parteien als nebensächlich und von der wirtschaftspolitischen Programmatik abgeleitet. Für die konkrete Gestalt populistischer rechter Ideologien und ihre Abgrenzung gegenüber anderen, insbesondere rechtsextremen Anschauungen interessieren sich Manow und Rodrik kaum. Die verschiedenen Ideologien der populistischen Rechten, wie (antimuslimischer) Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und auch die Kritik der »faceless bureaucrats of Brussels« (Rodrik 2018: 24), fassen sie schlicht als Variationen der Mobilisierung der »kulturellen cleavage« gegen »die anderen« zusammen. Wie schon in Abschnitt 3.2.1 herausgearbeitet, entwickelt Rodrik unter dem Titel »ideational politics« ein Verständnis von Ideologie als zweckgerichteter politischer Manipulation. Politische Entrepreneur*innen versuchen unter anderem mit *identity memes*, die religiöse oder kulturelle Identität in armen, mehrheitsgesellschaftlichen Wähler*innengruppen gegenüber ihrer Klassenidentität hervorzuheben. Diese Memes bedienen sich vorrangig autoritärer Ideologien und setzen auf einen sozial-psychologischen Effekt: Die Angesprochenen sollen aus der Höherbewertung ihrer mehrheitsgesellschaftlichen ethnischen oder religiösen Identität einen psychischen Gewinn ziehen. Wie aber passt das zur eigentlichen These, dass der Erfolg und Inhalt populistischer Ideologie in einem Zusammenhang zu der Weise stehen, in der Volkswirtschaften von der Globalisierung betroffen sind, ob durch Migration oder durch Handelsliberalisierung? Wie bereits gezeigt bringt Rodrik seine Reflexion über »ideational politics« nicht mit in die Analysen populistischer Parteien ein. Denkbar wäre es, autoritäre Ideologien als Mischwesen mit irrationalen und rationalen Anteilen zu deuten: Sie funktionieren aufgrund eines psychologischen Effekts

bei den Wähler*innen, erreichen diesen aber am ehesten, wenn das angebotene Feindbild zur tatsächlichen Ursache der ökonomischen Deprivation passt.

Auch Burgoon und Rooduijn wollen einerseits die Affinität zu bestimmten Ideologien bei positionell benachteiligten Wähler*innen daraus erklären, ob diese relativ zur Elite oder aber zu den Ärmsten ihres Landes abgestiegen sind. Aus Wut über das Versagen der bisherigen Regierung wählen sie linke oder rechte »radical parties« (Burgoon et al. 2019: 57), weil sie sich von ihnen eine Verbesserung der eigenen ökonomischen Lage versprechen.

Zugleich bieten die Ideologien radikaler Parteien willkommene Sündenböcke in verschiedenen Outgroups, von Immigrant*innen und ethnischen Minderheiten bis hin zu den einheimischen Superreichen oder gar der EU. Diese beiden Mechanismen seien »not necessarily distinct« (Burgoon et al. 2019: 56). Allerdings behalten sozioökonomisch rationale Motive in letzter Instanz die Überhand, wenngleich Burgoon und Rooduijn explizit nicht voraussetzen, dass Bürger*innen ökonomische Trends jenseits ihres eigenen Umfeldes richtig zu deuten vermögen. Sie illustrieren das anhand der Verflechtung von immigrationsfeindlichen Einstellungen und der Haltung zur sozialstaatlichen Umverteilung. Sie stellen in Folge der heftigen öffentlichen Debatten über die Belastung europäischer Wohlfahrtsstaaten durch die massenhafte Migration nach Europa ab 2015 in verschiedenen nationalen Kontexten einen verstärkten Einfluss von ablehnenden Haltungen gegenüber Immigration auf die individuelle Position zum Sozialstaat fest. Sie sprechen dabei von einer »immigrationization« (Burgoon/Rooduijn 2021) der allgemeinen Haltung zum Sozialstaat. Immigrationsfeindliche Einstellungen können dabei sowohl zur Forderung nach mehr als auch nach weniger Umverteilung führen. Entscheidend dafür ist der jeweilige nationale politisch-ökonomische Kontext, vor allem das Ausmaß der Immigration, die Großzügigkeit des Sozialstaats und die tatsächliche Inanspruchnahme des Sozialstaats durch die Immigrant*innen im Verhältnis zu den Einheimischen.

Sind Immigration, Ausgaben des Sozialstaats und seine migrantische Inanspruchnahme groß, zeigen sich immigrationsfeindliche Haltungen in einem »anti-solidarity effect« (ebd.: 182). Da der großzügige Sozialstaat durch Immigrant*innen überlastet werden kann, erachten die immigrationsfeindlichen Einheimischen weitere Umverteilung auch zugunsten ihrer eigenen sozioökonomischen Interessen als weniger dringend als den Ausschluss der als Belastung wahrgenommenen migrantischen Out-Group.

Bei geringer Immigration, wenig großzügigem Sozialstaat und geringer Abhängigkeit der Migrant*innen von ihm treten immigrationsfeindliche Einstellungen demgegenüber eher als »compensation effect« (ebd.: 182) auf. Die kleinere migrantische Gruppe erscheint den immigrationsfeindlichen Einheimischen hier nicht als Bedrohung des Sozialstaats, sondern der eigenen ökonomischen Sicherheit und

Position. Vor diesem Hintergrund erscheint ihnen Umverteilung als notwendig, um ihre eigene sozioökonomische Position zu halten.

Kurz gesagt: Laut Burgoon und Rooduijn sind immigrationsfeindliche Haltungen besonders dort und dann für die Position zum Sozialstaat relevant, wo Immigrant*innen entweder zu den Einheimischen spezifisch in Konkurrenz um Sozialstaatsleistungen stehen oder als allgemeine ökonomische Konkurrenz wahrgenommen werden. Verteidigt wird in beiden Fällen der eigene sozioökonomische Status.

Diese Schlussfolgerung setzt voraus, dass Burgoon und Rooduijn die Frage ausklammern, woher die immigrationsfeindlichen Einstellungen überhaupt kommen. Dabei legt ihr eigener Hinweis auf die öffentlichen Debatten über Migration und den Sozialstaat nahe, dass die Wahrnehmung von Immigrant*innen als ökonomische Bedrohung zumindest auch durch den Kampf um politische Meinungsbildung geformt ist.

Ebenso wenig fügt sich die Idee Rooduijns und anderer ins Bild, die Wirkung sowohl autoritärer Ideologie als auch populistischer Rhetorik auf bestimmte Bürger*innen erkläre sich aus deren Charakterzügen (vgl. Bakker et al. 2021). Autoritäre Ideologien sprechen demnach vor allem autoritär verfasste Persönlichkeiten an, populistische Rhetorik verfährt vor allem bei Menschen mit einer gering ausgeprägten »Verträglichkeit«, also mit überdurchschnittlich stark ausgeprägtem Egoismus, Misstrauen, Zynismus und Streitlust (vgl. ebd.: 590).⁹ So strukturierte Persönlichkeiten empfinden die konfrontative Anti-Establishment-Rhetorik als in Einklang mit ihren Grundüberzeugungen. Natürlich widerspricht die Annahme, politische Kommunikation treffe auf die Zustimmung der Wähler*innen, wenn sie deren Persönlichkeitszügen entspricht, diametral der ursprünglichen, politisch-ökonomischen Herleitung von Burgoon und Rooduijn. Entsprechend werden beide nirgendwo aufeinander bezogen.

Die Ansätze der Politischen Ökonomie tun sich offensichtlich schwer damit, anzuerkennen, dass autoritäre Ideologie nicht einfach eine Thematisierung der ökonomischen Wähler*inneninteressen in einem anderen Register ist, sondern sich teilweise offensichtlich gegen diese Interessen richtet. Sie reduzieren die Ideologie populistischer rechter Parteien beinahe ausschließlich auf Immigrationsfeindlichkeit und Euroskeptizismus, weil sie darin den Ausdruck ökonomischer Eigeninteressen zu erkennen meinen. Würden sie die »immigrationsfeindlichen Haltungen« im Kontext des Rassismus, des Antisemitismus und des Antifeminis-

⁹ Dabei betont Rooduijn zugleich, dass die Wahlerfolge populistischer rechter Parteien stets mehr auf autoritäre Ideologie, vor allem Nativismus und Nationalismus, zurückzuführen sind als auf den Populismus selbst. Beide sollten daher für eine genaue Analyse nicht miteinander oder mit dem Populismus vermengt werden (vgl. Rooduijn 2019: 365; Bonikowski et al. 2019: 73).

mus in den Diskursen der meisten populistischen rechten Parteien thematisieren, fiel diese Argumentation deutlich schwerer.

3.3.2 Neokonservativer Kommunitarismus oder traditionalistischer Wohlfahrtsstaatschauvinismus?

Politische Kulturforschung

Die politische Kulturforschung deutet den »cultural backlash« als eine populistische Mobilisierung autoritärer Werte. Die Verbindung von populistischer Rhetorik und autoritären Werten ist dabei rein kontingent, da der Populismus keine substanzelle inhaltliche Dimension besitzt. Diese Konzeption scheint aber die faktische Affinität beider zueinander nicht angemessen abzubilden. Zumindest bemerken Norris und Inglehart, dass Populismus und Autoritarismus »in practice« (Norris/Inglehart 2019: 74) in Form der Ideologie autoritär-populistischer Parteien zunehmend gemeinsam auftreten und der Bezug auf die »Stimme des Volkes« sich gut eignet, autoritäre Umgehungen verfassungsmäßiger Kontrollmechanismen zu legitimieren. Auch ergänzen sich ihre über Angst und Bedrohungswahrnehmungen funktionierenden Feindbestimmungen: Während populistische Rhetorik Ängste nach »oben« umleitet, in Richtung gesellschaftlicher Eliten in Medien, Justiz und Parteien, leiten autoritäre Werte Ängste nach »außen« auf Sündenbock-Gruppen um, die die Eigengruppe zu bedrohen scheinen. Ja, Norris und Inglehart sehen darin letztlich gar zwei Verarbeitungsformen desselben Ressentiments, das aus der Erosion sozial konservativer Werte entspringt (vgl. ebd.: 454). Trotzdem bietet der Populismus für Norris und Inglehart keine ideologische Neuerung im Feld der politischen Rechten. Die altbekannten Positionen – Marktradikalismus und sozialer Konservatismus, Euroskeptizismus und Nationalismus (vgl. ebd.: 244) – werden lediglich um die populistische Emphase auf das Volk als Quelle demokratischer Legitimität ergänzt.

Demgegenüber stellt Simon Bornschier durchaus einen ideologischen Wandel rechter Parteien fest. Die Ursprünge populistischer rechter Parteien verortet er in der neokonservativen Bewegung der 1980er-Jahre, die Tradition als bindende Kraft der Gesellschaft behauptete und Solidarität in überkommenen Gemeinschaften, vor allem der Familie, als Gegenmittel gegen die auflösende Individualisierung in Stellung brachte. Zwar blieb der Neokonservatismus selbst eine elitäre Ideologie. Sein Grundimpuls, die Frontstellung gegen die libertäre Linke, setzt sich jedoch in der populistischen Rechten fort. Deren Diskurse haben sich seit den späten 1980ern über Ländergrenzen hinweg stark einander angenähert und fußen laut Bornschier auf drei zentralen Behauptungen: Traditionelle Normen, basierend auf einem geteilten Common Sense, stehen über abstrakten universalistischen Prinzipien. Multikulturelle Gesellschaften zerstören die organisch gewachsenen nationalen Gemeinschaften und verwässern die traditionellen Normen. Und schließlich: Politik genießt ein Primat über abstrakte normative Prinzipien und Majoritätsentschei-

dungen innerhalb einer politischen Gemeinschaft stehen über supranationalen Gesetzgebern wie etwa der Europäischen Union (vgl. Bornschier 2010: 18).

Populistische extrem rechte Parteien politisieren diese Grundsätze als einen Konflikt zwischen »uns« und »den anderen«, vor allem natürlich in Form einer vehementen Ablehnung der Immigration und Integration von Menschen mit verschiedenem kulturellen Hintergrund und der Ablehnung multikultureller Gesellschaftsentwürfe (vgl. ebd.: 2). Im Unterschied zum ethnischen Rassismus der »alten« Rechten bedienen sie sich dabei eines »differentialist nativism« oder »cultural racism« (ebd.: 21). Diese Spielart stellt nicht die Überlegenheit einer »Rasse« über andere in den Mittelpunkt, sondern agitiert für eine Daseinsberechtigung und die Bewahrung aller Kulturen – allerdings als homogene, unveränderliche und säuberlich voneinander geschiedene Einheiten.

Wie ist diese Modernisierung der autoritären Ideologie zu interpretieren? Bornschier deutet an, dass sie vor allem strategisch motiviert ist, da sie den Vorteil bietet, intellektuell und politisch weniger angreifbar zu sein als der offene Rassismus diskreditierter Rassentheorien.¹⁰ Vor allem aber begreift er sie als extreme Ausformung einer bestimmten politisch-philosophischen Position. Die Frontstellung von libertär-universalistischen Werten auf der Linken und traditionalistisch-kommunitaristischen auf der Rechten sieht er als eine Fortführung der sozialphilosophischen Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. So hat etwa der neu-rechte Vordenker Alain de Benoist die von kommunitaristischen Philosophen wie Michael Walzer und Charles Taylor formulierte Kritik des liberalen Universalismus radikalisiert und popularisiert. Wenngleich die Anleihen der modernisierten Rechten bei den kommunitaristischen Philosophen ohne politische Gegenliebe blieben, sieht Bornschier sie systematisch auf denselben Grundverständnissen von Gemeinschaft und Gerechtigkeit aufzubauen. Walzer und Taylor verweigern sich dem liberalen Zug, abstrakten Prinzipien das Vorrecht vor den geteilten moralischen Überzeugungen einer Gemeinschaft zu gewähren. Da Menschen »inherently social beings« (Bornschier 2010: 22) sind, was hier bedeuten soll, dass sie stets einer Gemeinschaft und einer kulturellen Tradition angehören, droht eine lediglich auf universalen Prinzipien fußende politische Ordnung gegenüber diesen sozialen Eigenheiten repressiv zu werden. Das umso mehr, als die liberale Konzeption des Individuums, auf der universalistischen Prinzipien von Menschenrechten und Demokratie aufzubauen, selbst in einer bestimmten Tradition wurzelt und daher keine größere Objek-

¹⁰ Damit blendet er freilich den historischen Hauptgrund aus: die Umkehr der globalen Migrationsbewegung zwischen Europa und den Kolonien. Bis zum Zweiten Weltkrieg stammten Immigrant*innen in westlichen Ländern im Wesentlichen aus Europa, während die Emigration von dort die Kolonien zum Ziel hatte. Seit der Entkolonialisierung aber immigrieren vor allem Menschen aus den (ehemaligen) Kolonien nach Europa (vgl. Balibar/Wallerstein 1990: 28f.).

tivität als etwa kommunitaristische Konzeptionen beanspruchen kann. Eben diesen relativen Geltungsanspruch kultureller Prinzipien adaptierten die Denker der Neuen Rechten und in der Folge nun die populistische Rechte insgesamt für ihren kulturellen Rassismus. Sie propagieren ein Recht der Völker, ihre besonderen kulturellen Traditionen und Lebensräume zu verteidigen. Diese Verteidigung stellen sie als Widerstand gegen kapitalistische Globalisierung, kulturelle Homogenisierung, gesellschaftliche Atomisierung und gleichmachende demokratische Massengesellschaften dar. So versuchen sie, ihren rassistischen politischen Zielen, wie etwa, bestimmte Immigrant*innen und ihre Nachfahren aus westeuropäischen Gesellschaften in ihre (vermeintlichen) Herkunftsänder abzuschieben, einen widerständigen, antiimperialistischen Anschein zu verleihen. Verteidigt werden soll die »Freiheit« bestimmter, kulturell verstandener Gruppen und ihre Souveränität über das ihnen vermeintlich angestammte Territorium.

Für diese kultur-rassistische Aneignung des Freiheitsbegriffs stellen laut Bornschier die Texte kommunitaristischer Philosophen zumindest eine »blueprint« bzw. eine »broader justification« (Bornschier 2010: 23) bereit. Denn sie sind an derselben Stelle im ideologischen Möglichkeitsraum verortet. In Anschluss an Milton Rokeach geht Bornschier davon aus, dass in demokratischen Gesellschaften jede politische Ideologie eine Kombination der Werte Freiheit und Gleichheit ist. Während Kämpfe um das vorherrschende Gleichheitsverständnis die Staat-Markt-Konfliktlinie strukturieren, bestimmen Auseinandersetzungen um unterschiedliche Freiheitsverständnisse die kulturelle Konfliktlinie, die heute eben eine Spaltung zwischen universalistisch-libertären und kommunitaristisch-autoritären Wertorientierungen ist. Ist Freiheit im Kern als weitestmögliche individuelle Autonomie jedes und jeder Einzelnen zu verstehen? Oder ist Freiheit nur als kollektive, gemeinschaftliche Selbstbestimmung sinnvoll möglich? Bornschier behauptet, dass in dieser Gegenüberstellung von liberalen und republikanischen Freiheitsbegriffen der Antagonismus zwischen libertären und autoritären Werten bereits implizit enthalten ist. Und zwar insofern, als liberale Konzeptionen spezifische, traditionelle kulturelle Werte nicht als Grundlage politischer Ordnung gelten lassen, sondern sie auf universal gültigen Prinzipien aufzubauen versuchen. Da sich nun populistische rechte Parteien zu Verteidigern bedrohter kultureller Werte erklären, deutet Bornschier ihre politische Ideologie als Zusitzung einer kommunitaristisch-republikanischen Positionierung. Die widerstreitenden libertären und autoritären Wertvorstellungen erscheinen so als Ausfluss zweier gleichermaßen nachvollziehbarer Antworten auf die großen, scheinbar unentscheidbaren, philosophischen Fragen nach der angemessenen Form von Gemeinschaftlichkeit und dem guten Verhältnis von Individuum und Kollektiv.

Diese Perspektive auf autoritäre Ideologie als eine zugespitzte Form des Traditionalismus deckt sich mit Kriesis und Bornschiers Grundthese, hinter dem Aufstieg populistischer rechter Parteien stehe vor allem eine gesellschaftliche

Spaltung zwischen verschiedenen Wertorientierungen. Ihr unidirektionales Repräsentationsmodell geht davon aus, dass Parteien mindestens langfristig die Einstellungen ihrer (gewünschten) Wähler*innen repräsentieren müssen, oder es zu einem *realignment* parteipolitischer Konflikte kommt. Unterbelichtet bleibt dabei erneut der politisch-instrumentelle, agitatorische Charakter der populistischen rechten Ideologie.

Da die Ideologie populistischer rechter Parteien vor allem kommunitaristisch-autoritären Werten Ausdruck verleihen soll, überbetont Bornschier die ideologischen Anleihen bei Konservativen und kommunitaristischen Philosophen, während er die Kontinuitäten zur »alten« extremen Rechten ausblendet. Die zentrale Neuerung etwa, die Ersetzung des Rassenbegriffs durch den einer ethnopluralistisch verstandenen Kultur, verbleibt letztlich im Paradigma der alten Rechten. »Kultur« wird hier als ethnisch und homogen behauptet, die Zugehörigkeit zu ihr beruht auf einer »unlösbar«en Bindung an metahistorische Größen. Als solche werden meist »Räume« mitsamt ihren angestammten, als Kollektivsubjekte verstandenen »Völker« [sic!] ausgemacht, die in den extremsten Varianten rassenbiologisch definiert sind (Weiß 2017: 463).¹¹

Auch lassen sich andere zentrale Themen populistischer rechter Agitation, wie etwa der Kampf gegen die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare oder gegen kritische Erinnerungspolitik, kaum auf ein zugespitztes republikanisches Demokratieverständnis reduzieren. Vielmehr bildet eine »Ideologie der Ungleichheit«, die Menschen in »essentialistische, d.h. als natürlich und unabänderlich unterstellte Kollektive« (Salzborn 2018: 22) einteilt, hier wie im klassischen Rechtsextremismus den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Nun hält Bornschier zwar fest, dass populistische rechte Parteien für die Auflösung traditioneller Werte personalisierend diejenigen gesellschaftlichen Gruppen verantwortlich machen, die besonders sichtbar libertär-universalistische Werte vertreten, statt darin eine »inevitable consequence of modernization and cultural globalization« (Bornschier 2010: 24) zu erkennen. Seine Annahme jedoch, es sei die Gemeinsamkeit populistischer extrem rechter Ideogeelemente, Widerstand gegen die Infragestellung traditioneller kultureller Werte zu leisten, akzeptiert dabei ohne Not die populistische Selbstdarstellung, lediglich Verteidiger einer bewährten und von der Modernisierung bedrohten Tradition zu sein. Aus dem Blick gerät, dass

¹¹ Stuart Hall hat den funktionalen Zusammenhang zwischen beiden Diskursen hervorgehoben: »Rasse« und kulturelle Differenz sind nicht separat zu verstehen, sondern als zwei aufeinander angewiesene Register desselben Differenz-Diskurses, die »wechselseitig für einander als Äquivalent einspringen können« (Hall 2022: 194). Erst ihr Zusammenspiel ermöglicht es, kulturelle Differenzen und physische Marker aufeinander zu verweisen und in »rasische« Zeichen zivilisatorischer Stufen umzuwandeln.

sie stattdessen für spezifische, teilweise radikal rechte Ordnungsvorstellungen, die Verteidigung überkommener Hierarchieverhältnisse und eigene politische Machtinteressen agitieren. Kriesi und Bornschier bewerten die identitären Diskursinnovationen als substanzIELL neue ideologische Position, statt in ihr zumindest auch eine strategische Option der radikalen Rechten zu erkennen.

Während sie zu Recht darauf insistieren, zum Verständnis des Erfolges populistischer extrem rechter Parteien müssten auch ihre konkreten politischen Positionierungen analysiert werden, macht ihre Analyse vor dem spezifischen Charakter und der spezifischen Funktionsweise autoritärer Ideologie halt. Autoritäre Ideologie ist bei Bornschier und Kriesi eine politische Identität, geformt aus einer mehr oder weniger konsistenten Menge autoritärer Einstellungen, die von einem komunitaristischen Freiheitsbegriff zusammengehalten werden. Zur Erklärung dieser Politisierung durch populistische extrem rechte Parteien geht Bornschier davon aus, dass es zuvor bis in die 1980er-Jahre ein »authoritarian potential« (Bornschier 2010: 20) in Form von diffusen, politisch unbedeutenden autoritären Einstellungen und weitverbreiteten, subtilen Vorurteilen auf individueller Ebene gegeben hat. Er beantwortet differenziert die Frage, wer autoritären Ideologien am häufigsten zustimmt, das heißt mit welchen sozialstrukturellen Eigenschaften autoritäre Einstellungen am stärksten korrelieren. Wie diese autoritären Einstellungen aber entstehen und welche Funktion sie für kulturelle Modernisierungsverlierer*innen erfüllen, ist kaum Thema. Lediglich mit Blick auf männliche Arbeiter verknüpfen Kriesi und Bornschier deren Statusverlust durch Modernisierung sozialpsychologisch mit ihrer überdurchschnittlichen Empfänglichkeit für autoritäre Ideologie:

»The extreme populist right's traditionalist-communitarian ideology provides a dual remedy for this uncertainty. Not only do these movements champion the return to the orderly, culturally conservative society characteristic of the postwar decades, but in their demarcation from immigrants, they also contribute to an upgrading of this group's self-consciousness. It is a well known fact from social psychology that the construction of boundaries between in-groups and out-groups enhances individuals' self-esteem« (Bornschier/Kriesi 2013: 27).

Trotz der beschriebenen ideologischen Abgrenzung ordnet Bornschier populistische extrem rechte Parteien als eine abgrenzbare Untergruppe der Familie extrem rechter Parteien zu. Er nutzt »Populismus« also als Bezeichnung einer spezifischen Gruppe von Parteien, und zwar durch drei Kriterien:

Erstens grenzen sie sich wie beschrieben programmatisch von der »alten« extremen Rechten ab. Neben der Ersetzung des offenen Rassismus durch den moderneren Ethnopluralismus unterscheidet sie vor allem die populistische Bejahung der Demokratie und direktdemokratischer Verfahren von der Demokratiefeindschaft der klassischen extremen Rechten. Bornschier ordnet sie dennoch als extrem rechts

ein, da sie am äußersten rechten Pol der Spaltung zwischen libertär-universalistischen und traditionalistisch-kommunitaristischen Werten positioniert sind (Bornschier 2010: 35).

Hinzu tritt das spezifisch ideologische populistische Element dieser Parteien, das Bornschier als einen »anti-establishment discourse« (ebd.: 34) begreift. Die konfrontative Rhetorik gegenüber den etablierten Parteien deutet er dabei vor allem als den Versuch, als neu entstehende Partei gegen die bestehenden Konfliktstrukturen den Konflikt zwischen libertär-universalistischen und autoritär-kommunitaristischen Werten zu mobilisieren und andere, vor allem ökonomische Interessenunterschiede im eigenen Elektorat durch eine äußere Gegnerschaft zu überdecken.

Und schließlich erlaubt es eine stärker hierarchische Parteistruktur, sich schneller als pluralistische Massenparteien an wechselnde politische Umstände und thematische *opportunity structures* anzupassen (vgl. Bornschier 2010: 35).

Politische Ökonomie

Anders als etwa in Simon Bornschiers Studie ist für Rodrik und Manow die konkrete ideologische Herkunft der populistischen rechten Parteien, also ihre Kontinuität und ihr Wandel gegenüber der klassischen extremen Rechten, nicht von Belang. Manow betont lediglich, dass populistische Parteien anders als extreme keine Abschaffung der Demokratie anstreben. Ihr Kern und größte Mobilisierungskraft ist vielmehr das Versprechen, entgegen der Dekonsolidierung des Nationalstaats politische Souveränität wiederherzustellen. Dieses Versprechen hat allerdings angesichts der Verbindung von ökonomischem Liberalismus und supranationalen Institutionen durchaus »Verteilungspolitisch[e] Implikationen« (Manow 2021: 10), und um die geht es Manow vor allem. Seiner Auffassung nach positionieren sich populistische rechte Parteien in Nord- und Kontinentaleuropa »wohlfahrtsstaatschauvinistisch«, sie propagieren also Ausgrenzung vor allem im Rahmen einer Verteidigung des Sozialstaats. Diese ideologische Kombination ist in Westeuropa noch recht neu, hat lediglich Vorläufer in ostmitteleuropäischen Parteiensystemen (vgl. ebd.: 12). Mit Blick auf die politische wie ideologische Vorgeschichte des Personals populistischer rechter Parteien läge es demgegenüber nahe, mindestens auch eine (kultur-)rassistische Kontinuität zum Rechtsextremismus zu betonen, wenn nicht gar als Hauptmerkmal herauszustellen. Was nicht zugleich auch Manows Vermutung entkräftet, dass das Motiv auf Seite der Wähler*innen im Grunde ein ökonomisches ist.

Für den größeren Erfolg des rechten populistischen Protests gegen die Globalisierung betrachten Manow und Rodrik jedenfalls seine ideologische Struktur als ausschlaggebend. Die Globalisierung vermittelte dem Alltagsverständnis stets den Anschein, von außen auf Volkswirtschaften einzuwirken – sei es in Form von ausländischen Exporteur*innen, kulturell anderen Arbeiter*innen oder internationalen Banken. Das kommt dem rechten Narrativ einer Bedrohung »unseres« traditionel-

len Lebensentwurfs durch »die anderen« entgegen, besonders wenn die betroffenen Regionen oder Arbeitsmarktsegmente kulturell homogen und stark an traditionellen Werten orientiert sind (vgl. Rodrik 2021: 162f.).

Auch unter den im engeren Sinne wirtschaftspolitischen Positionen populistischer rechter Parteien findet Rodrik Züge dieses Narrativs wieder. So fällt auf, dass gerade der Freihandel von populistischen Parteien sehr zur politischen Zielscheibe erklärt wird, während Automatisierung oder Technologie kaum Thema sind. Und das obwohl »demand shocks, technological changes, and the ordinary course of competition with other, domestic firms« (Rodrik 2018: 18), also der gewöhnliche Kapitalismus, sehr wahrscheinlich viel größere Freisetzung von Arbeitskräften bewirkt als etwa eine steigende Importdurchdringung. Offensichtlich können in der Handelspolitik leicht Sündenböcke in identifizierbaren Ausländern, im US-Kontext etwa Chinesen und Mexikanern, gefunden werden. Zudem sieht Rodrik eine moralische Ökonomie am Werk, der zufolge Globalisierung unfairen Wettbewerbspraktiken Vorschub leistet. Wenn niedrigere Produktionskosten im Ausland etwa durch geringere soziale Standards oder laschere Arbeitsschutz- und Umweltauflagen ermöglicht werden, scheinen in diesem Wettbewerb nicht mehr für alle Konkurrenten dieselben Regeln zu gelten. Gleichwohl der gewöhnliche Konkurrenzkampf innerhalb einer Volkswirtschaft letztlich derselben Logik der Kostenreduktion folgt, erregt daher der grenzüberschreitende Wettbewerb in der alltäglichen Wahrnehmung leichter Widerspruch: »What arouses popular opposition is not inequality per se, but perceived unfairness« (ebd.).

3.3.3 Zusammenfassung

Autoritäre Ideologien stellen für die Cleavage-Theorien des Populismus einen schwierigen Gegenstand dar. Mit ihren irrationalen Anteilen fordern sie die Annahme heraus, zwischen Veränderungen der Sozialstruktur und Verschiebungen politischer Konfliktlinien bestünden starke Zusammenhänge. Die politische Kulturforschung und die Politische Ökonomie reagieren unterschiedlich auf diese Herausforderung.

Die Ansätze der politischen Kulturforschung stehen vor der grundsätzlichen Frage, wie der heute geschwächte Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und den zunehmend entlang kultureller Themen verlaufenden politischen Konfliktlinien theoretisch zu interpretieren ist. Ihre Idee, das Cleavage-Konzept um die Möglichkeit ausdrücklich wertebasierter Spaltungen zu erweitern, strukturiert auch den Blick auf autoritäre Ideologien. In Form autoritärer Werte siedeln sie autoritäre Ideologie selbst auf der Ebene der Sozialstruktur an. Sie erscheint wie Alter, Einkommen oder Bildungsgrad als eine individuell variierende Eigenschaft, die politisches Verhalten bestimmt. So ist sie dem Politischen weitgehend entzogen, da Werte und ihre Veränderung im Kern als Funktion der Generationenfolge gelten.

Auf diese Weise bleibt der Impuls der Cleavage-Theorie erhalten, die politischen Konfliktlinien von der Sozialstruktur ausgehend zu interpretieren, ohne dabei der Ideologie populistischer Parteien grundsätzlich Orientierung an sozioökonomischen Interessen unterstellen zu müssen. So kann sie in Rechnung stellen, dass diverse »kulturelle« Themen die zentralen Mobilisierungsfelder sind. Insbesondere Bornschier fügt dem eine historische Perspektive hinzu, indem er die Modernisierung des Rassismus in populistischen rechten Parteien nachzeichnet.

Allerdings bietet diese unpolitische Konzeption autoritärer Werte keine Antwort auf die Frage, warum sie überhaupt so verbreitet sind und welche Funktionen sie auch oder gerade in ihrer Irrationalität für Individuen und Gruppen oder auch als manipulative Agitation für populistische Parteien erfüllen. Norris und Ingleharts These eines »cultural backlash« setzt schon voraus, dass vor allem konservative Gruppen autoritären Wertvorstellungen folgen, die nun lediglich mobilisiert werden. Autoritäre Werte erscheinen so als bloße kulturelle Relikte einer ökonomisch prekären Vergangenheit, die sich ein letztes Mal – vergeblich – gegen die prosperierende liberale Zukunft aufzäumen. Die Deutungen ihrer Funktion schwanken zwischen einer anthropologischen und einer psychologischen Schutzreaktion gegen die Bedrohung der eigenen kulturellen Identität oder des eigenen sozialen Status. Beide lassen in ihrer Abstraktheit offen, warum spezifische Elemente autoritärer Ideologie heute zentral sind und welche konkreten sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnisse möglicherweise damit in Zusammenhang stehen. Der politische Kulturmampf zwischen Anhänger*innen autoritärer und liberaler Werte ist zugleich Erfolgsbedingung und Gegenstand autoritärer Ideologien.

Die Ansätze aus der Politischen Ökonomie schneiden autoritäre Ideologien im Diskurs populistischer Parteien ähnlich deutlich mit Blick auf ihr Erklärungsziel zurecht. Allerdings stellen sie die ökonomische Programmatik der Parteien in den Mittelpunkt und deuten autoritäre Elemente als bloß kulturalisierten Ausdruck der ökonomischen Interessen der Wähler*innen. Zwar arbeitet Dani Rodrik prinzipiell heraus, dass autoritäre »identity memes« von politischen Entrepreneur*innen auch zur manipulativen Einbindung der Wähler*innen für ihre eigenen Interessen genutzt werden können, geht dieser Möglichkeit aber in seinen Analysen populistischer Parteien nicht nach. Die Analysen der Politischen Ökonomie sind, noch dazu in ihrer Abgrenzung zu den »kulturalistischen« Erklärungen der politischen Kulturforschung, darauf festgelegt, im Erfolg populistischer Parteien globalisierungs-kritische Bewegungen zur Verteidigung des eigenen sozioökonomischen Status zu sehen. Als ideologische Elemente populistischer rechter Parteien heben sie deswegen insbesondere Immigrationsfeindlichkeit und Euroskeptizismus hervor. Dem rechten Narrativ einer Bedrohung »unseres« kulturellen Lebensentwurfs durch die »Anderen« kommt demnach entgegen, dass Globalisierungsschocks scheinbar stets von außen auf Volkswirtschaften einwirken.

Beide Strömungen entpolitisieren also autoritäre Ideologie, entweder als individuelle Wertorientierung oder als Ausdruck sozioökonomischer Interessen. Angesichts der Irrationalität rassistischer, antisemitischer oder sexistischer Agitation verweisen beide auf sozialpsychologische Erklärungen, ohne sie ernsthaft in ihre Deutungsvorschläge integrieren zu können. Sie klammern die politische Frage aus, wie und warum es populistischen Parteien gelingt, bestimmte kulturelle Themen und bestimmte autoritäre Ideologien erfolgreich mit spezifischen Interessenkonflikten zu verbinden. Populismus, der als ein rhetorisches Phänomen dieser politischen Sphäre angehört, wird daher in beiden Perspektiven fast ausschließlich gänzlich unabhängig von autoritärer Ideologie diskutiert.

3.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme

In den vorangehenden Abschnitten wurden exemplarische Cleavage-Theorien des Populismus aus der politischen Kulturforschung und aus der Politischen Ökonomie auf ihre gesellschaftstheoretischen Elemente hin untersucht.

Beide Strömungen versuchen, den politischen Erfolg populistischer Parteien von den Veränderungen sozialer Konfliktlinien her zu erklären. Wenngleich auf der einen Seite der kulturelle Wertewandel, auf der anderen Seite ökonomische Globalisierungsschocks im Mittelpunkt stehen, gehen doch beide davon aus, dass diese sozialen Veränderungen sich vorrangig in Form des Wandels individueller Einstellungen politisch bemerkbar machen. Kulturelle oder ökonomische Deprivation führen zu bestimmten Ansichten, die die Wahl populistischer Parteien begünstigen.

In diesem Modell ist bereits eine Schwerpunktsetzung auf die Nachfrageseite politischer Prozesse impliziert. Die Angebotsseite, das heißt parteipolitische Konflikte, Themen und die Ideologien und Diskurse populistischer Parteien sind von nachgeordneter Bedeutung. Sie geben nicht den Ausschlag, sondern vermitteln und übersetzen sozialen Wandel lediglich.

Die zentrale Differenz unter den Cleavage-Theorien liegt darin, was der verantwortliche soziale Wandel hinter dem Erfolg populistischer Parteien sein soll: die internationale Werteeentwicklung oder Schocks durch die kapitalistische Globalisierung. Beide werden als Folgen der Veränderungen des Kapitalismus in westlichen Gesellschaften eingeführt, wenngleich diese Entwicklung in verschiedenen zeitlichen Perspektiven unterschiedlich bewertet wird. Während die politische Kulturforschung steigende materielle Sicherheit und Wohlstand seit dem Zweiten Weltkrieg als Grundlage der Verbreitung postmaterieller Werte sieht, hebt die Politische Ökonomie die ökonomischen Verwerfungen durch die Hyperglobalisierung der letzten zwei Jahrzehnte hervor. Die Wertewandelforschung stellt entsprechend eine zumindest in westlichen Ländern ähnliche Werteeentwicklung fest, während

die Politische Ökonomie ausdrücklich die unterschiedlichen Verletzungen der verschiedenen Volkswirtschaften durch die Globalisierung differenziert. Beide Beobachtungen schließen sich nicht notwendig aus. Die international zunehmende gesellschaftliche Polarisierung entlang »kultureller« Themen könnte die *cleavages* verschieben, entlang derer dennoch auch unterschiedliche, ökonomisch verursachte Deprivationserfahrungen zum Ausdruck gebracht werden. Warum aber gelingt es den Cleavage-Theorien nicht, beide Aspekte zusammenzuführen?

Beide Strömungen versuchen zwar, sowohl ökonomische als auch kulturelle Verwerfungen in ihren Erklärungen zu berücksichtigen. Diese Versuche bleiben allerdings auf beiden Seiten schablonenhaft. »Ökonomische« und »kulturelle« Beschwerden oder auch »Interesse« und »Identität« werden einander gemäß der statistischen Variablenlogik unvermittelt gegenübergestellt und nur anhand von Detailbeobachtungen wieder aufeinander bezogen. Dabei bleibt nicht nur konzeptionell unklar, ob und wie kulturelle Konflikte überhaupt sinnvoll von ökonomischen Unterschieden werden können. Auch mit Blick auf konkrete ideologische Positionen, wie etwa der populistischen rechten Feinderklärung gegenüber dem Feminismus und sich wandelnden Geschlechterverhältnissen ist wenig plausibel, warum sie umstandslos als entweder kulturell oder ökonomisch zu verstehen sein sollen.

Das größte Hindernis ist hier der enge Begriff von Demokratie, der Politik weitgehend auf institutionalisierte Regeln für den Machterwerb und Machtgebrauch reduziert. Die Cleavage-Theorien erkennen letztlich die Konstruktion von ökonomischen und kulturellen Identitäten und Abgrenzungen nicht als ein eigenständiges Handlungsfeld an. Stattdessen übertragen in den Cleavage-Theorien Parteien und Bewegungen den gesellschaftlichen Wandel lediglich gemäß der massenhaften Nachfrage in eine politische Reaktion. Als zentraler Mechanismus ist dabei eine interessengeleitete Wahlentscheidung aufseiten der Bürger*innen vorausgesetzt. Die Versuche Simon Bornschiers und Dani Rodriks, dem Politischen innerhalb dieser Konzeption mehr Raum zu verschaffen, offenbaren eine konstitutive Spannung: Die Grundidee der Cleavage-Theorie verlangt, die Wahl populistischer Parteien möglichst differenziert auf die Verletzung bestimmbarer ökonomischer oder kultureller Interessen der Wähler*innen zurückzuführen. Aus diesen vermeintlich gegebenen Interessen lässt sich jedoch der Erfolg der spezifischen Programmatik, Rhetorik und Ideologie populistischer Parteien nicht hinreichend erklären. Sprechen die Theorien nun aber der politischen Konstruktion von Identitäten, der demokratischen Repräsentation und der agitatorischen Beeinflussung der Wähler*innen mehr Einfluss zu, um diese Lücke zu schließen, stellen sie zugleich die eigene Voraussetzung in Frage, Interessen als für sich unpolitische, quasi naturwüchsige Ausdrücke sozialer Prozesse bestimmten das Wahlverhalten.

Diese Spannung prägt auch das Verständnis autoritärer Ideologien. Sie sollen entweder als autoritäre Wertorientierung naturwüchsige Begleiterscheinungen

vergangener ökonomischer Unsicherheit sein, oder, als Kulturalisierung, bloß bei-läufig autoritäre Verpackungen eigentlich sozioökonomischer Interessen. In beiden Varianten ist die politiktheoretische Frage ausgeklammert, warum und wie populistische rechte Parteien erfolgreich Identitäten und Interessen mittels autoritärer Ideologien zu formen und Themen zu setzen vermögen. Die Cleavage-Theorien greifen an entscheidenden Stellen auf sozialpsychologische Kategorien zurück, um die prinzipielle Funktionsweise autoritärer Ideologien als identitärer Aufwertung der Eigengruppe zu erläutern. In diesen eben psychologischen Begriffen können sie aber weder die inhaltliche Spezifik der Feindbilder noch die zunehmende politische Mobilisierung autoritärer Ideologie erklären. Die sozialpsychologische Deutung der subjektiven Seite autoritärer Ideologie bleibt, so notwendig sie ist, letztlich unverbunden mit der sozialstrukturellen und politischen Seite, auf die die Cleavage-Theorien fokussieren.

Der Populismus selbst schließlich erscheint in der nachfrageseitigen Perspektive der Cleavage-Theorien nur als ein zweitrangiges Phänomen. Sowohl die politische Kulturforschung als auch die Politische Ökonomie führen den Erfolg populistischer Parteien auf andere programmatiche Charakteristika zurück. Wenngleich der Begriff des Populismus für viele der in diesem Kapitel untersuchten Arbeiten titelgebend ist, vermag sein politischer Erfolg ihre grundlegenden Thesen nicht zu erschüttern.